

Universität Bielefeld  
Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie  
Abteilung Geschichte  
Veranstaltung: Umweltkonflikte, Ökologiebewegung und Gewalt: Historische Fallstudien  
VeranstalterIn: Prof. Dr. Joachim Radkau / Dr. Gisela Diewald-Kerkmann

## **Bachelor-Abschlussarbeit**

# **Die Großdemonstration in Brokdorf am 28. Februar 1981 – eine empirische Verlaufsstudie mit Blick auf die Fraktionen der Demonstrierenden und der Polizei**

Vorgelegt von:

Jan-Hendrik Schulz  
Teutoburger Str. 28  
33604 Bielefeld  
Email: [jschulz@uni-bielefeld.de](mailto:jschulz@uni-bielefeld.de)  
Tel.Nr.: 0521/9874407  
Mobil-Tel.Nr.: 0177/7123172  
Matrikelnr.: 1755105

## Inhalt

|  |    |
|--|----|
| 1. Einleitung.....   | 1  |
| 2. Chronologie der Ereignisse im Brokdorfer Konflikt (1974-1981).....  | 2  |
| 3. Verlauf der Großdemonstration am 28. Februar 1981 in den Medien.....  | 3  |
| 4. Die Fraktion der Demonstrierenden.....  | 6  |
| 4.1 Verlauf der Großdemonstration aus Sicht der Demonstrierenden.....  | 6  |
| 4.2 Unterschiedliche Positionen unter den Demonstrierenden –<br>der Konflikt zwischen „Gewaltfreien“ und „Militanten“.....     | 13 |
| 4.3 Der Polizeieinsatz aus Sicht der Demonstrierenden.....   | 15 |
| 5. Die Fraktion der Polizei.....   | 19 |
| 5.1 Verlauf der Großdemonstration aus polizeilicher Sicht –<br>Befürchtungen gegen „Störer“, „Chaoten“ und „Rädelsführer“..... | 20 |
| 5.2 Exkurs: Polizeiliche Männlichkeit in der Forschung.....  | 26 |
| 5.2.1 Polizeiliche Männlichkeit in der Geschichte<br>der bundesrepublikanischen Polizei bis in die frühen 1980er Jahre.....    | 27 |
| 5.2.2 Die „Krieger-Männlichkeit“ in der Polizei (nach Behr).....   | 28 |
| 5.3 Deutungen exemplarischer Einsatzsituationen.....   | 29 |
| 5.3.1 Die Konzeptphase –<br>Kontrollen, Straßen- und Sandcontainersperren.....   | 30 |
| 5.3.2 Die Offensivphase – Von der Räumung der NWK-Straße bis zur<br>Beschlagnahmung des AKL-Wagens.....                        | 35 |
| 6. Schluss.....  | 40 |
| Anhang   |    |
| Interview 1.....   | 43 |
| Interview 2.....   | 53 |
| Interview 3.....   | 59 |
| Karten.....  | 66 |

Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Einleitung

*„Wer an der Demonstration am 28.2. teilgenommen hat, konnte nur einen winzigen Ausschnitt dessen mitbekommen, was sich an diesem Tag abspielte.“<sup>1</sup>*

Tatsächlich ist die Großdemonstration am 28. Februar 1981 um den geplanten Bau des AKW Brokdorf eine Demonstration, von der selbst Zeitzeugen nur „einen winzigen Ausschnitt“ mitbekommen konnten. In dieser empirischen Verlaufsstudie sollen Zeitzeugen, die den „Marsch der 100000“ auf Brokdorf miterlebten, noch einmal die Möglichkeit bekommen, ihre Erfahrungen darzulegen. Doch nicht nur Demonstrierende, die sich damals mit dem bis dato größten Polizeieinsatz der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert sahen, sollen von ihren Eindrücken berichten. Auch die Fraktion der Polizei soll mit Hilfe von Zeitzeugenberichten und einsatztaktischem Quellenmaterial beleuchtet werden, um die Distanz zwischen den beiden höchst unterschiedlichen Fraktionen überwinden zu können.

Im heutigen Geschichtsbewusstsein scheint die Brokdorf-Demonstration lediglich auf die „magische Zahl“ der 100000 KernkraftgegnerInnen, die in der Wilster Marsch ein Symbol gegen Atomkraft setzen wollten, beschränkt gewesen zu sein. Auch erinnert sich heute so mancher Zeitgenosse an einen „unverhältnismäßigen und willkürlichen Polizeieinsatz“ oder an einen Polizeieinsatz, „bei dem die Lage im Griff war“. Es zeigt sich, dass – wenn die Demonstration von 1981 vor dem Hintergrund vorhergehender „gewalttätiger Demonstrationen“ schon nicht in Vergessenheit geraten ist – ein breites Spektrum verschiedener Erklärungs- und Deutungsmuster unterschiedlicher Couleur existiert.

Auch die wissenschaftliche Forschung, insbesondere die historische, scheint noch keinen Gefallen an dem Thema gefunden zu haben. Lediglich der Soziologe Helmut Willems stellte eine Fallstudie zum Brokdorfer Konflikt auf.<sup>2</sup> Die eine Demonstration und der Tag des 28. Februars 1981 aber finden in der Forschung bisher keinen Platz. Jedoch besteht dank einiger engagierter Archive, wie das Landesarchiv Schleswig und das Archiv für Soziale Bewegungen in Freiburg, sowie einiger hilfsbereiter Umweltinitiativen, wie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in Bonn und der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, eine ausgezeichnete Quellenlage.

Vor allem unter Berücksichtigung dieser Quellenlage soll der Anspruch dieser Arbeit, den komplexen Demonstrationsverlauf zu rekonstruieren, die Wahrnehmung von Gewalt aus Sicht der beiden Fraktionen darzustellen, die Differenzierungen innerhalb der beiden Fraktionen zu untersuchen und die wichtigsten Polizeieinsatzstrategien auszumachen, verwirklicht werden.

Im Rahmen dieser Arbeit können Aspekte wie die Medienberichterstattung über die beiden zu behandelnden Fraktionen, die Bedeutung des Konflikts auf der politischen Ebene, aber auch die konkrete Einordnung der Großdemonstration in den Kontext der Ökologiebewegung aus

---

<sup>1</sup> Vorwort, in: Brokdorf 28.2.81. Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1, S. 2.

<sup>2</sup> Willems, Helmut: Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern, Opladen 1997, S. 318 – 334.

Platzgründen nicht oder nur teilweise aufgegriffen werden. Für die weitere Forschung sollten diese Themen jedoch von großer Relevanz sein.

## **2. Chronologie der Ereignisse im Brokdorfer Konflikt (1974-1981)**

Am 26. September 1973 verabschiedete die Bundesregierung ein Energieprogramm mit dem Ziel, die Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Erdöl zu mindern. In den etablierten Parteien herrschte der Konsens, Kernenergie sei eine existenzielle Notwendigkeit um dem wachsenden Energieverbrauch standzuhalten. So behauptete ein Sprecher der schleswig-holsteinischen Landesregierung, dass es 1980/81 zu „ernsten Schwierigkeiten bei der Stromversorgung des gesamten norddeutschen Raumes“ kommen könnte, wenn nicht neben Stade und Brunsbüttel ein drittes Atomkraftwerk (AKW) fertig gestellt werden würde.<sup>3</sup>

Den Großteil der in Deutschland erzeugten Energie verbrauchte die Industrie. Die Logik vieler Politiker sagte dementsprechend aus, dass die Industrie an die AKW ansiedeln würde, während einzelne Unternehmen stark in die AKW-Standorte investieren würden. Auch in der schleswig-holsteinischen 750-Einwohner-Gemeinde Brokdorf versuchten Politiker der Landesregierung das Argument „Atomkraftwerke schaffen Arbeitsplätze“ geltend zu machen. Dies geschah im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Region. Durch den Konkurrenzdruck auf die regionale Landwirtschaft sowie durch die kleingewerbliche Struktur der Marsch stieg die Arbeitslosigkeit in der Gemeinde seit 1960 stetig an.<sup>4</sup>

Jedoch konnten diese Argumente sowie großzügige Bauvorhaben durch die Landesregierung – die Gemeinde Brokdorf erhielt ein 2,5 Mio. DM-Schwimmbad - die Akzeptanz der Bevölkerung für den Bau eines AKWs in ihrer Heimat nicht erhöhen. Der Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf entwickelte sich schon im Planungsstadium des Bauprojekts. Bereits 1974 gab es 20000 Einsprüche gegen das AKW; Bürgerinitiativen und Umweltschützer organisierten Demonstrationen und riefen Gerichte an. Nachdem trotz der Proteste 1976 die erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt wurde, kam es im gleichen Jahr zur ersten Großdemonstration gegen das Projekt. 5000 Menschen nahmen an der Demonstration teil; 1000 von ihnen besetzten den Bauplatz, der kurze Zeit später von der Polizei ohne gewalttätige Auseinandersetzung geräumt wurde. Die zweite Großdemonstration fand im November 1976 statt. Im Gegensatz zur ersten Großdemonstration kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei der 81 Polizisten und 500 Demonstrierende verletzt wurden. Am 17. Dezember 1976 verfügte das Verwaltungsgericht Schleswig eine zweimonatige Bauunterbrechung. Unterdessen planten Bürgerinitiativen nach Beendigung der Bauunterbrechung eine weitere Demonstration, die im Februar 1977 stattfinden sollte. Am 6. Februar 1977 verfügte das Verwaltungsgericht Schleswig einen vorläufigen, generellen Baustopp,

---

<sup>3</sup> Traube, Klaus: Der Siebenjährige Krieg um Brokdorf, in: Brokdorf, Symbol einer politischen Wende, hrsg. von Stefan Aust, Hamburg 1981, S. 23.

<sup>4</sup> Willems, Helmut: Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern, Opladen 1997, S. 321.

der eine mehrjährige Bauunterbrechung zur Folge haben sollte. Demonstriert wurde am 19. Februar dennoch. Jedoch nicht – wie ursprünglich von den Bürgerinitiativen geplant – in einem sondern in zwei Orten, da die Initiativen kein gemeinsames Programm aufweisen konnten. In Itzehoe und in Brokdorf gingen an diesem Tag jeweils 30000 Menschen auf die Straße. Nach einer Entscheidung der Landesregierung Schleswig-Holstein durfte das AKW Brokdorf im Mai 1980 schließlich weitergebaut werden. Die Klagen, die gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung von AKW-GegnerInnen eingereicht wurden, wurden im Sommer 1980 durch das Verwaltungsgericht Schleswig im Hauptverfahren zurückgewiesen. Am 1. Dezember 1980 stimmte das Bundesinnenministerium den weiteren Arbeiten am AKW Brokdorf zu, während das Kieler Landgericht die zweite Teilerrichtungsgenehmigung erteilte. Daraufhin kam es am 21. Dezember 1980 zu einer Demonstration, die sich gegen den erneuten Baubeginn richten sollte. Im Verlauf der Demonstration, an der sich 10000 Menschen beteiligten, wurden Molotow-Cocktails sowie Stahl- und Leuchtkugeln eingesetzt. Die Polizei löste die Demonstration nach kurzer Zeit auf. Die Bauarbeiten auf dem Bauplatz wurden am 6. Februar wieder aufgenommen. Tags darauf beschlossen Anti-AKW-GegnerInnen auf einem Treffen in Brokdorf eine internationale Großdemonstration für den 28. Februar 1981. Am 23. Februar erließ der Landrat des Kreises ein Verbot jeglicher Demonstrationen in der Wilster Marsch, wobei dies durch mehrere Gerichtsentscheide bestätigt wurde. Daraufhin reichten Bürgerinitiativen eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, das erst 1985 eine Entscheidung zugunsten der Kläger treffen sollte. In der Zeit zwischen dem 18. und 25. Februar organisierten Mitglieder gewaltfreier Aktionsgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet Blockaden am AKW-Bauplatz. Diese wurden von der Polizei mit Hilfe von Wasserwerfern ohne gewalttätige Ausschreitungen geräumt.<sup>5</sup> Der Ablauf der darauf folgenden Großdemonstration am 28. Februar 1981 soll, aufgrund der zentralen Bedeutung der Demonstration in dieser Arbeit, im nächsten Kapitel detailliert beschrieben werden.

### **3. Verlauf der Großdemonstration am 28. Februar 1981 in den Medien**

Die Großdemonstration gegen den erneuten Baubeginn in Brokdorf am 28. Februar 1981 zeichnete sich keinesfalls durch einen geordneten Verlauf aus. In diesem Kapitel soll der 28. Februar in und um die Wilster Marsch mit Hilfe von Medienberichten nachgezeichnet werden. Zurückgegriffen werden soll hierbei auf Chronologien der Zeit<sup>6</sup>, des Tagesspiegels<sup>7</sup>, der Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ)<sup>8</sup> und der Berliner tageszeitung (taz)<sup>9</sup>. Bei der Skizzierung der Demonstration muss beachtet werden, dass nicht alle Geschehnisse und Ereignisse erwähnt werden können, da es sich um eine aufgrund des Demonstrationsverbots und der Polizeimaßnahmen sehr weitläufige, oftmals nicht leicht

---

<sup>5</sup> Willems, Helmut: Jugendunruhen und Protestbewegungen, S. 319 f.

<sup>6</sup> Vgl. Der Marsch der Siebzigtausend, in: Die Zeit, Nr. 11 vom 6.3.1981, S. 3.

<sup>7</sup> Vgl. Als erstes geriet ein Wasserwerfer in Brand, in: Der Tagesspiegel, vom 1.3.1981, S. 3.

<sup>8</sup> Vgl. Demo-Chronik, in: Elbe-Jeetzel-Zeitung, Nr. 51 vom 2.3.1981, S. 3.

<sup>9</sup> Vgl. Chronologie, in: die tageszeitung, Nr. 479 vom 2.3.1981, S. 3.

nachvollziehbare Demonstration handelt. Dementsprechend muss auch die Medienberichterstattung – also die hier benutzten Primärquellen – mit kritischem Auge betrachtet werden.

Eingeleitet wurde der Tag der Großdemonstration in der Wilster Marsch mit einem Gerichtsurteil. Das Verwaltungsgericht Schleswig revidierte gegen 1 Uhr nachts das absolute Versammlungsverbot, so dass zwar immer noch nicht in der Wilster Marsch demonstriert werden durfte, jedoch in Wilster und einigen anderen kleinen Orten rings um die Marsch.<sup>10</sup> Während und nach der Entscheidung befanden sich in den Morgenstunden schon bereits tausende KernkraftgegnerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet auf dem Weg in die Wilster Marsch. Die meist in Konvois mit Bussen und PKW ankommenden Menschen stauten sich auf den Bundesstraßen rund um die Wilster Marsch und auf der Autobahn 5. Die Ursache für den schleppenden Verkehr waren vor allem die von der Polizei installierten Sperren in der Region.<sup>11</sup> Gegen 7.15 Uhr kam es an einer Polizeisperre in Itzehoe zu einer ersten gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Polizeibeamten und Demonstrierenden bei der Autoreifen und ein Wasserwerfer in Brand gesetzt wurden. Ein Beamter musste anschließend mit einem Lungenödem ins Krankenhaus gebracht werden.<sup>12</sup> Bis zur um 10 Uhr angesetzten Auftaktkundgebung in Wilster hatten sich rund 10000 Menschen eingefunden.<sup>13</sup> Etwa tausend von ihnen waren mit der Bahn angereist, viele von ihnen hatten in der Wilster Marsch übernachtet oder waren in dieses Gebiet gekommen, nachdem das Verwaltungsgericht Schleswig den Ort Wilster vom Demonstrationsverbot ausgenommen hatte.<sup>14</sup>

Nach der Kundgebung machten sich um 11 Uhr etwa 15000 Menschen in zwei Marschsäulen südlich von Wilster auf den Weg in Richtung Brokdorf.<sup>15</sup> Ein Zug setzte sich weiter südwestlich von Wilster in Bewegung, um sich mit dem Hamburger Zug, der Wilster umgangen hatte, zu vereinigen.<sup>16</sup> Viele Demonstrierende schlossen sich den Zügen auf dem Weg an.<sup>17</sup> Währenddessen zogen sich starke Polizeikräfte am „Sperrgürtel“ rings um Brokdorf zusammen und errichteten Straßensperren.<sup>18</sup> Nach Polizeischätzung befanden sich um 12 Uhr etwa 50000 Demonstranten in der Wilster.<sup>19</sup>

Den Angekommenen bat man von polizeilicher Seite aus an, die Sperren passieren zu dürfen, wenn sie sich auf Waffen durchsuchen ließen und die Helme abgaben. Von diesem Angebot machten auch mehrere tausend Demonstrierende Gebrauch, so dass sie einzeln die Sperren passieren durften. Josef Leinen, damals Vorstandsmitglied des Bundes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), stand unterdessen auf einem Container an einer Polizeisperre bei Dammfleth und versuchte

---

<sup>10</sup> Vgl. Zeit, Nr 11, 1981, S. 3.

<sup>11</sup> Vgl. EJZ, Nr. 51, S. 3.

<sup>12</sup> Vgl. Zeit, Nr. 11, 1981, S. 3.

<sup>13</sup> Vgl. taz, Nr 479, S. 3.

<sup>14</sup> Vgl. Tagesspiegel vom 1.3.1981, S. 3.

<sup>15</sup> Vgl. EJZ, Nr. 51, S. 3.

<sup>16</sup> Vgl. taz, Nr 479, S. 3.

<sup>17</sup> Vgl. EJZ, Nr. 51, S. 3.

<sup>18</sup> Vgl. Tagesspiegel vom 1.3.1981, S. 3.

<sup>19</sup> Vgl. taz, Nr. 479, S. 3.

die Demonstrierenden zu überzeugen sich doch den polizeilichen Kontrollmaßnahmen zu beugen um passieren zu können. Auch ein Lautsprecherwagen vom „Aktionskreis Leben“ (AKL) wurde nach einiger Zeit von der Polizei durch die Kontrolle gelassen.<sup>20</sup>

Aus Richtung St. Margarethen und Dammfleth trafen die ersten Demonstrierenden zur Mittagszeit am Bauplatz ein. Die Polizei räumte anschließend die von ihr anfangs noch besetzte Straße vor dem Bauzaun freiwillig. Hinter dem Bauzaun befanden sich nur wenige einzeln stehende Beamte, während im Inneren des Geländes starke Polizeikräfte postiert waren und Hubschrauber den Luftraum kontrollierten. Die Demonstrierenden begannen unterdessen damit, um den Bauplatz herum zu gehen.<sup>21</sup>

Gegen 14 Uhr erlaubte die Polizei den Demonstrierenden an der Straßensperre in Dammfleth, einen Sandcontainer, der den Durchgang versperrte, leer zu schaufeln und beiseite zu ziehen.<sup>22</sup> Eine halbe Stunde später ließen die Sicherheitskräfte die AtomkraftgegnerInnen in größerer Zahl durch die mittlerweile verbreiterte Gasse, wobei jedoch nicht auf Einzelkontrollen verzichtet wurde. Hunderte Menschen umgingen die Kontrollen, indem sie über die gefrorenen Wiesen strömten. Bis 15 Uhr hatten sich am Bauzaun etwa 20000 Demonstrierende eingefunden.<sup>23</sup>

Gegen 15.20 kam es am Ende der NWK<sup>24</sup>-Straße, die an der Ostseite des Bauplatzes verläuft, zu härteren Auseinandersetzungen zwischen Polizeibeamten und Demonstrierenden. Während die Polizei Wasserwerfer, Schlagstöcke und Tränengas gegen die Demonstrierenden einsetzte, verwendeten einige Demonstrierende vereinzelt Molotow-Cocktails und Steine gegen die Polizeikräfte.<sup>25</sup> Ein Polizeibeamter geriet dabei, nachdem er einem Demonstrationsteilnehmer nachsetzte, in einen Graben und wurde von drei Demonstrierenden geschlagen und entwaffnet. Schließlich wurde der verletzte Beamte von „gemäßigten“ Demonstrierenden in Sicherheit gebracht.<sup>26</sup> Nachdem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes Beamte in der Szenerie absetzten, gelang es den Polizeikräften schließlich, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Mit Hilfe von am Boden eingesetzten Beamten und tief fliegenden Hubschraubern konnten die Demonstrierenden anschließend vom Bauplatz weg gedrängt werden. Kurz vor Wilster flogen Hubschrauber einen weiteren Einsatz, trennten den letzten Teil des bereits zurückgehenden Demonstrationsteils ab und verhafteten sämtliche Insassen eines Lautsprecherwagens.<sup>27</sup>

Während die meisten KernkraftgegnerInnen sich im Zuge dieser Auseinandersetzungen schon auf dem Rückmarsch befanden, trafen immer noch Demonstrierende in der Umgebung des Bauplatzes

---

<sup>20</sup> Vgl. EJZ, Nr. 51, S. 3.

<sup>21</sup> Vgl. taz, Nr. 479, S. 3.

<sup>22</sup> Vgl. EJZ, Nr. 51, S. 3.

<sup>23</sup> Vgl. Tagesspiegel vom 1.3.1981, S. 3.

<sup>24</sup> „NWK“ steht hier als Abkürzung für „Nordwestdeutsche Kraftwerk AG“. Diese gründete zusammen mit den „Hamburgischen Elektrizitäts-Werken“ (HEW) im Jahre 1975 die „Kernkraftwerks-Brokdorf GmbH“.

<sup>25</sup> Vgl. taz, Nr. 479, S. 3.

<sup>26</sup> Vgl. Zeit, Nr. 11, 1981, S. 3.

<sup>27</sup> Vgl. taz, Nr. 479, S. 3.

ein.<sup>28</sup> Die Polizeiführung sprach unterdessen von 3000 „militanten Demonstranten“, die sich auf der Bundesstraße 431 „festgesetzt“ hatten, während sich 30000 innerhalb der Absperrung aufhielten. Um 17.45 Uhr gab die Polizei Entwarnung. Der weitere Rückmarsch der Demonstrierenden dauerte bis in die Abendstunden an und verlief ohne Zwischenfälle.<sup>29</sup> Der Verkehr in der Region wurde noch bis in die Nacht stark behindert.<sup>30</sup>

Nach Angaben des schleswig-holsteinischen Innenministeriums wurden 240 Personen vorübergehend festgenommen, davon 63 nachmittags. Bei der Demonstration wurden 128 Polizisten verletzt, sieben von ihnen schwer. Nach Angaben des „Sani-Ausschusses“<sup>31</sup> wurden 56 Demonstrierende verletzt, während 32 Verletzte noch tags darauf ambulant im Krankenhaus behandelt wurden.<sup>32</sup>

#### **4. Die Fraktion der Demonstrierenden**

Im folgenden Komplex dieser Arbeit soll empirisch anhand von Aussagen einiger ZeitzeugInnen, die am 28. Februar 1981 gegen den erneuten Baubeginn des AKW Brokdorf demonstrierten, dargestellt werden, wie der Tag aus Sicht von Demonstrierenden verlief.

Besonders innerhalb der Ökologiebewegung wird der Gewaltbegriff seit Beginn der Bewegung sehr intensiv diskutiert und differiert in den Teilbereichen der Bewegung teilweise noch bis heute.<sup>33</sup> Vor diesem Hintergrund soll untersucht werden, inwiefern sich unter Demonstrierenden der Konflikt zwischen „Gewaltfreien“ und „Militanten“ auf der Großdemonstration manifestierte. Außerdem werden Demonstrierende erläutern, wie die Konfrontation mit der Polizei ausgesehen hatte, welche Strategien die Polizei anwandte und wie das polizeiliche Verhalten den Demonstrationsverlauf beeinflusste. Im Demonstrationsverlauf sollen die Situation an der Dammflether Sperre, die Auseinandersetzung am Bauzaun sowie der Rückmarsch der Demonstrierenden in Richtung Wilster inhaltliche Schwerpunkte darstellen.

Um die folgenden Kapitel besser nachvollziehen zu können, sollte auf die Lagekarten im Anhang zurückgegriffen werden.

##### **4.1 Verlauf der Großdemonstration aus Sicht der Demonstrierenden**

In diesem Kapitel sollen Eindrücke und Erfahrungen verschiedener Demonstrierender, die in Brokdorf an der Großdemonstration teilnahmen, dargestellt und verknüpft werden um ein ungefähres Gesamtbild der Demonstration gewährleisten zu können. Im Rahmen dieser Arbeit ist

---

<sup>28</sup> Vgl. ebd.

<sup>29</sup> Vgl. EJZ, Nr. 51, S. 3.

<sup>30</sup> Vgl. taz, Nr. 479, S. 3.

<sup>31</sup> Der „Sani-Ausschuss“ war eine von Demonstrierenden organisierte Gruppe, die die medizinische Versorgung von Verletzten bei der Demonstration gewährleisten sollte. Kontakt konnte über eine Hotline aufgenommen werden, die vor der Demonstration auf Flugblättern bekannt gegeben wurde. Vgl. dazu z.B. das Flugblatt Brokdorf-Info 3, Landesarchiv Schleswig Holstein, Abt. 621, Nr. 615.

<sup>32</sup> Vgl. taz, Nr. 479, S. 3.

<sup>33</sup> Vgl. Interview 2 im Anhang, S. 55 ff.

es nicht möglich alle bekannten Ereignisse zu betrachten, weshalb Schlüsselsituationen und -ereignisse die jeweiligen Positionen der Demonstrierenden verdeutlichen sollen.

Der 28. Februar 1981 begann für die meisten Demonstrierenden mit der Anreise nach Brokdorf. Schon in den frühen Morgenstunden brachen bundesweit tausende von ihnen in kleineren Gruppen oder in so genannten Konvois in Richtung Wilster Marsch auf.<sup>34</sup> Die Konvois setzten sich aus Bussen, PKW und Kradfahrern zusammen, wobei die voll besetzten Busse den Kern des Konvois darstellten. Die PKW waren flexibler als die Busse und wurden oftmals dafür genutzt, Polizeifahrzeuge, die die bis zu 30 km langen Konvoizüge begleiteten und zu überwachen versuchten, in die Irre und vom Konvoi weg zu führen. Die Kradfahrer sollten als Informanten innerhalb des Konvois fungieren, um den Demonstrierenden zu berichten, welche Maßnahmen der „Verkehrsausschuss“ – eine Organisatorgruppe innerhalb der Konvois – traf.<sup>35</sup> Die Funktion eines Konvois erläutert ein Aktivist der Bürgerinitiative Heide:

„Aus der Einschätzung, daß die Bullen bei der Anfahrt Schwierigkeiten machen würden, schlossen wir uns dem allgemeinen Konzept an, Konvoi zu fahren, um vorher schon handlungsfähig zu sein – also um auf Sauereien der Bullen, etwa Straßensperren, entschiedener reagieren zu können.“<sup>36</sup>

Die Sorge der Demonstrierenden auf Polizeisperren zu stoßen, bestätigte sich bei vielen schon kurz nach der Abfahrt. Bundesweit kontrollierten Polizeibeamte stichprobenartig „verdächtig aussehende Ansammlungen von PKW und Bussen“.<sup>37</sup> Eine der größeren Polizeisperren befand sich auf der Autobahn 7 in der Nähe des Horster Dreiecks bei Ramelsloh südlich von Itzehoe<sup>38</sup>. Diese Sperre behinderte bis zum frühen Nachmittag vor allem den „Südzug“, dem sich hauptsächlich Demonstrierende aus Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen aber auch viele Süddeutsche angeschlossen hatten.<sup>39</sup> Der Zeitzeuge Roland Schulz<sup>40</sup>, der mit drei Arbeitskollegen privat im PKW zur Demonstration aufgebrochen war, geriet - wie viele andere Demonstrierende auch - eher zufällig in den kilometerlangen Stau vor der Sperre.

„Nachdem wir stundenlang da eingekesselt waren, schraubte dann jemand die Leitplanken ab, so dass auch Busse und alle anderen Fahrzeuge mitten auf der Autobahn wenden konnten und die

---

<sup>34</sup> Im Rahmen dieser Arbeit können/sollen nur die größten „Züge“ oder „Konvois“ thematisiert werden. Wie viele Menschen aus welchen Städten in der BRD tatsächlich zu der Demonstration kamen, ist bis heute nicht vollständig bekannt und kann nur vermutet werden. Die Lageinformation Brokdorf Nr. 12 vom 27.2.1981, die Lageinformation Brokdorf Nr. 13 vom 28.2.1981 sowie der Bericht „Brokdorf 28.2.81“ vermerken Anfahrten aus Aachen, Bad Bramstedt, Bad Kreuznach, (West-)Berlin, Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Bremen, Brunsbüttel, Celle, Düsseldorf, Esslingen, Flensburg, Frankfurt (am Main), Giessen, Gifhorn, Göttingen, Gütersloh, Hameln, Hamburg, Hamm, Hanau, Hannover, Herford, Herne, Itzehoe, Kassel, Kiel, Lübeck, Ludwigshafen, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Mainz, Marburg, Michelstadt, München, Münster, Neumünster, Niebüll, Oldenburg, Osnabrück, Paderborn, Rüsselsheim, Saarbrücken, Speyer, Stade, Steinfurt, Stuttgart, Trier, Unna, Vlotho, Warendorf, Wedel, Wiesbaden, Wolfsburg und Wuppertal.

<sup>35</sup> Vgl. Hamburger Lehrlingsinitiative entlarvt. Taktik von AKL und BBU, in: Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>36</sup> BI Heide: Vorbereitungen und Abfahrt, in: Brokdorf 28.2.81, S. 42.

<sup>37</sup> Vgl. Ablauf der Demonstration, in: Brokdorf 28.2.81, S. 10-19.

<sup>38</sup> Zum Verlauf der Absperrmaßnahmen auf der A 1 und der A 7 vgl. in dieser Arbeit Kapitel 5.3.1, S. 30 ff..

<sup>39</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 11.

<sup>40</sup> Roland Schulz, 1957 geb., arbeitet in der Forschung im Volkswagenwerk Wolfsburg und lebt im Landkreis Gifhorn, Niedersachsen. In den späten 1970er und 1980er Jahren war er in der Friedens-, Ökologie-, und Anti-AKW-Bewegung aktiv.

gegenüber liegende Fahrspur benutzen konnten, um dann von der Autobahn herunter zu kommen und Richtung Brokdorf sich zu bewegen.“<sup>41</sup>

Nur ein Bruchteil des Südzuges verließ auf diese Weise die Autobahn. Die Braunschweiger beispielsweise, die sich mit ihren Bussen ganz vorne in dem Konvoi an der Sperre befanden, wollten sich einer Kontrolle der Polizei – diese hätte die Weiterfahrt ermöglicht – nicht beugen. Sie wurden elf Stunden auf der A 7 von der Polizei festgehalten, bis sie schließlich nachmittags den Heimweg antraten.<sup>42</sup>

Der aus Schleswig-Holsteinern bestehende „Nordzug“, der „Bremer Konvoi“ und der „Hamburger Konvoi“ hatten im Gegensatz zum Südzug weniger Probleme bei der Anreise. Der Nordzug traf vormittags von Schenefeld kommend westlich des Nord-Ostsee-Kanals auf den Hamburger-Konvoi. Die Hamburger hatten es geschafft, die Polizeisperren, die um Itzehoe aufgebaut waren, zu umfahren, indem sie nördlich der Stadt über Hohenaspe, Kaaks und Huje in Richtung Nord-Ostsee-Kanal fuhren.<sup>43</sup> Währenddessen bewegten sich etwa 8000 Menschen im Bremer Konvoi ohne große Zwischenfälle über Zeven, Buxtehude und Hamburg in Richtung Brokdorf bis sie fünf Kilometer vor Wilster auf der Bundesstraße 5 zum Stehen kamen.<sup>44</sup> Die Bundesstraße 5 verbindet die Ortschaften St. Margarethen und Wilster nördlich von Brokdorf. Die Verkehrsausschüsse des Hamburger Konvois und des Nordzugs hatten St. Margarethen als Treffpunkt verabredet. Die kilometerlangen Züge sollten planmäßig die B 5 westlich von St. Margarethen als „Parkraum“ benutzen. Jedoch wurde dies durch Busfahrer des Zuges verhindert, die in St. Margarethen parkten und somit den vorgesehenen Parkraum für die PKW blockierten. Außerdem wurden die Straßen durch viele PKW-Fahrer blockiert, die beim Parken die Verkehrslage nicht überblickten und sich einen langen Marschweg ersparen wollten.<sup>45</sup> Der Pastor Ulfrid Kleinert<sup>46</sup>, der von Brokdorf her kommend in Richtung Dammfleth mit dem Fahrrad fuhr, konnte die von St. Margarethen bis hinter Wilster blockierte Bundesstraße von weitem sehen.

„Je näher ich nun der B 5 komme, desto dichter werden die Pulks der zögernd mir entgegenkommenden oder abwartenden Demonstrantengruppen. Die Straßenränder und Wiesen stehen voller Busse, soweit ich links und rechts die B 5 entlang und geradeaus nach Wilster sehen kann.“<sup>47</sup>

Schon bei der Anreise zeigte sich, dass die Demonstrierenden verschiedene Anmarschwege benutzten, die größtenteils nicht zwischen den einzelnen Zügen und Gruppierungen koordiniert waren.

---

<sup>41</sup> Interview 1 im Anhang, S. 47.

<sup>42</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 11.

<sup>43</sup> Vgl. Hamburger Berichte, in: Brokdorf 28.2.81, S. 21.

<sup>44</sup> Vgl. Bremer Bericht zum 28.2., in: Brokdorf 28.2.81, S. 40.

<sup>45</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 21.

<sup>46</sup> Ulfrid Kleinert, 1941 geb., Pastor und theologischer Dozent. Kleinert nahm schon die Tage vor dem 28.2.1981 an gewaltfreien Aktionen um den Bauplatz des AKWs in Brokdorf teil.

<sup>47</sup> Kleinert, Ulfrid: Macht und Ohnmacht einer Großdemonstration: Samstag, 28. Februar, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine, Hamburg 1981, S. 71.

Die Hamburger überquerten mit Demonstrierenden aus dem Nord- und Südzug um 12 Uhr bei Rehburg auf der B 5 den Deich in Richtung Bauplatz. Die Demonstrierenden aus dem Südzug waren – soweit sie nicht von Sperren aufgehalten wurden oder sich verfahren hatten – über Wilster auf die B 5 in Richtung Rehburg gefahren. Rehburg war in sofern ein strategisch günstig gelegener Treffpunkt, als dass von dort aus die südlich der B 5 aufgebauten Polizeisperren umgangen werden konnten. Die ersten Demonstrierenden erreichten den Bauplatz über Rehburg gegen 13.30 Uhr.<sup>48</sup> Währenddessen wurde um 10 Uhr hinter dem Wilster Marktplatz eine durch den BBU organisierte Kundgebung veranstaltet. Diese dauerte jedoch nicht länger als eine halbe Stunde, da viele Demonstrierende schon während der Kundgebung zum Bauplatz aufbrachen.<sup>49</sup>

„Von dort aus ging ab 10.15 Uhr der offizielle Demonstrationzug des BBU los, nachdem bereits vorher einige Demonstranten unterwegs waren in Richtung Dammfleth unter der B5 durch.“<sup>50</sup>

Die Spitze des Demonstrationzuges erreichte gegen 11.30 Uhr die Polizeisperre bei Dammfleth. Eine Hundertschaft Polizeibeamter mit einem Wasserwerfer bewachte die mit Containern flankierte Sperre. Josef Leinen und Roland Vogt, die mit einem Megafon auf den Containern standen, fanden mit der Polizei die Übereinkunft, dass die Demonstrierenden einzeln durch die Sperre durchgehen könnten, wenn sie sich kontrollieren lassen würden. Er argumentierte, dass es eine friedliche Demonstration sei und die Demonstrierenden doch nichts zu verlieren hätten, wenn sie sich kontrollieren lassen würden.<sup>51</sup> Der Demonstrant Michael Niewind beobachtete das Geschehen.

„Ich dränge mich durch die Reihen nach vorne, sehe die beiden Container, auf dem einen stehen Roland und Jo, sie werden von Umstehenden beschimpft, offenbar, weil sie die Leute auffordern durch die Polizeisperre zu gehen.“<sup>52</sup>

Die Situation an der Dammflether Sperre stellte die Demonstrierenden vor eine Zerreißprobe. Viele waren mit dem Vorschlag sich kontrollieren zu lassen nicht einverstanden und versuchten an den Seiten der Sperre über Behelfsbrücken über die Wettern zu kommen. Andere argumentierten gegen Leinens Vorschläge und die Versuche des AKL, eine politische Kundgebung vor der Sperre zu veranstalten.<sup>53</sup>

„Wir hatten unterdessen mit unseren 3 Megaphonen auf den Wiesen und entlang der Demo immer dazu aufgerufen, sich nicht filzen zu lassen, sondern an dem Recht auf gemeinsame Demo festzuhalten ohne Behinderung und Spaltung der Polizei.“<sup>54</sup>

Schließlich erhielten Demonstrierende von der Polizei die Erlaubnis die mit Sand gefüllten Container freizuschaukeln, was sie mit bloßen Händen und Kaffeedosen des AKL taten. Einige Demonstrierende, denen das nicht schnell genug ging, halfen mit ihren Hilfsmitteln nach.<sup>55</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 21.

<sup>49</sup> Vgl. ebd., S. 22.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>52</sup> Großdemo am 28. Februar. Einmal Vlotho – Brokdorf und zurück, in: umweltmagazin, Nr. 2 vom 2.4.1981, S. 12.

<sup>53</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>54</sup> Ebd.

„Ab 13 h wurde dann mit einem Tau mit Anker, das von anderen Demonstrationsteilnehmern mitgeführt worden war, unter unserer Mithilfe der Container in Richtung Bullensperre noch während der Ausschauelaktion zur Seite gezogen.“<sup>56</sup>

Viele Demonstrierende verunsicherte die Dammflether-Sperre, weil die Diskussionen dort viel Zeit kosteten und der Bauplatz noch – nach Ulfrid Kleinerts Angaben – acht Kilometer entfernt war.<sup>57</sup> Für Marianne Fritzen<sup>58</sup>, Michael Niewind und viele andere AKW-GegnerInnen hatte die Demonstration hier ihr Ende gefunden.<sup>59</sup>

Etwa gegen 13 Uhr erreichten die ersten Demonstrierenden, die über die Dammflether Sperre gekommen waren, das Baugelände. Die AKW-GegnerInnen, die aus Richtung der B5 kamen, trafen einen halbe Stunde später ein.<sup>60</sup> Zur gleichen Zeit beobachtete die Zeitzeugin Dagmar Held<sup>61</sup>, dass sich Polizeikräfte von einer Sperre, die südöstlich des Bauplatzes bei Großwisch aufgebaut war, in die östlich neben dem Bauplatz gelegene NWK-Straße zurückzogen und diese versperrten.<sup>62</sup>

„Wir gingen auf der B 431 [, die nördlich des Bauplatzes verläuft,] bis zur NWK-Straße. Dort war jetzt eine Polizeisperre errichtet; drei Reihen Polizisten standen da, mit Helmen, Schilden und Schlagstöcken, versetzt quer über die Straße.“<sup>63</sup>

Als Dagmar Held um 13.30 Uhr am Bauplatz ankam, standen den Hundertschaften der Polizei schon hunderte Demonstrierende gegenüber. Einige KernkraftgegnerInnen versuchten mit den Polizeibeamten ins Gespräch zu kommen, doch diese ließen keine Konversation zu und schwiegen.<sup>64</sup>

„Hilflosigkeit und Ratlosigkeit machte sich breit. Plötzlich und für alle unverständlich bewegte sich die Mauer der Polizisten. Mit langsamen Schritten ging sie in die NWK-Straße hinein.“<sup>65</sup>

Während sich auf dem Bauplatz einige Hundertschaften formierten, wurden die stationären Wasserkanonen auf dem Baugelände besetzt; Großraumhubschrauber des Bundesgrenzschutzes landeten und starteten. Weiterhin formierten sich zusätzliche Hundertschaften auf der Straße am südlichen Ende des Geländes parallel zum Deich. Währenddessen wartete der Großteil der Demonstrierenden weiter ab, wobei einige Beschimpfungen zu hören waren und erste Steine und Knallkörper in Richtung Polizei flogen. In der Zwischenzeit kamen immer noch mehr

---

<sup>55</sup> Vgl. ebd.

<sup>56</sup> Ebd.

<sup>57</sup> Vgl. Kleinert: Großdemonstration, S. 71.

<sup>58</sup> Marianne Fritzen, 1924 geb., seit 1973 in der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg aktiv. Sie kam im Rahmen einer „Unterstützungskampagne für die Brokdorfer Freunde“ in die Wilster Marsch. Vgl. dazu Interview 2 im Anhang, S. 53.

<sup>59</sup> Vgl. umweltmagazin, Nr. 2, 1981, S. 13.

<sup>60</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 21.

<sup>61</sup> Dagmar Held war wie Ulfrid Kleinert schon vor dem 28.2. an gewaltfreien Aktionen in der Wilster Marsch beteiligt. Sie ging mit ihrer Gruppe den Demonstrierenden, die von der B5 und aus Dammfleth kamen, aus Richtung Großwisch entgegen.

<sup>62</sup> Vgl. Augenzeugenbericht über die Räumung der NWK-Straße, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 81 f.

<sup>63</sup> Ebd.

<sup>64</sup> Vgl. ebd.

<sup>65</sup> Ebd.

Demonstrierende am Bauplatz an. Aus Angst vor einer bevorstehenden Gewalteskalation verließen einige jedoch die Szenerie schon wieder. Unter ihnen befand sich auch Dagmar Held.<sup>66</sup>

Nachdem die Polizei gegen 15.20 Uhr mit Hilfe von Wasserwerfern die NWK-Straße räumte, fand einen Kilometer nördlich vom Bauplatz eine Kundgebung des AKL statt.<sup>67</sup> Dieser hatte mit der Polizei an der Dammflether Sperre aushandeln können, dass der Lautsprecherwagen der Gruppe in die Nähe des Bauplatzes für eine Abschlusskundgebung gefahren werden durfte. Auf der Kundgebung distanzierte sich der AKL von den „Militanten“ am Bauzaun. Man beschloss jedoch auf die Rückkehr der Demonstrierenden am Bauzaun zu warten.<sup>68</sup>

Unterdessen griffen jugendliche Demonstrierende das Reglerhäuschen des Klärwerks an der Westseite des Baugeländes mit Molotow-Cocktails an. Ulfrid Kleinert beobachtete, dass sich zwei Hundertschaften begleitet von Wasserwerfern in Richtung des Brands in Bewegung setzten.<sup>69</sup>

„Die Polizisten wollen das Klärwerk erreichen, denn die Brandwolken kommen aus der glaslosen Fensteröffnung des dortigen Reglerhäuschens. Die Kraft der auf dem Bauplatz stationierten Wasserwerfer ist zu schwach, um das Feuer löschen zu können.“<sup>70</sup>

Weiterhin konnte Kleinert beobachten, dass sieben bis acht Großraumhubschrauber des Bundesgrenzschutzes im Tiefflug von der Elbe her auf dem Bauplatz und später auch auf den Weiden landeten.<sup>71</sup>

Am nördlichen Ende der NWK-Straße positionierten sich etwa tausend Polizeibeamte, die mit Hilfe von Wasserwerfern und Tränengas versuchten, die Demonstrierenden auf die Wiesen zu treiben. Die Polizeikette zog sich zusammen mit den Wasserwerfern während dieser etwa einstündigen Auseinandersetzung mit Demonstrierenden mehrfach von der B 431 zurück in die NWK-Straße um anschließend wieder vorzustoßen. Bei einem dieser Vorstöße rannten einzelne Polizeibeamte hinter den sich zurückziehenden Demonstrierenden her und schlugen auf sie ein. Der Zeitzeuge Jens-Rüdiger Boy beobachtete wie einer der Beamten beim Verfolgen eines Demonstrierenden in einen Graben rutschte. Der Polizeibeamte wurde nach einer kurzen gewaltsamen Konfrontation mit Demonstrierenden verletzt und von anderen DemonstrationsteilnehmerInnen gegen weitere Übergriffe verteidigt.<sup>72</sup>

„ [...] Ich sah dort den Polizisten auf [...] der Nordseite des Grabens von einer Gruppe Demonstranten umringt. Sie schützten ihn vor anderen Demonstranten, die offensichtlich sehr erobert waren über sein Verhalten zuvor.“<sup>73</sup>

Jens-Rüdiger Boy begleitete den verletzten Beamten anschließend mit einigen Demonstrierenden in eine nahe gelegene Sanitätsstelle.<sup>74</sup>

---

<sup>66</sup> Vgl. ebd., S. 82 f.

<sup>67</sup> Vgl. Kleinert: Großdemonstration, S. 84.

<sup>68</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>69</sup> Vgl. Kleinert: Großdemonstration, S. 84 f.

<sup>70</sup> Ebd., S. 85.

<sup>71</sup> Vgl. Kleinert: Großdemonstration, S. 85.

<sup>72</sup> Vgl. Augenzeugenbericht. Der verletzte Polizist, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 90.

<sup>73</sup> Ebd.

<sup>74</sup> Vgl. ebd.

Gegen 16.30 Uhr hatten schon viele KernkraftgegnerInnen den Rückmarsch angetreten um sich der Konfrontation am Bauzaun zu entziehen. Nur noch wenige befanden sich in unmittelbarer Nähe des Bauzaunes mit der Polizei in gewaltsamen Auseinandersetzungen.<sup>75</sup>

„Einige Militante machten sich den Spaß, die anfliegenden Gaskartuschen auf die hinter dem Bauzaunstationierten Bulleneinheiten zurückzuwerfen. Auch flogen einige wenige Steine Richtung Bullenpulk auf der NWK-Straße.“<sup>76</sup>

Nachdem der Großteil der AKW-GegnerInnen unorganisiert und panisch vor der Polizei über die Wiesen geflüchtet waren<sup>77</sup>, formierten sich gegen 17 Uhr die letzten beiden Züge für den Rückmarsch. Die meisten der letzten NachzüglerInnen zogen sich in Richtung Hollerwettern zurück, wo sich eine von den Göttinger Demonstrierenden organisierte Gruppe abmarschfertig machte. Auch der AKL wartete auf der B 431 in einem Zug auf zurückkehrende Demonstrierende. Die Demonstrierenden, die sich in Richtung des Göttinger Zuges bewegten, wurden im Laufschrift von Polizeibeamten verfolgt.<sup>78</sup>

„Von der Straße aus wurde der Wasserwerfer massiv eingesetzt. Von der Straße aus drangen einige Bullen auf die Felder und setzten den Schlagstock ein.“<sup>79</sup>

Die 1000 eingesetzten Polizisten konnten die Demonstrierenden, die in Richtung des Leuchtturms südlich des Baugeländes strömten, nach einer bestimmten Zeit nicht mehr zu Fuß erreichen. Die Polizei reagierte und setzte vier bis fünf Hubschrauber ein, die inmitten der Demonstrierendengruppen landeten. Beamte des Bundesgrenzschutzes, die aus den Hubschraubern abgesetzt wurden, verfolgten die Demonstrierenden in Kleingruppen weiter.<sup>80</sup>

Den letzten offensiven Hubschraubereinsatz startete die Polizei gegen 18.15 Uhr auf den zurückmarschierenden Zug des AKL. Kurz vor Dammfleth hinter Rotenmeer schnürte die Polizei mit Hilfe von elf Hubschraubern und einigen Hundertschaften den ersten Teil des Zuges, in dem sich auch der Lautsprecherwagen der Gruppe befand, ab. Der Lautsprecherwagen wurde aus dem Zug ausrangiert und seine Insassen festgenommen. Einige Demonstrierende im hinteren Teil des Zuges protestierten gegen die Maßnahmen der Polizei – vergebens.<sup>81</sup>

„1, 2, 3, laßt die Leute frei! Der Bulleneinsatzleiter rief über Lautsprecher sich über uns lustig machend zurück: 2, 3, 4, die Leute bleiben hier.“<sup>82</sup>

Der Tag näherte sich in der Wilster Marsch ohne weitere nennenswerte Vorkommnisse seinem Ende zu. Trotzdem stand vielen ausgelaugten DemonstrationsteilnehmerInnen noch bis in die späte Nacht ein beschwerlicher Heimweg in ihren Fahrzeugen bevor.

---

<sup>75</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>76</sup> Ebd.

<sup>77</sup> Vgl. Interview 1 im Anhang, S. 49.

<sup>78</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>81</sup> Vgl. ebd.

<sup>82</sup> Ebd.

## **4.2 Unterschiedliche Positionen unter den Demonstrierenden – der Konflikt zwischen „Gewaltfreien“ und „Militanten“**

Wie im Kapitel zuvor schon angedeutet, waren die Demonstrierenden, die am 28. Februar 1981 an der Großdemonstration in Brokdorf teilnahmen, keine homogene Masse mit einheitlichen Interessen. Bei der Großdemonstration kam unter Demonstrierenden eine Interessenvielfalt zum Vorschein, die unter anderem die Ziele der Demonstration, die „Feindbilder“ sowie auch die Gewaltfrage und die mit ihr eingehende Diskussion betraf.

Besonders auf den Vorbereitungstreffen im Februar 1981 versuchten Bürgerinitiativen einen Konsens untereinander auszuhandeln, wie die Demonstration um den Bauplatz des AKW Brokdorf ablaufen und welche Zielsetzung dabei getroffen werden sollte. Auf einem Vorbereitungstreffen am 7. Februar 1981, an dem ausschließlich norddeutsche Bürgerinitiativen teilnahmen, trat ein großer Teil der InitiativenvertreterInnen für eine politische Kundgebung am Bauzaun des AKW ein. Jedoch konnte man sich nicht über die Form der Demonstration einigen und vertagte diese Entscheidung auf das Vorbereitungstreffen in Hannover am 14. Februar. Auf diesem Treffen versammelten sich neben den norddeutschen Initiativen, dem BBU, dem AKL und den Grünen Bürgerinitiativen und Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die versammelten Gruppen und Organisationen unterschrieben schließlich zusammen den Aufruf eine politische Kundgebung am Bauzaun abzuhalten. Falls dies aufgrund der im Vorfeld von den Initiativen erwarteten scharfen Polizeimaßnahmen nicht möglich gewesen wäre, einigte man sich ersatzweise auf „spontane Aktionen vor Ort“. Jedoch wollten einige der norddeutschen Bürgerinitiativen auf der Möglichkeit einer Besetzung des Bauplatzes nicht verzichten. Letztendlich beschlossen die Initiativen eine einheitliche Demonstration ohne „sinnlose Auseinandersetzungen mit der Polizei“ durchzuführen. Außerdem sollte die Stärke der Bewegung auch in Brokdorf in der Vielfalt des Widerstandes und des Protestes liegen.<sup>83</sup>

Die „Vielfalt des Widerstandes“ manifestierte sich vor allem in der Auseinandersetzung am Bauzaun und der parallel ablaufenden Abschlusskundgebung. Hier verdeutlichten sich die unterschiedlichen Zielsetzungen der Demonstrierenden, was für Kritik innerhalb der Demonstrierendenfraktion sorgte. Josef Leinen, der als eine Schlüsselperson auf dieser Großdemonstration zu betrachten ist, beurteilte die Aktionen am Bauzaun.

„Es ist auch klar geworden, daß die Aktionen am Bauzaun geradezu bewirkten, daß eine Abschlußkundgebung nicht wie geplant durchgeführt werden konnte und ein erheblicher Teil der Demonstration [...] in Situationen hineingezogen wurde, die er nicht wollte.“<sup>84</sup>

Weiterhin kritisierte Leinen das Feindbild vieler „autonomer Demonstrierender“. Während für den BBU die Atomkraftwerke und deshalb die Atomindustrie der zu bekämpfende Gegner sei, wäre für viele „Autonome“ der Staat das Feindbild. Der Staat mit seinen Repräsentanten, so Leinen, sei

---

<sup>83</sup> Vgl. Bericht des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., Bericht über Brokdorf am 28.2.1981, hrsg. von der Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., Sensbachtal 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.54, S. 8 f.

<sup>84</sup> umweltmagazin, Nr. 2 vom 2.4.1981, S. 15.

zwar mit der Atomindustrie „verfilzt“, könnte aber nach Veränderung der Machtverhältnisse und Mobilisierung der Bevölkerung seine Position zur Atomenergie ändern. Leinen sah in diesem Punkt sogar eine Bruchstelle in der Anti-AKW-Bewegung, da mit dem Feindbild des Staates auch die Polizei zum Feind werden würde. Gewaltfreie Aktionen würden ihre Symbolkraft und Durchsetzungskraft verlieren, da die Exekutivkräfte des Staates das gewaltsame Vorgehen gegen die Allgemeinheit der Anti-AKW-GegnerInnen als legitimiert ansehen könnten.<sup>85</sup>

Eine Hamburger AKW-Gegnerin soll hier als Beispiel einer System- und „Atomstaat“-Kritikerin genannt werden. Sie war an den Auseinandersetzungen am Bauzaun beteiligt und betrachtete das Polizeiaufgebot um das Baugelände als unzulässige Aggression des Staates, das es zu bekämpfen galt. Eine Gruppe „Gewaltfreier“, die vor dem Bauzaun ein Transparent mit Liebesbotschaften ausgerollt hatte, erregte ihre Aufmerksamkeit.

„In solchen Situationen frage ich mich, ob es bei denen oder bei mir aussetzt. Ich entschied mich für das erstere, denn ich kämpfe gegen diesen Atomstaat und diese „Gewaltfreien“ wissen immer noch nicht wogegen sie kämpfen.“<sup>86</sup>

Auch blieb Josef Leinen persönlich von Kritik aus Reihen der Demonstrierenden nicht verschont. Er und der BBU wurden vor allem wegen der Verhandlungen mit der Polizei an der Dammflether Sperre mit Skepsis betrachtet. Ein Kernkraftgegner aus Kassel warf Leinen vor, sich kooperativ mit Polizei-Taktiken gestellt zu haben, die gezielt gegen die Demonstrierenden gerichtet waren.

„Jo Leinen hat uns mit Wissen direkt auf die Sperre in Dammfleth zugeführt. Damit hat er die Taktik der Polizei – flexible Sperren zur Zermürbung und Zeitgewinnung – aktiv unterstützt.“<sup>87</sup>

Leinen habe den Demonstrierenden an der Dammflether Sperre also „aufgezwungen“, sich von der Polizei durch die Einzelkontrollen „demütigen“ zu lassen. Jedoch sprachen nicht nur BBU-distanzierte Demonstrierende von „Aufgezwungenheiten“ durch andere DemonstrationsteilnehmerInnen. Roland Vogt beispielsweise sah nicht an der Dammflether Sperre durch den BBU eine „Aufgezwungenheit“, sondern durch die Auseinandersetzungen am Bauzaun.

„Ich bin allerdings der Meinung, daß diejenigen, die am 28.2. am Bauplatz Brandflaschen und andere Gegenstände geschleudert haben, die Personenverletzungen bewirken können, der Gesamtdemonstration etwas aufgezwungen haben [...]“<sup>88</sup>

Die Diskussionen machen letztendlich deutlich, dass auf dieser Demonstration verschiedene Zielsetzungen, unter anderem die Ideen der Abschlusskundgebung und der Bauplatzbesetzung, existierten. Diese teils sich widersprechenden Ideen und Demonstrationsformen wurden von verschiedenen Gruppen und Einzelakteuren getragen, die diese oftmals sehr unorganisiert und unabhängig voneinander durchsetzen wollten. Die Situationen an der Dammflether Sperre und die Auseinandersetzungen am Bauzaun wurden zudem von einzelnen Gruppierungen, teilweise ohne Rücksicht anderen Demonstrierenden gegenüber, dominiert und erschwerten somit den in der

---

<sup>85</sup> Vgl. ebd.

<sup>86</sup> Kampf dem Atomstaat, in: Brokdorf 28.2.81, S. 23.

<sup>87</sup> Kassel: Ärger über BBU und mangelndes eigenes Konzept, in: Brokdorf 28.2.81, S. 31.

<sup>88</sup> Zweifrontenkampf in Brokdorf. Gegen die Gewaltfreiheit der Heuchler, in: umweltmagazin, Nr. 2 vom 2.4.1981, S. 11.

Vorbereitungsphase geplanten Ablauf der Demonstration. Welche Rolle dabei die Polizei spielte, soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

### 4.3 Der Polizeieinsatz aus Sicht von Demonstrierenden

Der Polizeieinsatz auf der Großdemonstration in Brokdorf stand unter anderem vor dem Hintergrund des Demonstrationsverbotes in der Wilster Marsch. Das Verbot beschäftigte schon vor der Demonstration viele Demonstrierende emotional. So erklärte die Bremer Koordinierungsgruppe:

„Wir haben mit diesem Verbot gerechnet. ... Es soll Angst und Schrecken verbreiten und noch Unentschiedene einschüchtern. ... Wir werden am 28.2. mit aller Kraft versuchen, die Kundgebung am Bauzaun wie geplant, rechtzeitig und unkontrolliert zu erreichen.“<sup>89</sup>

Die „Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht des Komitees für Demokratie und Grundrechte e.V.“<sup>90</sup> kommt in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit durch die „negative Kontinuität exekutivischer Behinderung und Einschüchterung der Demonstration“ in Brokdorf verletzt und prinzipiell gefährdet worden sei.<sup>91</sup> Da keine nachweisbaren Gründe für das Demonstrationsverbot bestanden hätten, sei die Rechtssicherheit der Bürger verletzt worden. Weiterhin habe das Verbot die Demonstrierenden aus der politischen Diskussion ausgegrenzt und zu Feinden des Grundrechtes und des Staates diffamiert. Durch die Stilisierung der Demonstration zu einer Gewaltauseinandersetzung zwischen staatlichen Repräsentanten und Demonstrierenden seien die „zu Gewalt neigenden Kräfte“ gefördert worden.<sup>92</sup>

Wie schon im Demonstrationsverlauf erwähnt, wurden Demonstrierende schon bei ihrer Anreise „exekutivisch behindert“. Der Zeitzeuge Roland Schulz realisierte schon morgens vor der Sperre bei Ramelsloh, nachdem die Leitplanken auf der A 5 demontiert wurden, wie sich bei ihm persönlich das Feindbild zwischen Exekutivkräften und Demonstrierenden stilisierte. Die Demontage der Leitplanken, so der Zeitzeuge, sei auch eine wütende Reaktion auf die polizeilichen Sperrungen gewesen.<sup>93</sup>

„Ja wir waren nicht nur wütend – wir waren ohnmächtig wütend. Erst als dann jemand die Leitplanken abgeschraubt hat – was ja für einen deutschen angepassten Staatsbürger eine Unmöglichkeit ist, [...] - da wurde dieser Wut endlich so ein kleines Ventil geöffnet.“<sup>94</sup>

Obwohl tausende von Demonstrierenden, ähnlich wie Roland Schulz, von der Polizei bei ihrer Anreise behindert wurden, konnten viele auch ohne Kontrollen ungehindert bis nach Wilster gelangen. Die „Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht“ sieht in der Polizeistrategie eine „Systematik

---

<sup>89</sup> Brokdorf 28.2.81, S. 40.

<sup>90</sup> Die „Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht“ setzte sich aus 15 Personen zusammen, die die Polizei- und Demonstrierendenreaktionen auf der Demonstration genau beobachteten. Die Gruppe ordnet sich dem „gewaltfreien Lager“ zu. Sie sammelte Eindrücke auf der „offiziellen“ Demonstrationsroute Wilster-Dammfleth bis zur Abschlusskundgebung in der Nähe des Bauplatzes.

<sup>91</sup> Vgl. Komitee für Grundrechte, S. 34.

<sup>92</sup> Vgl. ebd., S. 31 f.

<sup>93</sup> Vgl. Interview 1 im Anhang, S. 47.

<sup>94</sup> Ebd.

der Systemlosigkeit“. Einerseits habe sich ein geschlossener Konvoi durch das aufgrund von polizeilichen Maßnahmen ungleichzeitige Ankommen der Demonstrierenden nicht bilden können. Andererseits seien die Polizeikontrollen so willkürlich angewandt worden, dass ganze Konvois ungehindert Wilster erreichen konnten.<sup>95</sup> Ein Demonstrierender aus Hameln hatte aber noch eine andere Erklärung für die „willkürlichen Kontrollen“ während der Anreise.

„Ich weiß mittlerweile, daß sehr viele die Sperren einfach umfahren haben, daß die Bullen neben ihren Klotzsperren auf der Autobahn keine Kräfte mehr übrig hatten für flexible Sperren auf den Landstraßen.“<sup>96</sup>

Die Staus und Umwege, die von Demonstrierenden in Kauf genommen werden mussten, bedeuteten für tausende von ihnen stundenlange Wartezeiten und somit kostbare Demonstrationszeit. Viele KernkraftgegnerInnen beobachteten, dass keine Totalsperrungen beabsichtigt waren, wobei die stichprobenartigen Verkehrskontrollen und verwirrenden Polizeimaßnahmen scheinbar Zeit schinden sollten.<sup>97</sup> Ähnliches schien die Polizei auch mit den Maßnahmen an der Dammflether Sperre zu beabsichtigen.

„Über zwei Stunden wurde die Demonstration durch die Sperre aufgehalten, zurückgedrängt und dann auseinandergezogen. Dieser Effekt dürfte dem polizeilichen Kalkül, eine geschlossene Demonstration nach Brokdorf nicht aufkommen zu lassen, entsprochen haben.“<sup>98</sup>

Die „Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht“ spricht der Polizei an der Sperre in Dammfleth eine kollektive aber auch individuelle Flexibilität und Beweglichkeit zu. Die Polizeibeamten wären fähig gewesen, Aggressionen zu unterdrücken. Indem sie Joseph Leinen ein Megafon liehen, mit dem die Demonstrierenden gebeten wurden, einzeln durch die Sperre zu gehen, geriet eher Leinen als die Polizei in dieser Situation bei vielen AKW-GegnerInnen in die Kritik. Die „Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht“ deutet darauf hin, dass durch die versuchte „Individualisierung“ und „Isolierung“ der Demonstrierenden an der Sperre die friedlichen Absichten der KernkraftgegnerInnen erprobt worden wären.<sup>99</sup> Dass der Großteil der Demonstrierenden an der Dammflether Sperre sich in der Gewalt hatte, mussten auch „radikale“ Demonstrierende erkennen, die zusammen mit anderen „Gemäßigten“ mithalfen, die Sperrcontainer mit Tau und Anker wegzuziehen.

„Ein Versuch von uns [mit Tau und Anker] auch die Bullensperre mit abzuräumen, scheiterte einerseits an den Beschwichtigungsversuchen des BBU, andererseits am Mangel von entschlossenen Demonstranten.“<sup>100</sup>

Jedoch schienen am „Nadelöhr“ in Dammfleth nicht nur Demonstrierende unsicher gewesen zu sein. Ulfrid Kleinert hatte den Eindruck, dass die Polizisten sich an der Sperre „die Hände

---

<sup>95</sup> Vgl. Komitee für Grundrechte, S. 18.

<sup>96</sup> Bericht und Einschätzung aus Hameln, in: Brokdorf 28.2.81, S. 45.

<sup>97</sup> Vgl. ebd., S. 16.

<sup>98</sup> Komitee für Grundrechte, S. 22.

<sup>99</sup> Ebd., S. 20 f.

<sup>100</sup> Brokdorf 28.2.81, S. 22.

gebunden hatten“ und durch die Öffnung der Sperre eine Spannung vor dem „Nadelöhr“ verhindern wollten.<sup>101</sup>

Auf dem Weg in Richtung Bauplatz beobachteten einige Demonstrierende, nachdem sie die Sperre in Dammfleth passiert hatten, wie die Polizei Luftlandeeinsätze probte.<sup>102</sup> Eine dieser vermeintlichen Übungen fand am Platz der geplanten Abschlusskundgebung in der Nähe des Bauplatzes statt. Die von Hubschraubern abgesetzten Beamten drangen in den Demonstrationszug ein und schnitten diesen in zwei Teile. Über den AKL-Lautsprecherwagen wurden die Demonstrierenden dazu aufgerufen, sich nicht provozieren zu lassen, während die Polizei aufgefordert wurde, den Weg frei zu machen.<sup>103</sup>

„Angesichts der großen Zahl der Demonstranten wurden die Polizisten bald von diesen eingekreist und in Gespräche einbezogen. Die Beamten vermochten ihren aktuellen Einsatz nicht zu begründen.“<sup>104</sup>

Im Gegensatz zu den von Dammfleth kommenden Demonstrierenden, hatten die KernkraftgegnerInnen, die auf der B 5 zwischen Wilster und St. Margarethen zum Bauplatz aufbrachen, kaum Kontakt mit Kräften der Polizei. Vor allem die dänischen Beobachter der „Organisationen til Oplysning Atomkraft“<sup>105</sup> (OOA) zeigten sich über „großzügige Kontrollmaßnahmen“ der Polizei überrascht. Eine Lübecker Demonstrantin teilte den Beobachtern am Tag nach der Demonstration mit, sie sei ohne kontrolliert zu werden über Neufeld in Richtung des Bauplatzes marschiert.<sup>106</sup>

„Es gab keine Polizeisperre unterwegs. Sie hatte sich einer sehr großen Gruppe angeschlossen, die – jedem sichtbar – Seile, Wurfanker, Stangen und ähnliches Gerät mit sich führte.“<sup>107</sup>

Ein dänischer Pressefotograph berichtete den OOA-Mitgliedern unterdessen, er sei mittags mit einer größeren Menge Demonstrierender über Neufeld gekommen, wo er eine unbewachte Container-Sperre passieren konnte. Nach eigenen Angaben kam der Fotograph in seiner Gruppe bis zum Bauzaun ohne mit der Polizei zusammen zu treffen.<sup>108</sup> Die OOA-Mitglieder kommen zu folgendem Fazit:

„[Es] liegt für uns der Schluß nahe, daß der ausdrückliche Wunsch vorhanden gewesen sein muß, eine gewisse Menge ‚Angriffsmittel‘ bis zum Bauplatz heranzulassen.“<sup>109</sup>

Weiterhin mutmaßten die dänischen Beobachter, dass gewaltbereite Demonstrierende über diese Route den Bauplatz erreichen sollten, damit die am Bauplatz wartenden Journalisten die „vorher

---

<sup>101</sup> Vgl. Kleinert: Großdemonstration, S. 75.

<sup>102</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>103</sup> Vgl. Komitee für Grundrechte, S. 22.

<sup>104</sup> Ebd.

<sup>105</sup> Die OOA-Mitglieder Leif Jacobsen, Henning Madsen, Finn Skov und Siegfried Christiansen konnten trotz des Einreiseverbots für ausländische AKW-GegnerInnen von Dänemark aus in die BRD einreisen. Am 28.2.1981 beobachteten sie gezielt den Polizeieinsatz und die Reaktionen Demonstrierender.

<sup>106</sup> Vgl. Bericht dänischer Beobachter von der Brokdorf-Demonstration am 28.2.1981, hrsg. von der Organisation til Oplysning om Atomkraft (OOA), Kopenhagen 1981, Landesarchiv Schleswig, Abt. 621, Nr. 617, S. 2.

<sup>107</sup> Bericht der OOA, S. 2.

<sup>108</sup> Vgl. ebd.

<sup>109</sup> Ebd.

angekündigte Gewalt“ dokumentieren konnten. Außerdem konnte die Polizei während der Auseinandersetzung am Bauzaun, so die Beobachter aus Dänemark, Hubschraubereinsätze trainieren.<sup>110</sup>

Offensiver wurde die Polizei nach der „unvermittelten“ und „plötzlichen“ Räumung der NWK-Straße am Bauplatz.<sup>111</sup>

„Die Beweglichkeit der Polizei erwies sich [...] als Beweglichkeit der Härte. Die polizeilichen Linien preschten vor, warfen, schlugen und wichen wieder zurück.“<sup>112</sup>

Ein Schüler, der frustriert das Vor- und Zurückweichen der Polizei beobachtete, realisierte:

„Die Bullen haben mit uns nur gespielt. Es sah nie so aus, als ob irgendjemand an den Bauzaun käme. Zuvor hab’ ich ernsthaft geglaubt, daß der Bauzaun evtl., jedenfalls teilweise, niedergerissen wird!“<sup>113</sup>

Auch der Zeitzuge Roland Schulz, der eher unabsichtlich ins Geschehen vor dem Bauplatz geraten war, beschreibt den harten Einsatz der Polizei und die Hilflosigkeit der Demonstrierenden.

„[...] eine Demonstrantin [...], die versuchte einen Wasserwerfer durch Schlammwürfe am Weiterfahren zu hindern, [wurde] von einer Wasserkanone, die unter dem Fahrzeug angebracht war, [...] mit hohem Druck einfach wie ein Putzlumpen durch die Gegend [ge]schoss[en], [...] was natürlich eine Menge Respekt erzeugte bei den Demonstranten.“<sup>114</sup>

Für einen Münchner Demonstrierenden war vor allem der anschließende Hubschraubereinsatz, bei dem etwa 200 Beamte des Bundesgrenzschutzes hinter den Demonstrierenden abgesetzt wurden, Grund zum Rückzug.<sup>115</sup>

„Wir hatten wohl alle das Gefühl, daß die uns in den Rücken fallen würden. Allein die psychologische Wirkung des Hubschraubereinsatzes veranlaßte dann wohl den Rückzug, man kam sich vor wie im Bürgerkrieg [...].“<sup>116</sup>

Während sich schon die meisten Demonstrierenden auf dem Rückmarsch befanden, konnte Roland Schulz beobachten, wie Beamte, mit „motokrossartigen Protektoren“ geschützt und mit „langen Eschenschlägern“ bewaffnet, gezielt eine Gewaltkonfrontation mit den KernkraftgegnerInnen suchten.<sup>117</sup> Auch Ulfrid Kleinert beobachtete das Handeln der Beamten.

„Bei der Beobachtung einer grell-grün gekleideten und mit langen Holzknüppeln ausgestatteten BGS-Gruppe laufen mir Schauer über den Rücken. Sie operieren anscheinend herrenlos auf der Weide und stürzen sich hin und wieder überraschend auf eine Demonstrantengruppe um sie zu verprügeln.“<sup>118</sup>

Nach Angaben der „Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht“ wurden diese Polizeieinheiten von tief fliegenden Hubschraubern unterstützt, um den Rückzug der Demonstrierenden zu behindern.<sup>119</sup>

---

<sup>110</sup> Vgl. ebd.

<sup>111</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 19.

<sup>112</sup> Komitee für Grundrechte, S. 20.

<sup>113</sup> Brokdorf 28.2.81, S. 21.

<sup>114</sup> Interview 1 im Anhang, S. 49.

<sup>115</sup> Vgl. Bericht eines Münchners über Erfahrungen vor, während und nach der Demonstration, in: Brokdorf 28.2.81, S. 24.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Interview 1 im Anhang, S. 50.

<sup>118</sup> Kleinert, Ulfrid: Großdemonstration, S. 96.

<sup>119</sup> Vgl. Komitee für Grundrechte, S. 25.

„In einem gewaltsamen Kehraus flogen sie tief über den Rest der zerstreuten Demonstranten hinweg und erzeugten so starke Druckwellen, daß manche zu Fall kamen. Als finde ein Tieffliegerangriff ohne Bomben statt. Als wollten die Hubschrauber die letzten Demonstranten wegwehen, in jedem Fall in Angst und Schrecken blasen.“<sup>120</sup>

Der letzte offensive Eingriff der Polizei, wie schon im Demonstrationsverlauf erwähnt, richtete sich vor Dammfleth gegen den Demonstrationszug, in dem sich der Lautsprecherwagen des AKL befand. Ziel des Einsatzes, so die „Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht“, schien es gewesen zu sein, den Lautsprecherwagen zu beschlagnahmen. Die Arbeitsgruppe bekräftigt, dass die Beschlagnahmung des Wagens illegitim gewesen sei.<sup>121</sup>

„Über diesen Lautsprecherwagen war zuvor immer wieder zu gewaltfreiem Demonstrieren aufgerufen worden; auch die friedliche Kundgebung in der Nähe des Bauplatzes war über ihn abgewickelt worden.“<sup>122</sup>

Von den Erfahrungen der Demonstrierenden ausgehend, bestimmte die Polizei eindeutig den Demonstrationsverlauf. Auf Seiten der Polizei schien es einige wenige Unsicherheiten bei ihrer Strategieumsetzung gegeben zu haben, wie zum Beispiel bei der Sperrung der A 5 und der Sperrung der Route über Dammfleth. Was die Demonstrierenden den Kräften der Polizei jedoch zusprachen, war Willkürlichkeit sowie Flexibilität. Einerseits zeigten sich die Beamten an der Sperre in Dammfleth flexibel in ihrem defensiven und zurückhaltenden Auftreten Demonstrierende aus der Wilster Marsch zurückzuhalten. Andererseits zeigte auch ihr aggressives und offensives Verhalten nach der Räumung der NWK-Straße eine technisch versierte Flexibilität, der sich die Demonstrierenden unterlegen fühlten. Die Willkürlichkeit in Teilbereichen des gesamten Einsatzes schien sich mit der Eigenschaft der Flexibilität in dem Maße zu ergänzen, dass Demonstrierende sich eingeschüchtert, provoziert, unterlegen und verwirrt fühlten. Vorerst ungeklärt bleibt, warum die Kontrollmaßnahmen auf dem Weg zwischen Wilster und St. Margarethen – obgleich Sperren zum Beispiel bei Neufeld aufgebaut waren – so vernachlässigt wurden. Außerdem ist fraglich, warum auf sich zurückziehende, größtenteils friedliche Demonstrierende derart offensiv reagiert wurde.

## **5. Die Fraktion der Polizei**

Der Polizeieinsatz um den 28. Februar 1981 zeigte sich als der bis dato umfangreichste in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Rahmen dieses Einsatzes wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 10566 Polizeibeamte eingesetzt; darunter befanden sich Angehörige des Sondereinsatzkommandos (SEK), Strafverfolgungskommandos und Einheiten des Bundesgrenzschutzes (BGS). Der Fuhrpark der eingesetzten Kräfte auf diesem Einsatz umfasste

---

<sup>120</sup> Ebd.

<sup>121</sup> Vgl. ebd., S. 26.

<sup>122</sup> Ebd.

neben Funkstreifenfahrzeugen und Mannschaftsbussen Wasserwerfer, Aufklärungsfahrzeuge und Großraumhubschrauber.<sup>123</sup>

Im Folgenden ist empirisch zu untersuchen, wie ein solcher Großeinsatz aus polizeilicher Sicht ablief, wobei auf Gefahrenpotentiale sowie präventive Polizeitaktiken und –Strategien eingegangen werden soll. In diesem Komplex soll außerdem der historische Kontext der Institution Polizei und die damit verbundene Entwicklung des polizeilichen Männlichkeitsbildes im Rahmen eines Exkurses abgehandelt werden. In begrenztem Maße kann dieser für die abschließende Einsatzanalyse eine Hilfestellung zum Verständnis polizeilicher Einsatzsituationen leisten.

### **5.1 Verlauf der Großdemonstration aus polizeilicher Sicht – Befürchtungen und taktische Maßnahmen gegen „Störer“, „Chaoten“ und „Rädelsführer“**

Besonders hinsichtlich des Polizeieinsatzes werfen die Aussagen von Demonstrierenden einige Fragen auf. In diesem Kapitel sollen Antworten gefunden werden, die das polizeiliche Vorgehen verständlicher machen können. Hilfreiches Quellenmaterial erschließt sich hier vor allem aus polizeitaktischen Erkenntnissen des 28. Februars 1981 sowie aus den Aussagen des in Brokdorf eingesetzten Berufshubschrauberführers Herbert Klein.<sup>124</sup>

Mit dem umfangreichen Polizeieinsatz in der Wilster Marsch verband sich aus polizeilicher Sicht neben einer komplexen Organisation eine „koordinierte Aufklärung und Observation“.<sup>125</sup> Bei der Auswertung der einzelnen Berichte der „Lageinformation Brokdorf“<sup>126</sup> wird ersichtlich, dass die Polizeiführung mit einem gewissen Gefahrenpotential auf dieser Demonstration rechnete. Neben verhältnismäßig harmlosen Hinweisen auf Flugblätter mit „aggressivem Inhalt“ und Solidarisierungen einiger Demonstrierender mit „Gewaltbereiten“, erhielt die Polizeiführung auch Erkenntnisse mit höherem Gefahrenpotential.<sup>127</sup> Der folgende Eintrag erhielt vermutlich besonders vor dem Hintergrund des Brandanschlags auf das Kernforschungszentrum in Karlsruhe die Aufmerksamkeit der Polizeiführung.<sup>128</sup>

---

<sup>123</sup> Vgl. Pressemitteilung der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 1.3.1981, Brokdorf – ein Erfolg durch besonnenen und entschlossenen Polizeieinsatz, Landesarchiv Schleswig, Abt. 621, Nr. 617, Blatt 5 ff.

<sup>124</sup> Herbert Klein ist pensionierter Berufshubschrauberführer des Bundesgrenzschutzes. Er trat 1957 dem BGS bei, begann seine Ausbildung im Dezember 1960 und schloss diese erfolgreich 1962 ab. Er wurde der Einsatzstaffel Braunschweig zugeteilt, die u.a. auch während der Flutwasserkatastrophe in Hamburg am 16./17. Februar 1962 eingesetzt wurde. Klein wurde anschließend der in Hartenholm stationierten Fliegerstaffel „Küste“ zugeteilt, die sich u.a. an mehreren Einsätzen in Brokdorf beteiligte.

<sup>125</sup> Demonstrative Aktionen. Die Zusammenfassung der polizeilichen Einsatzgrundsätze und –taktiken gem. der neuen PDV 100, in: Die Polizei, Nr. 7 vom Juli 1976, S. 262.

<sup>126</sup> Bei jedem Großeinsatz der Polizei werden so genannte Lageinformationen angefertigt. In ihnen werden Ergebnisse der Aufklärungskräfte, „Störeraktionen“ und erfolgte polizeiliche Maßnahmen aufgezeichnet und zusammengestellt.

<sup>127</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf vom 27.2.1981, Nr. 12, Stand: 23.30 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463, Blatt 1 f.

<sup>128</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 15, Stand: 11.00 Uhr, Blatt 1. „am 27.2.81, gegen 21.20, veruebten unbekannte taeter einen brandanschlag auf das stadtbuero des kernforschungszentrums karlsruhe. das gebaeude wird gleichzeitig als dienstwohnung vom leiter des kernforschungszentrums benutzt. es wurden 2 brennende

„ein anonymer anrufer teilte der dpa muenchen mit, dass eine gruppe mit 100 echten, scharfen handgranaten gegen sperren und polizei vorgehen will.“<sup>129</sup>

Eine Meldung dieser Art blieb ein Ausnahmefall. Anzunehmen ist, dass eine solche Meldung zwar ernst genommen, aber dennoch kritisch betrachtet wurde. Dennoch wurde aus dem Umfeld einiger Gruppen und Szenen Gewaltbereitschaft erwartet und befürchtet. Dieser Verdacht betraf insbesondere Mitglieder des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW)<sup>130</sup>, die „Chaoten- und Spontiszene“ aus Frankfurt sowie Mitglieder der Hausbesetzerszene aus Berlin.<sup>131</sup> Wie die Bezeichnung des „Chaoten“ schon anklingen lässt, benutzte die Polizei eine eigene Kategorisierung für „gewaltbereite Störer“. Nach dem Verständnis von Herbert Klein ist ein „Chaot“

„[...] ein Mensch, der sich an das Grundrecht, das heißt an die Grundrechte, Freiheitsrechte nicht hält und dem anderen sie auch nicht zuspricht. Das ist der Chaot. Wenn ich das politisch ausdrücken will: der Demokratie eben vernichten möchte [...].“<sup>132</sup>

Den „Chaotenszenen“ – oder genauer gesagt Einzelakteuren innerhalb dieser Szenen – wurde von Seiten der Polizei die Planung und Durchführung von „demonstrativen Aktionen“ vorgeworfen. Solche Aktionen, so die Polizeidienstverfassung 100 (PDV 100) aus dem Jahre 1976, dienen bewusst der Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Gefahr liege hierbei in einem Solidarisierungseffekt zwischen Bevölkerung und den für die Aktionen verantwortlichen „Rädelsführern“.<sup>133</sup> Auch Herbert Klein sieht die Gefahr in „Rädelsführern“, die sich in die Demonstrierendenmenge mischen könnten und das auch in Brokdorf taten.

„Rädelsführer gibt es bei solchen Demonstrationen immer und sie waren auch da. Nur man muss sie erkennen. Die sind ja nicht dumm. Die tarnen sich, die sind ganz still bis die Aktion beginnt. Man kann nicht sagen: der hat eine Mütze auf – der ist ein Rädelsführer. Sondern Rädelsführer erkennt man wie gesagt sehr, sehr schwierig und nur bei akuten Situationen.“<sup>134</sup>

Bis zum Morgen des 28. Februars rechnete die Polizei mit insgesamt 50000 anreisenden Demonstrierenden; zwischen 3000 und 4000 von ihnen wurden als „Milite“ eingestuft. Vermutet wurde von der Aufklärung, dass diese „militanten Gruppen“ Sprengstoff, Stahlgeschosse und Säure gegen die Beamten einsetzen könnten.<sup>135</sup> Auch Molotow-Cocktails, so wurde vor der Demonstration vermutet, sollten unter Anwendung „taktischer Maßnahmen“ von Anreisenden gegen die Polizei eingesetzt werden.

---

„molotowcocktails“ gegen das gebäude geschleudert. [...] der sohn des wohnungsinhabers zog sich beim verlassen der wohnung brandwunden zu. sachschaden 10000 dm.“

<sup>129</sup> Ebd., Blatt 3.

<sup>130</sup> Der KBW war eine aus der „Kommunistischen Gruppe/Neues Rotes Forum“ (KG/NRF) und anderen Zirkeln hervorgegangene K-Gruppe, die von 1973 bis 1985 existierte. Die straff organisierte Kaderorganisation stand ideologisch dem Maoismus nahe und betrachtete sich als Parteiansatz einer Kommunistischen Partei. Der KBW war auch schon auf früherer Brokdorf-Demonstration aktiv. Vgl. dazu: Brokdorf ein Exzempel. Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes, hrsg. von Kai Ehlers, Hamburg 1977, S. 23 ff.

<sup>131</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf vom 28.2.1981, Nr. 13, Stand: 7.30 Uhr, Blatt 2.

<sup>132</sup> Interview 3 im Anhang, S. 63.

<sup>133</sup> Demonstrative Aktionen. PDV 100, S. 260.

<sup>134</sup> Interview 3 im Anhang, S. 62.

<sup>135</sup> Vgl. ebd., Blatt 5; Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 12, Stand: 23.30 Uhr, Blatt 5.

„anfahrt mit pkw oder bus. benzingemisch im reserve-kanister und ein kasten mit vollen bierflaschen, die erst nach evtl. kontrollen ausgetrunken werden sollen. leere flaschen werden dann mit benzingemisch gefüllt und mit lunten in form von unauffaellig zu transportierenden tempo-taschentuechern versehen.“<sup>136</sup>

Aufgrund ihrer Größe und „straffen Führung und Funkführung“ wurde in diesem Zusammenhang den einzelnen Konvois und Zügen ein erhöhtes Gefahrenpotential zugesprochen. Die Organisationsfähigkeit der Konvois resultierte nach polizeilichen Erkenntnissen aus dem Einsatz von CB-Funk, Verkehrsfunk und mobilen Sendern wie „Radio Brokdorf“ und „Radio Zebra“. Die praktische Konsequenz meinten Polizeikräfte an Kontrollstellen auf der A 1 und der A 7 festzustellen. Auf der A 1 mussten die Beamten die Kontrollstelle bei Sittensen aufgrund der Größe des Bremer Konvois räumen – in dem Konvoi vermutete die Polizei etwa 800 Fahrzeuge.<sup>137</sup> Auf der A 7 umgingen Demonstrierende nach „rechtzeitiger Aufklärung“ die Sperre, so dass diese von der Polizei aufgehoben wurde.<sup>138</sup> Die Absperrung der Autobahnen und die durchgeführten Kontrollen legitimierte die Polizei mit dem Gerichtsurteil des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts Lüneburg. Dieses hatte in der Nacht zum 28. Februar der Auflockerung des Demonstrationsverbotes stattgegeben.<sup>139</sup>

Die Befürchtungen über mögliche Gewaltausbrüche auf der Demonstration schienen sich für die Beamten des „Einsatzabschnittes Itzehoe“ (EA Itzehoe) morgens gegen 6.15 Uhr zu bestätigen. An der „Sperre 4“ in Itzehoe „überraschten“ nach Polizeiangaben 1000 Demonstrierende die Polizei mit Steinwürfen, Molotow-Cocktails, Eisenstangen und einem Feuerlöscher. Die Polizeikräfte mussten sich vorerst zurückziehen, da die Sperre von Demonstrierenden überlaufen wurde. Erst unter Einsatz aller Reserven des EA Itzehoe konnten die mittlerweile 3000 Demonstrierenden unter Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken von der Sperre zurückgedrängt werden. Zwanzig Beamte wurden nach Polizeiangaben verletzt; unter ihnen befand sich ein Schwerverletzter.<sup>140</sup>

Ähnliche aggressive Übergriffe von Demonstrierenden auf Polizeibeamte schienen sich im Laufe des Vormittags ausschließlich nördlich und in der Nähe der B 5 zu ereignen. In diesem Bereich näherten sich – wie bereits erwähnt – der Nordzug und der Hamburger Konvoi dem Gebiet der Wilster Marsch.

Ein Vorfall ereignete sich nördlich von Wilster nahe der Ortschaft Moorhusen. Die Aufklärung meldete, dass in diesem Bereich ein aus Frankfurt vermutetes Fahrzeug Sprengstoff transportierte. Daraufhin wurden Strafverfolgungskommandos eingesetzt, „um die Lage zu bereinigen“.<sup>141</sup> Der

---

<sup>136</sup> Lageinformation Brokdorf, Nr. 13, Blatt 2.

<sup>137</sup> Vgl. ebd., Blatt 3.

<sup>138</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 16, Stand: 12 Uhr, Blatt 1.

<sup>139</sup> Vgl. Lageinformation Niedersachsen, Nr. 1, 28.2.1981, Stand: 2 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463, Blatt 1.

<sup>140</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 16, Blatt 2 sowie Lageentwicklung der Großdemonstration Brokdorf am 28.2.1981 bis 12.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463, Blatt 1.

<sup>141</sup> Vgl. Lageinformation, Nr. 16, Blatt 2.

Verdacht auf ein hohes Gefahrenpotential schien bestätigt, als die Beamten den Bereich gegen 9 Uhr observierten.

„meldung von teilkraeften ea wilster auf der l 235 hoehe moorhusen werden von einer groszen stoerergruppe bedraengt. [...] sie wurden von den stoernern sofort angegriffen, die kfz. wurden unbrauchbar gemacht.“<sup>142</sup>

Zur Unterstützung wurden um 9.12 Uhr Beamte aus der Reserve per Hubschrauber in das Einsatzgebiet „verlastet“. Gegen 12 Uhr hatten die Polizeibeamten die Lage wieder unter Kontrolle und es konnte ein Reparaturtrupp zur Instandsetzung der beschädigten Polizeifahrzeuge eingeflogen werden.<sup>143</sup>

Dieser Vorfall erscheint als ein geeignetes Beispiel um die Tätigkeit des pensionierten Piloten Herbert Klein darzustellen.

„Man hat festgestellt, dass man ohne Hubschrauber bei diesen Demonstrationen nicht mehr auskommt – einmal um die Luftaufklärung sicherzustellen per Kamera und Videoaufzeichnung, dann natürlich Kräfte bereitzuhalten, die mobil an allen Schwerpunkten oder Brennpunkten eingesetzt werden, insbesondere die Spezialeinsatzkommandos, die bei kritischen Lagen dann eben herangeführt werden – luftverlastet.“<sup>144</sup>

Dass es in der Mittagszeit in der Nähe der B 5 auch für Piloten wie Herbert Klein nicht ungefährlich war, zeigte der Beschuss eines „tief fliegenden Hubschraubers“ mit Leuchtmunition. In diesem Bereich seien weiterhin zwischen Landscheide und St. Margarethen fünfzehn bis zwanzig Fahrzeuge mit Berliner und Frankfurter Kennzeichen gesichtet worden. Diese wären mit „Benzinkanistern und anderen Brandsätzen bestückt“ gewesen. Außerdem hätten Polizeibeamte im Bereich St. Margarethen beobachtet, wie Demonstrierende „Demonstrationsgerät jeglicher Art“ – darunter Benzinkanister, Wurfanker und „Schlagwerkzeuge“ – aus Fahrzeugen ausladen. Auch KerkraftgegnerInnen mit Schäferhunden wurden hier gesichtet. Insgesamt, so schätzte die Polizei, bewegten sich 20000 Demonstrierende aus dieser Richtung zum Bauplatz des Kernkraftwerkes.<sup>145</sup>

Die Anzahl der aus Wilster und über Dammfleth kommenden AtomkraftgegnerInnen war geringer. Hier zählte die Polizei zwischen 8000 und 10000 Menschen; die Mehrheit von ihnen ließ sich in Dammfleth kontrollieren. Die Aufklärung berichtete, in diesem Zug würden „Alu-Drachen“ eingesetzt werden, um den Funkverkehr der Polizei stören zu können. Auch hätten einige Demonstrierende auf ihrem Weg zum Bauplatz „Stöcke und Steine aufgenommen“.<sup>146</sup> Das Gefahrenpotential der aus St. Margarethen und der über die B 5 kommenden Demonstrierenden erschien jedoch wesentlich größer. Schon vor dem Eintreffen der Demonstrierenden in der Nähe des Bauplatzes befürchtete die Aufklärung, dass es zu „Auseinandersetzungen am Objekt“ im

---

<sup>142</sup> Lageentwicklung bis 12.30 Uhr, Blatt 2.

<sup>143</sup> Vgl. ebd.

<sup>144</sup> Interview 3 im Anhang, S. 59.

<sup>145</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 17, Stand: 13 Uhr, Blatt 1 f sowie Lageentwicklung bis 12.30 Uhr, Blatt 2.

<sup>146</sup> Vgl. Lageentwicklung bis 12.30 Uhr, Blatt 2 sowie Lageinformation Brokdorf, Nr. 16, Blatt 2.

Laufe des Nachmittages kommen könnte.<sup>147</sup> Als gegen 13 Uhr erste „Störertrupps“ aus Richtung Wilster und St. Margarethen dort gesichtet wurden, stellte die Polizei fest,

„[...] dasz insbesondere die aus richtung st. margarethen anmarschierenden demonstranten geraetschaften, wie spatzen, schaufeln, seile, wurfanker, u.a. auch auf handkarren, mit sich fuhren.“<sup>148</sup>

Während sich am Bauplatz mehrere tausend Menschen versammelten, nahm die Aktivität an der B 5 ab. Der nächste Vorfall wurde erst gegen 14.30 Uhr verzeichnet, als Demonstrierende Gegenstände in Richtung Bauplatz gegen ein „Fahrzeug des Fernsehens“ warfen. Zu dieser Zeit staute sich, den Beamten deutlich sichtbar, der Demonstrationszug über sechs Kilometer bis nach Dammfleth zurück. Als Reaktion darauf wurden sechs Hundertschaften des „Einsatzabschnittes Ost“ (EA Ost), die östlich des Bauplatzes an Sandcontainersperren entlang der Stör postiert waren, zusammen mit Wasserwerfern nach Wewelsfleth gezogen. Diese unterstützten ab 14.57 Uhr den „Einsatzabschnitt Objekt“ (EA Objekt), der für den Objektschutz des Bauplatzes zuständig war.<sup>149</sup> Folglich lässt sich dort von einer Konzentration der polizeilichen Kräfte sprechen.

Bevor die NWK-Straße von der Polizei mit Wasserwerfern geräumt wurde, ereigneten sich zwei kleinere Vorfälle. Um 14.46 Uhr wurde abermals ein Hubschrauber mit Leuchtmunition beschossen; zwanzig Minuten später entzündete eine kleinere Gruppe von Demonstrierenden ein Feuer auf der NWK-Straße. Der zweite Vorfall, so wird es im Bericht der Aufklärung deutlich, schien das entscheidende Moment für die Räumung der Straße gewesen zu sein.<sup>150</sup>

„15.06 uhr raeräumung im bereich der verbindungsstrasse mit wassereinsatz, nachdem demonstranten feuer entzündet haben.“<sup>151</sup>

Nach der Räumung verzeichnete die Aufklärung mehrere offensive, kollektive Angriffe gegen Polizeibeamte. Um 15.15 Uhr wurden am westlichen Teil des Baugeländes Steine, Leuchtkugelpistolen und Stahlschleudern gegen die Beamten eingesetzt. Eine Viertelstunde später warfen Demonstrierende Molotow-Cocktails auf den Bauplatz. Die Polizeiführung meinte zu erkennen, dass sich „der Druck am Bauzaun durch Gewaltbereite erhöhte“. Aus diesem Grund wurden alle Beamten des „Einsatzabschnittes West“ (EA West) dem EA Objekt zur Sicherung des Baugeländes hinzugezogen. Der EA West war zuvor vor allem für die Sicherung der Sperren in Richtung St. Margarethen und den „Schutz“ der Ortschaft Brokdorf verantwortlich.<sup>152</sup> Die starke Konzentration der Polizeikräfte am Baugelände könnte erklären, warum einige Demonstrierende, die im Laufe des Nachmittages über die B5 gekommen sind, auf keine Polizeikontrollen stießen. Gegen 15.35 Uhr ging die Polizei vor dem Bauplatz offensiv gegen Demonstrierende vor. Sie versuchte diese von der NWK-Straße abzudrängen. Die Beamten wurden indessen weiterhin mit

---

<sup>147</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 17, Blatt 2.

<sup>148</sup> Vgl. Fortsetzung der Lageentwicklung der Großdemonstration am 28.2.1981 ab 12.30 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463, Blatt 1.

<sup>149</sup> Vgl. Fortsetzung der Lageentwicklung ab 12.30 Uhr, Blatt 1.

<sup>150</sup> Ebd., Blatt 1 f.

<sup>151</sup> Ebd., Blatt 2.

<sup>152</sup> Ebd.

Molotow-Cocktails und Leuchtmunition angegriffen. Die Situation verschärfte sich weiter, als ein Bauwagen den Deich hinunter gestürzt und angezündet wurde. Einige Minuten später entzündeten Demonstrierende außerdem ein Gebäude des Klärwerks an der Nordseite. Daraufhin räumte die Polizei die B 431 zwischen Brokdorf und Wewelsfleth, in dem sie die KernkraftgegnerInnen in Richtung dieser beiden Ortschaften zurückdrängte und zerstreute. Die Beamten des EA West sollten dabei verhindern, dass die Demonstrierenden in die Ortschaft Brokdorf gelangen konnten.<sup>153</sup>

In dieser Phase setzte die Polizei so genannte Greiftrupps bestehend aus SEK-Einheiten ein, um gegen einzelne „Rädelsführer“ in der Demonstrierendenmenge vorzugehen.

„[...] diese Kräfte [(die Rädelsführer)] wurden mit Sicherheit herausgefiltert [...], aber mit ganz normalen polizeilichen Mitteln, indem man einen Greiftrupp aufstellte, der dann den Rädelsführer kompakt aus dieser Masse herausholte mit der Verhältnismäßigkeit der Mittel.“<sup>154</sup>

Im Zuge dieses Vorgehens geriet die Polizei in eine gefährliche Situation. Einige Demonstrierende organisierten in der Nähe des Leuchtturms Hollerwettern den Rückmarsch. Das wiederum führte dazu, dass viele DemonstrationsteilnehmerInnen sich in Richtung dieses Treffpunktes bewegten, um sich dem Zug anschließen zu können.<sup>155</sup> Jedoch befanden sich in dem Leuchtturm – was den Demonstrierenden nicht bekannt war<sup>156</sup> – in der Nähe des Treffpunktes „ungeschützte Aufklärungseinheiten“ der Polizei. Diese galt es erst mit Polizeibeamten am Boden und später mit Luftunterstützung zu sichern. Herbert Klein bestreitet, dass die Polizei, wie von Demonstrierenden vorgeworfen, bewusst in dieser Situation Hubschrauber einsetzte, um die KernkraftgegnerInnen „auf die Wiesen zu drücken“ und sie besser festnehmen zu können.

„Das entspricht nicht den Tatsachen. Das muss ich in Abrede stellen. Es kann sein, wenn jetzt Kräfte abgesetzt wurden, dann muss man natürlich landen mit sechs, sieben Hubschraubern und dass dann Abstrahl ist, wenn man auf die Wiese geht und vielleicht da ein Demonstrant noch liegt – das kann passieren. Aber bewusst und vorsätzlich ist da nichts passiert.“<sup>157</sup>

Die Auseinandersetzung am Bauzaun dauerte nach polizeilichen Angaben noch bis 16.45 Uhr an. In dieser Zeitspanne wurden Beamte mehrfach mit Steinen beworfen und mit Leuchtmunition beschossen. Dies führte dazu, dass weitere Reservekräfte „luftverlastet“ auf das Baugelände geflogen wurden. Nach Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas gegen Demonstrierende „beruhigte sich die Lage“ schließlich.<sup>158</sup>

Den letzten offensiven Eingriff nahm die Polizei im Rahmen einer „Sonderaktion“ gegen den zurückmarschierenden Zug vor, der über Dammfleth die Wilster Marsch verlassen wollte. In diesem Zug befand sich nach Demonstrierendenangaben auch der Lautsprecherwagen des AKL.<sup>159</sup>

---

<sup>153</sup> Vgl. Fortsetzung der Lageentwicklung ab 12.30 Uhr, Blatt 2.

<sup>154</sup> Interview 3 im Anhang, S. 62.

<sup>155</sup> Vgl. in dieser Arbeit Kapitel 4.1, S. 11 f.

<sup>156</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 20, 28.2.1981, Stand: 16 Uhr, Blatt 2 sowie Brokdorf 28.2.81, S. 22.

<sup>157</sup> Interview 3 im Anhang, S. 61.

<sup>158</sup> Vgl. Lageentwicklung ab 12.30 Uhr, Blatt 2.

<sup>159</sup> Vgl. in dieser Arbeit Kapitel 4.1, S. 12.

„ab 17.00 uhr einsatz von mehreren hundertschaften im bereich neufeld-hochfeld zur festnahme von straftaetern, die einen lkw mit demonstrationsmaterial zurueckfuehrten. die sonderaktion wird um 18.52 uhr mit der festnahme von 6 stoerern unter sicherstellung des lkw erfolgreich abgeschlossen.“<sup>160</sup>

Der Eintrag zeigt, dass sich die Vorahnungen der Demonstrierenden bestätigen. Die Polizeiaktion galt gezielt dem Lautsprecherwagen, dessen Insassen als „Straftäter“ bezeichnet wurden. Diese „Straftäter“, so Demonstrierende, seien jedoch maßgeblich an „gewaltfreien Aktionen“ beteiligt gewesen. Herbert Klein verteidigt die Polizeiführung in dieser Hinsicht, wenn er sagt:

„Die taktische Führung war immer in der Lage zu wissen, das sind friedliche Demonstranten, hier könnte sich etwas zusammenballen. Nach diesen Erkenntnissen werden dann die taktischen Maßnahmen getroffen.“<sup>161</sup>

Der pensionierte Berufshubschrauberführer zieht für den gesamten Polizeieinsatz am 28. Februar ein positives Fazit. Die Demonstration sei trotz gewalttätiger Zusammenstöße mit Demonstrierenden von einer friedlichen Masse dominiert worden. Dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sei auf dieser Demonstration ganz entsprochen worden. Die Verhältnismäßigkeit bezieht Klein auf die eingesetzte Polizeistärke, die Aufklärung und die polizeilichen Maßnahmen.<sup>162</sup>

„Im Grunde genommen muss ich sagen, die Lage war im Griff. [...] es wurden eben die Kräfte in Reserve gehalten und ich glaube diese Zahl hat natürlich auch gewaltbereite Demonstranten erheblich abgeschreckt, so dass dann am Ende – wenn man das Fazit zieht – doch alles gut gelaufen ist.“<sup>163</sup>

Um den Polizeieinsatz noch verständlicher zu machen, erscheint es angemessen den Ablauf der Demonstration aus einer weiteren Perspektive zu betrachten.

## **5.2 Exkurs: Polizeiliche Männlichkeit in der Forschung**

Bei Betrachtung der beteiligten Fraktionen auf der Demonstration in Brokdorf wird evident, dass die unter anderem in gender-spezifischer Hinsicht heterogene Demonstrierendenmenge mit einer scheinbar homogenen, männlich dominierten Polizeimacht konfrontiert wurde. Gerade aufgrund des Aspektes männlicher Dominanz auf Seiten der Polizei lässt sich ein Zugang zu polizeilichen Wahrnehmungs- und Handlungsmustern auf dieser Demonstration ausmachen. Der Soziologe Rafael Behr entwickelte dazu ein im Rahmen dieser Arbeit – allerdings nur im ergänzenden Sinne – nützliches polizeiliches Männlichkeitsmodell.<sup>164</sup> Wie sich männlicher Habitus in der bundesrepublikanischen Polizei im Kontext gesellschaftlicher Modernisierungstendenzen entwickelte, soll im folgenden Kurzkapitel geschildert werden.

---

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Interview 3 im Anhang, S. 62.

<sup>162</sup> Vgl. ebd., S. 62 f.

<sup>163</sup> Ebd., S. 61.

<sup>164</sup> Vgl. Behr, Rafael: Cop-Culture – Der Alltag des Gewaltmonopols. Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei, Opladen 2000, S. 87 ff.

### **5.2.1 Polizeiliche Männlichkeit in der Geschichte der bundesrepublikanischen Polizei bis in die frühen 1980er Jahre**

Der Historiker Klaus Weinbauer lieferte mit seiner Arbeit über die Schutzpolizei in der jungen Bundesrepublik einen bedeutenden Beitrag für die Forschung. Die Polizei der Nachkriegszeit, so Weinbauer, wurde bis Ende der 1960er Jahre durch ein sehr konservatives Selbstverständnis geprägt. Dieses mythologisierte und glorifizierte das Polizeibild der Weimarer Republik, während es die nationalsozialistische Polizeigeschichte tabuisierte. Das dabei transportierte Männlichkeitsbild identifizierte den vorbildlichen Polizisten als einen disziplinierten, autoritären und „hart durchgreifenden“ Ordnungshüter, der seine polizeiliche Tätigkeit als „lebenslange Berufung“ ansah.<sup>165</sup>

Geschwächt wurde diese Position durch die voranschreitende gesellschaftliche Modernisierung und die technische Aufrüstung der Polizei. Außerdem nahm in den 1960er Jahren der Einfluss der „Patriarchen“, welche in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus sozialisiert wurden, in der Polizei ab. An ihre Stelle traten jüngere „Modernisierer“, die nicht von nationalsozialistischen Traditionen geprägt waren. Unter anderem wollten sie die militärische, kasernierte Polizeiausbildung reformieren, um so das Demokratie- und Selbstverständnis der jungen Beamten modernisieren zu können. Diese Planungsvorhaben leiteten den langsamen Prozess zur Auflösung des patriarchalischen Männlichkeitsbildes ein.<sup>166</sup>

Dass der Liberalisierungsprozess der Polizei in den 1960er Jahren jedoch noch in seinen Anfängen steckte, zeigten die polizeilichen Großeinsätze im Kontext der Studentenproteste im Jahre 1968. Vor dem Hintergrund „flexibler Proteste“ und zivilem Ungehorsams schien das polizeiliche Bild der „akuten Masse“ nicht mehr aktuell und realitätsnah zu sein. Eine „akute Masse“ bezeichnete die Möglichkeit einer gefährlichen, zielgerichteten Eigendynamik einer großen Menschenmenge, die angeführt von meist „kommunistischen Rädelsführern“ sich bewusst gewalttätig gegen die Polizei richtete. Die von Politikern geforderte „flexible Reaktion“ gegen die Proteste erschütterte das polizeiliche Männlichkeitsbild aufs Neue. Mit „flexibler Reaktion“ verstand man unter anderem, dass Beamte mit den Studierenden in Dialog treten sollten, was der üblichen Maßnahme des „konsequenten Einschreitens“ widersprach und aus polizeilicher Sicht als Schwäche gedeutet wurde.<sup>167</sup>

Die Studie von Weinbauer endet Anfang der 1970er Jahre. Hier ergibt sich eine Forschungslücke; polizeiliche Männlichkeit ist geschichtswissenschaftlich nicht weiter aufgearbeitet. Die polizeiliche Entwicklung der Jahre 1973 bis 1979 benennt der Soziologe Martin Winter als „Phase der Konsolidierung“. Unter den Aspekten der Reformstabilisierung und der Terrorismusbekämpfung erstarkte wiederholt die Vorstellung von einem starken Rechtsstaat; die Gegnerschaft der

---

<sup>165</sup> Vgl. Weinbauer, Klaus: Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre, Paderborn 2003, S. 45-163.

<sup>166</sup> Vgl. ebd. zur Aus- und Fortbildung der Schutzpolizei, S. 168-208.

<sup>167</sup> Vgl. ebd. zu Großeinsätzen gegen Jugendliche und Studierende, S. 274-327.

Liberalisierungstendenzen erlebte eine Renaissance. Jedoch schritt der Prozess der polizeilichen Entmilitarisierung – und damit die weitergehende Auflösung des patriarchalischen Habitus – in den 1970er Jahren weiter voran. Die Entmilitarisierung des Bundesgrenzschutz (BGS) verlief langsamer als bei der Polizei. Jedoch entwickelte sich der BGS in den 1980er Jahren schon entscheidend in Richtung einer Art Bundespolizei. Der BGS verlor in zunehmendem Maße die Aufgabe der innerstaatlichen Bestandsgarantie und erhielt zusätzliche polizeiliche Aufgabenfelder.<sup>168</sup>

Winter spricht anschließend ab 1979 von einer „Phase der Evolution“ in der Polizei, die bis 1990 andauern sollte. Anfang der 1980er Jahre gerieten Phänomene wie der Jugendprotest<sup>169</sup>, die Alternativbewegung und immer mehr die Bürgerinitiativbewegung in den Fokus der polizeilichen Behandlung. In der Großen Koalition entbrannte in dieser Zeit ein polizeipolitischer Streit um die Duldung von Rechtsbrüchen, von rechtsfreien Räumen und um das Prinzip der Legalität, der Opportunität sowie der Verhältnismäßigkeit. Die Polizei stand in einer konzeptionellen Krise.<sup>170</sup>

### **5.2.2 Die „Krieger-Männlichkeit“ in der Polizei (nach Behr)**

Die polizeipolitische Kontroverse in den 1980er Jahren behandelte vor allem polizeiliche „Grenzfelder“, die bei Großeinsätzen, aber auch im polizeilichen Alltag der „street cops“<sup>171</sup> beschritten wurden. Der Soziologe Rafael Behr befasste sich mit solchen Grenzfeldern in der „cop culture“<sup>172</sup> und untersuchte im Kontext dazu die polizeiliche Männlichkeit einiger Polizeibeamter.<sup>173</sup> Generell geht Behr davon aus, dass in der „cop culture“ ein Grundkonflikt zwischen bürokratischer Organisation und der Polizeiarbeit derjenigen Beamten existiert, die als „street cops“ Schutzpolizeifunktionen übernehmen oder etwa in Hundertschaften auf Großeinsätzen die öffentliche Sicherheit gewährleisten sollen. Im Rahmen dieses Konfliktes bestehe ein polizeiinterner Generationenkonflikt, in dem ältere, erfahrene Beamte von ihren jüngeren, unerfahrenen und vitaleren Kollegen nach dem Senioritätsprinzip Disziplin und Gehorsam einfordern. Für die jüngeren Beamten seien in diesem Disziplinierungs- und Erziehungsprozess Werte wie Anerkennung, Dankbarkeit, Geborgenheit, Sinn und Ehre erstrebenswert. Jedoch könne ein junger Beamter diese Bedürfnisse nur in der Interaktion als

---

<sup>168</sup> Vgl. Winter, Martin: Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1998, S. S. 51 ff., S. 195 f.

<sup>169</sup> Die drei Eckpfeiler des Jugendprotests sind nach Winter Wohnungspolitik (Hausbesetzungen), Umwelt und Frieden.

<sup>170</sup> Vgl. Winter: Politikum Polizei, S. 195 f.

<sup>171</sup> „street cops“ ist ein von Behr verwendeter Terminus, der die Polizeibeamten charakterisiert, die als Schutzpolizisten polizeiliche Alltagsdienste (wie z.B. in Fußstreifen und Funkstreifen) verrichten.

<sup>172</sup> „cop culture“ ist ein von Behr verwendeter Terminus, der die gesamte polizeiliche Tätigkeit über bürokratisierte Verwaltungstätigkeiten bis zur Arbeit der „street cops“ (s.o.) und geschlossenen Einheiten auf Großeinsätzen mit einschließt.

<sup>173</sup> Die Untersuchungen Behrs fanden in den 1990er Jahren statt, was sie aber trotzdem im Rahmen dieser Arbeit interessant macht.

„street cop“ befriedigen. Dabei bedürfe es nach einem bestimmten Selbstverständnis, einer besonderen Form polizeilicher Männlichkeit, was Behr als „Krieger-Männlichkeit“ konstruiert.<sup>174</sup> Mit der Krieger-Männlichkeit beschreibt der Soziologe ein hegemoniales Männlichkeitsbild, das sich weniger auf die realen Tätigkeiten des Beamten<sup>175</sup> bezieht, als auf Phantasien und mediale Konstruktionen, die beispielsweise mit dem Begriff der „Verbrechensbekämpfung“ assoziiert werden. Im Gesamtgefüge der „Cop-Culture“ stelle die Krieger-Männlichkeit nicht etwa nur einen Bestandteil, sondern ein grundlegendes Handlungsmuster dar. Behr charakterisiert diese Form der Männlichkeit als eine gewaltfähige Männlichkeit, die klar zwischen „Freund und Feind“ oder „Gut und Böse“ unterscheidet. Keinesfalls müsse aber für den Beamten der in einer Konfliktsituation gegenüber stehende Gegner als sein Pendant gewertet werden. Vielmehr wirke der gegenüber stehende Mann als Projektionsfläche des eigenen Ichs, wobei stereotype Vorstellungen des Gegners eine große Rolle spielen. Der körperlichen Konfrontation mit dem Gegner begegne die Krieger-Männlichkeit oftmals mit einem „kampfbetonten Hedonismus“, der die polizeiliche Tätigkeit als abenteuerliche, reizvolle Arbeit erscheinen lasse. Die Organisation der Polizei spielt hier insofern eine Bedeutung, als dass sie die Gelegenheit für den Kampf gegen den Gegner und die Regeln vorgebe. Von der Polizeiorganisation und der Öffentlichkeit verlange die Krieger-Männlichkeit keinen Dank für ihre Arbeit; sie verlange lediglich Respekt. Der im Dienst des Rechtsstaates geführte Kampf der Krieger-Männlichkeit diene nicht dem Selbstzweck, sondern vielmehr um die Gesellschaft vor Gefahren bewahren zu können oder sie vor ihnen zu retten. Die größte Angst der Krieger-Männlichkeit bestehe darin, in dieser hohen Aufgabe zu versagen.<sup>176</sup> Behr unterscheidet in seiner Arbeit neben der Krieger-Männlichkeit zwischen verschiedenen polizeilichen Identitäten. Die Polizei sei demnach keine Kriegsinstitution, die ausschließlich von der Krieger-Männlichkeit dominiert wird. Jedoch könne der einzelne Beamte sowie die Institution Polizei jederzeit ihre bellizistischen Anteile aktivieren und sich von einer Bürgerpolizei in eine Truppenpolizei transformieren.<sup>177</sup> Im folgenden Komplex soll Behrs Männlichkeitsmodell zumindest ergänzend benutzt werden, um polizeiliche Handlungsmuster verständlicher machen zu können.

### **5.3 Deutungen exemplarischer Einsatzsituationen – eine Einsatzanalyse**

Aus den bisherigen Erkenntnissen ergibt sich ein teilweise diffuses Bild des Polizeieinsatzes. In den Aussagen der Demonstrierenden sind einerseits Termini wie die der „polizeilichen Willkür“, der „polizeilichen Übermacht“ und der „Ohnmacht der Demonstranten“ zu finden. Andererseits sprechen einige KernkraftgegnerInnen teilweise von einer „Überforderung der Polizei“ sowie von

---

<sup>174</sup> Vgl. Behr: Cop-Culture, S. 64-79.

<sup>175</sup> Behr interviewte für seine Untersuchungen einen Beamten einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE). Die BFE unterstützen andere Polizeikräfte beim Vorgehen gegen „gewalttätige Störer“ und führen beweisichere Festnahmen an den Brennpunkten unfriedlichen Geschehens durch.

<sup>176</sup> Vgl. Behr: Cop-Culture, S. 87-101.

<sup>177</sup> Vgl. ebd., S. 113.

„freundlichen Einsatzleitern“, die scheinbar mit ihrer Hundertschaft bestimmten Einsatzsituationen nicht gewachsen waren. Auch aus Sicht der Polizei ergibt sich ein höchst unterschiedliches, aber auch sich widersprechendes Bild des Einsatzes. Während Herbert Klein unterstreicht, der „Einsatz ist im Griff gewesen“, zeichnet sich in der Analyse der „Lageinformation Brokdorf“ in einigen Einsatzsituationen ein ganz anderer Eindruck ab, in dem wiederum die „Überforderung der Polizei“ in den Mittelpunkt rückt.

Bei diesen Überlegungen bestätigt sich, dass eine genauere Einsatzanalyse unter Berücksichtigung der bisherigen Erkenntnisse unumgänglich ist. Im Folgenden sollen zwei Phasen polizeilichen Einsatzverhaltens anhand von exemplarischen Einsatzsituationen skizziert werden: die „Konzeptphase“ und die „Offensivphase“. Die Phasen grenzen sich zeitlich und örtlich voneinander ab; während die Konzeptphase außerhalb der Wilster Marsch von den frühen Morgenstunden bis in den frühen Nachmittag andauerte, nahm die Offensivphase den Verlauf des Nachmittages im „Sperrgürtel“ der Wilster Marsch für sich ein. Jedoch sollte beachtet werden, dass die Mobilisierung der Demonstrierenden am 28. Februar 1981 die Einsatzplanung der Polizei stark beeinflusste. Aus diesem Grund überschneiden sich die Phasen zeitlich; als beispielsweise viele der Demonstrierenden aus Richtung der B 5 schon den Sperrgürtel betreten hatten, befanden sich viele aus Wilster kommende KernkraftgegnerInnen noch vor der Dammflether Sperre und somit außerhalb des Sperrgürtels.<sup>178</sup>

Die Einsatzsituationen an der Sperre 4 in Itzehoe sowie die polizeilichen Eingriffe nördlich der B5 sollen bewusst aus dem Phasenmodell ausgelassen werden. Es kann angenommen werden, dass die teils gewalttätigen Erfahrungen in diesen Situationen die polizeiliche Wahrnehmung und damit auch späteres Handeln der Beamten prägten. Letztendlich sind es aber „Randkonflikte“, die abgesondert von der „eigentlichen Demonstration“ stattfanden und nur von verhältnismäßig wenigen Akteuren getragen und wahrgenommen werden konnten.

### **5.3.1 Die Konzeptphase – Kontrollen, Straßen- und Sandcontainersperren**

In der Konzeptphase setzte die Polizei ihre „planmäßige“ Einsatzkonzeption für den Tag der Großdemonstration in Brokdorf um. Die Konzeption beinhaltete drei Hauptelemente: das Durchführen umfangreicher Kontrollmaßnahmen im Bundesgebiet, die Errichtung halbseitiger Straßensperren auf Autobahnen und Bundesstraßen sowie die Installation von Totalsperren im „Sperrgürtel“<sup>179</sup> rund um die Wilster Marsch.<sup>180</sup> Beim Betrachten des Demonstrationsverlaufs aus den verschiedenen Perspektiven wird evident, dass die Kontrollmaßnahmen nicht unbedingt als

---

<sup>178</sup> Vgl. dazu Karte im Anhang, S. 66 f.

<sup>179</sup> Zum Sperrgürtel gehörten 7 Sandcontainersperren: 1. auf der B 431 südlich von St. Margarethen; 2. südlich der B 5 bei Kleinentsee; 3. südlich der B 5 bei Neufeld; 4. südlich von Wilster bei Dammfleth (Dammflether Sperre); 5. südöstlich von Wilster bei Großkampen an der Stör; 6. östlich von Beidenfleth an der Stör; 7. nördlich von Blomesche an der Stör; vgl. dazu Grafik aus: Tagesspiegel vom 1.3.1981, S. 3. sowie Karte im Anhang, S. 66 f.

<sup>180</sup> Vgl. Lageinformation Brokdorf, Nr. 12, Blatt 5.

„eigenständige Maßnahme“ begriffen wurden. Vielmehr war die Kontrollierung und Durchsuchung vieler Demonstrierender mit den taktischen Absperrmaßnahmen verknüpft.

Während einer polizeilichen Durchsuchung findet nach Behr immer eine bestimmte „Choreographie“ statt, mit deren Hilfe die Polizei „Macht inszeniert“.<sup>181</sup> Marianne Fritzen berichtet, wie eine Durchsuchung in der Praxis verlief. Sie geriet mit ihrem Reisebus in eine Polizeikontrolle, bei der scheinbar gezielt einige Busse aus Berlin kontrolliert wurden.<sup>182</sup>

„Die Busse, die aus Berlin kamen, wurden ja angehalten und nicht weiter gelassen. Unsere Busse wurden ebenfalls angehalten und wir mussten aussteigen. Die Busse wurden durchsucht. Der Bus, in dem ich mich befand, da kam ein Polizist, der hat mich erkannt – ich habe ihn nicht erkannt – sagte dann nur: „Ach Frau Fritzen, da brauchen wir nicht so genau durchsuchen.“ Er hat dann pro forma unter die Sitze geguckt natürlich, ob irgendwas da ist.“<sup>183</sup>

Dieses Beispiel zeigt, dass die Kontrollmaßnahme nach einer bestimmten Choreographie ablief: Anhalten des Fahrzeuges, Aufforderung der Businsassen auszusteigen, Durchsuchen des Fahrzeuges, gegebenenfalls Beschlagnahmung von Gegenständen und Überprüfung sowie Aufnahme der Daten der Fahrzeuginsassen. Außerdem wird bei dieser Durchsuchung deutlich, dass die Polizei nicht etwa willkürlich Fahrzeuge von vermuteten Demonstrierenden durchsuchte, sondern gezielt nach „äußerem Anschein“ Fahrzeuge kontrollierte.<sup>184</sup> Dabei gerieten die Fahrzeuginsassen aus Berlin durch ihren äußeren Anschein möglicherweise in den Verdacht, der Berliner „Hausbesetzer- und Chaotenszene“ anzugehören. Die zu dem Zeitpunkt 57-jährige Marianne Fritzen, die sogar persönlich von einem Beamten erkannt wurde, erregte als bekannte „gewaltfreie“ Aktivistin der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg weniger den Verdacht „waffenähnliches Demonstrationsgerät“ mit sich zu führen.

Obwohl der Beamte Frau Fritzen gegenüber nett und zuvorkommend auftrat, handelte es sich bei der Durchsuchung doch, wie Behr sagen würde, um ein Degradationsritual. Die „Erniedrigung des Betroffenen“ bei der Durchführung einer solchen Maßnahme ist von vornherein immanent; die Fahrzeuginsassen müssen sich der Kontrolle fügen.<sup>185</sup>

Eine solche kleinere Polizeikontrolle ist mit einer halbseitigen Polizeisperre auf einer Autobahn schwer zu vergleichen. Hier bieten sich die Sperren auf der A 1 und auf der A 7 als zu untersuchende Paradebeispiele an.

Wie im Kapitel 4.1 bereits herausgearbeitet, zogen sich die Polizeibeamten auf der A 1 an der Sperre bei Sittensen aufgrund der geschätzten 800 Fahrzeuge des Bremer Konvois kurzfristig zurück. Wie ein Bremer Demonstrierender berichtete, handelte es sich hierbei um eine „sehr massive Sperre“. Nach Angaben des Bremers bewachten fünf Hundertschaften der Bereitschaftspolizei mit gepanzerten Fahrzeugen und Wasserwerfern die als Baustelle getarnte Sandcontainersperre. Nachdem die Demonstrierenden im Bremer Konvoi über Radio die

---

<sup>181</sup> Vgl. Behr: Cop-Culture, S. 72.

<sup>182</sup> Vgl. Interview 2 im Anhang, S. 56.

<sup>183</sup> Ebd.

<sup>184</sup> Vgl. Begriff der „Durchsuchung nach äußerem Anschein“ bei Behr, S. 74.

<sup>185</sup> Vgl. ebd., S. 72.

Information über die Sperre erhielten, sollte der Zug über die B 75 Hamburg umfahren und damit auch die Absperrung.<sup>186</sup>

„Die Hektik auf der Seite der Bullerei wurde noch größer, als der Konvoi (bis auf kleine Teilstücke) tatsächlich über Zeven in Richtung Buxtehude-Hamburg-Brokdorf fuhr. Sie waren nicht in der Lage ihr schweres Gerät so schnell zu verlegen, ohne dies fühlten sie sich auf den Landstraßen offensichtlich nicht stark genug.“<sup>187</sup>

An diesem Beispiel verdeutlicht sich die polizeiliche Absicht, eine Absperrung auf der A 1 zu errichten, die nur mit „konzentrierter Kraft“ hätte stattfinden können.<sup>188</sup> Durch die flexible Reaktion des Bremer Konvois, dass dieser sich in mehrere Züge aufteilte, wurde eine Maßnahme mit konzentrierter Kraft unmöglich gemacht. Hierbei zeigt sich, dass die Polizei auf ihr „schweres Gerät“ angewiesen war, einem aus schätzungsweise 8000 Personen bestehenden Konvoi zu begegnen. Das taktische Ziel, den gesamten Konvoi an der Sperre bei Sittensen zu behindern und zu kontrollieren, wurde klar verfehlt. Das Aufgeben einer konzentrierten Aktion und somit die Aufteilung der Kräfte hätte zur Folge gehabt, dass nur kleinere Teile des Konvois behindert worden wären. Außerdem vermutete die Polizei im Bremer Zug ein erhöhtes Gefahren- und Gewaltbereitschaftspotential. Diesem Potential hätte nur mit gepanzerten Fahrzeugen und Wasserwerfern an der Sperre bei Sittensen begegnet werden können. Nur hier konnte aus polizeilicher Sicht der Abschreckungseffekt starker Polizeipräsenz eine polizeiliche Überlegenheit suggerieren.

Bei Betrachtung der Vorkommnisse auf der A 1 wird deutlich, dass der gut durchorganisierte Bremer Konvoi, dem sich höchstwahrscheinlich auch Demonstrierende aus anderen Regionen angeschlossen hatten, frühzeitig die Sperre bei Sittensen umgehen konnte. Diese Organisation fehlte dem Strom auf der A 7, so dass größtenteils uninformierte Anreisende nur einzeln oder in Kolonnen an der Sperre ankamen.

Als erste gerieten die elf Busse der Braunschweiger, die schon freitagnachts losgefahren waren, in die Sperre bei Ramelsloh vor dem Horster Dreieck. Ihnen standen hier 1000 Polizeibeamte sowie gepanzerte Fahrzeuge und Wasserwerfer gegenüber.<sup>189</sup> Damit befand sich an der Sperre auf der A 7 ein deutlich stärkeres Polizeiaufgebot als auf der A 1 bei Sittensen. Um die polizeiliche Maßnahme an der A 7 verständlicher machen zu können, soll im Folgenden kurz die Entwicklung der Situation geschildert werden.

Als die Braunschweiger Busse die Sperre erreichten, wurden sie sogleich von der Polizei über eine Abfahrt von der A 7 herunter dirigiert. Die Polizei kündigte an, man werde die Busse durchsuchen. Getreu nach dem Konsens unter den AKW-GegnerInnen sich nicht „filzen“ zu lassen<sup>190</sup>,

---

<sup>186</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 40.

<sup>187</sup> Vgl. ebd.

<sup>188</sup> Ebd., Zitat des damaligen schleswig-holsteinischen Innenministers Uwe Barschel: [...] aus „Gründen der polizeilichen Konzentration habe man dem Bremer Zug nicht entgegenreten können.“

<sup>189</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 13.

<sup>190</sup> Vgl. Flugblatt zum Aufruf einer internationalen Großdemonstration am 28.2.1981, in: Brokdorf 28.2.81, S. 7. „Wir wollen keine Konfrontation mit dem Staatsschutzapparat, aber wir werden uns gegen die Gewalt, die auf

verweigerten die Braunschweiger jedoch die Kontrolle. Aus Sicht der Polizei war das ein inakzeptables Verhalten, so dass den Braunschweigern auch die Rückreise verwehrt wurde. Da die A 7 schon in den frühen Morgenstunden bis auf eine Spur in Richtung Hamburg gesperrt war, staute sich der Verkehr im Laufe des Morgens auf dreißig Kilometer vor der Sperre an. Während es an der Sperre zu Auseinandersetzungen zwischen Reisenden und Beamten kam, demontierten AutofahrerInnen daraufhin einige Kilometer südlich Leitplanken. Nach einiger Zeit konnten sie den Verkehr auf der Gegenfahrbahn stoppen und diese benutzen um die Autobahn über nahe gelegene Abfahrten zu verlassen. Dies führte wiederum dazu, dass die Polizei auch die Gegenfahrbahn abspernte. Erst nachdem sich die Insassen zweier Braunschweiger Busse auf Druck der Busfahrer bereit erklärten, sich kontrollieren zu lassen, wurde die Sperre geöffnet. Insgesamt fuhren drei Busse weiter in Richtung Wilster Marsch; die anderen sieben mussten nach elfstündiger Wartezeit vor der Sperre dem Willen der Busfahrer nachgeben und umkehren.<sup>191</sup>

Die Demonstrierenden aus Braunschweig befanden sich an der Sperre auf der A 7 in einem Dilemma. Auf der einen Seite sah die polizeiliche Strategie, vor allem nach der Entscheidung des OVG Lüneburg, es als eine Notwendigkeit an Kontrollen durchzuführen. Auf der anderen Seite wollten sich die Braunschweiger nicht einem derartigen Degradationsritual unterziehen und so dem Konsens der Bürgerinitiativen folgen. Die Überlegung der Braunschweiger den Rückweg anzutreten, scheiterte an der dadurch resultierenden Möglichkeit, über Umwege die Sperre umgehen zu können. Dies konnte die Polizeiführung nicht zulassen, weil die Sperre dann keine Kontrollfunktion mehr innegehabt hätte. Außerdem hätten die Beamten einen „Gesichtsverlust“ erlitten, wenn ein derartig taktischer Fehler öffentlich geworden wäre.

Trotz Konzentration der polizeilichen Kräfte, befand sich die Polizei ihrerseits in dem Dilemma, dass sich der Druck vor der Sperre zunehmend erhöhte. Die AutofahrerInnen zeigten nach stundenlangem Stehen auf der Autobahn wenig Verständnis für die polizeilichen Maßnahmen. An dieser Stelle ist die Überlegung wichtig, dass viele der AutofahrerInnen keine AKW-GegnerInnen waren und von den Maßnahmen aus ihrer Sicht nicht betroffen sein sollten. Der Versuch, einiger AutofahrerInnen vor der Sperre Verhandlungen über die Öffnung der Autobahn zu führen, scheiterte.<sup>192</sup>

Hier kommt auf Seiten der Polizei ein klares Element der Krieger-Männlichkeit zum Vorschein: die Vermeidung von Verhandlungen und Diskussionen unter Verweis auf die Rechtslage und den polizeilichen Auftrag – in diesem Fall die Kontrolle von Demonstrierenden.<sup>193</sup> Die Auseinandersetzungen an der Sperre sowie die Demontage der Leitplanken erscheinen in dieser Hinsicht als logische Konsequenz. Die Sperrung der Gegenfahrbahn spiegelte den Durchsetzungswillen der Polizei wider, die Sperre weiterhin aufrechtzuerhalten. Diese Maßnahme

---

uns durch das AKW ausgeübt wird, zur Wehr setzen. Unseren Widerstand werden wir selbst bestimmen und uns nicht von denen vorschreiben lassen, die den Bau von AKWs befürworten.“

<sup>191</sup> Vgl. Brokdorf 28.2.81, S. 13.

<sup>192</sup> Vgl. ebd.

<sup>193</sup> Vgl. Behr: Cop-Culture, S. 92.

wiederum setzte die Beamten weiter unter Druck, da sie jetzt zusätzlich die Durchreisenden auf der Gegenfahrbahn verärgern würden. Außerdem ist anzunehmen, dass trotz der Maßnahmen viele Demonstrierende mit ihren PKW und Bussen bereits von der Autobahn gelangen und so die Sperre umgehen konnten. Wie stark die Polizei unter Druck stand, zeigte die Auflösung der Sperre, nachdem sich zwei Braunschweiger Busse kontrollieren ließen. Dies ist nicht nur als polizeilicher Kompromiss zu deuten, sondern auch als Zwangssituation, in der die Polizei zumindest symbolisch die Beendigung der Maßnahme legitimieren konnte. Die Symbolik resultiert hier zudem teilweise aus der Krieger-Männlichkeit: Wenn die Beamten und die polizeiliche Maßnahme in ihrer Rollendominanz vom „Klientel“ anerkannt werden, dann kann der Beamte oder die Polizei „konzilient und verbindlich sein“.<sup>194</sup> Der entscheidende Erfolg der Polizei mit der Sperre an der A 7 war die Verzögerung der Anfahrtszeit der Demonstrierenden, die in die Wilster Marsch reisen wollten.

Im Gegensatz zu den halbseitigen Sperren auf den Autobahnen und Bundesstraßen, sollten die Totalsperren im Sperrgürtel grundsätzlich, wie die Begrifflichkeit schon andeutet, den Weg zum Baugelände versperren. Im Folgenden soll anhand der Dammflether Sperre die Rolle der Totalsperren verdeutlicht werden. Was die Dammflether Sperre mit der A 7 vergleichbar macht, ist die Drucksituation, die die geschätzten acht- bis zehntausend Demonstrierenden vor der Sperre verursachten. Besonders vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Beamten an der Sperre 4 bei Itzehoe, ist anzunehmen, dass – angesichts der zahlreichen Menschen vor der Sperre – zumindest ein psychischer Druck auf Seiten der Kollegen in Dammfleth bestanden haben musste.

Auch Ulfrid Kleinert bestätigt die Drucksituation, in deren Verlauf der Nato-Draht beiseite geräumt wurde, um ein „Nadelöhr“ als Durchgangsmöglichkeit zu öffnen.<sup>195</sup>

„Ich höre, wie ein Einsatzleiter freundlich sagt: „Ihr könnt hier durchgehen.“ Offensichtlich will er verhindern, daß zu viel Spannung vor der Sperre entsteht. Ich denke, die Polizisten haben sich hier mit den Containern selbst die Hände gebunden.“<sup>196</sup>

Tatsächlich wären „der Polizei die Hände gebunden“ gewesen, hätte sie nicht so flexibel reagiert. An der Dammflether Sperre benutzte die Polizei das Bild der hilfsbereiten „Bürgerpolizei“<sup>197</sup>, die Lösungen sucht und Verständnis zeigt. Im Rahmen dieser bürgernahen Strategie gestatteten die Beamten Josef Leinen und Roland Vogt mit den Megafonen der Polizei die Demonstrierenden darauf aufmerksam zu machen, dass sie sich einzeln kontrollieren lassen sollten. Mit dieser Maßnahme übertrug die Polizei scheinbar die polizeilichen Kompetenzen, aber auch den Ärger und die Wut der Demonstrierenden auf Josef Leinen und Roland Vogt. Somit rückten die Beamten in den Hintergrund der Geschehnisse, während sie die Demonstrierenden miteinander verhandeln ließen.

---

<sup>194</sup> Ebd.

<sup>195</sup> Vgl. Kleinert: Großdemonstration, S. 75.

<sup>196</sup> Ebd.

<sup>197</sup> Vgl. Behr: Cop-Culture, S. 88

Auch wenn viele Demonstrierende dies als bewusst geplante Strategie verurteilten, so schien es doch nur eine Art „Plan B“ der Polizei gewesen zu sein, die Sperre zu öffnen und die Demonstrierenden einen derart weiten Weg zum Baugelände laufen zu lassen.<sup>198</sup> Eine „flexible Spontaneität“ wies das polizeiliche Handeln auf, als gleichermaßen Josef Leinen und Robert Vogt als Sprecher eingesetzt wurden, um eine Einzelkontrolle durchsetzen zu können. Zudem verzögerte sich die Demonstration für die AKW-GegnerInnen erneut.

### **5.3.2 Die Offensivphase – von der Räumung der NWK-Straße bis zur Beschlagnahmung des AKL-Lautsprecherwagens**

Die polizeiliche Konzeptphase endete mit den Maßnahmen an den Sperren des Sperrgürtels um die Wilster Marsch, an denen viele Demonstrierende unter verschiedenen Umständen passieren konnten. Diejenigen, die nicht im Sperrgebiet wohnten oder dieses ohne staatliche Erlaubnis betraten, waren aus juristischer Sicht Straftäter. Sie begingen einen Rechtsbruch, da sie die Entscheidung des OVG Lüneburg bezüglich des Demonstrationsverbots in der Wilster Marsch ignorierten. Auf dieser juristischen Legitimationsbasis veränderte sich polizeiliches Handeln gegenüber Demonstrierenden. Jede Person, die sich illegal in der Wilster Marsch aufhielt, konnte von den staatlichen Exekutivkräften als Straftäter verfolgt werden. Im Rahmen dieser Arbeit sollen die polizeilichen Maßnahmen im Sperrbezirk unter der Begrifflichkeit der „polizeilichen Offensivphase“ zusammengefasst werden. Inwiefern die Maßnahmen der Polizei gegen Demonstrierende „offensiver“ wurden, sollen im Folgenden exemplarische Einsatzsituationen klären, die sich im Sperrbereich der Wilster Marsch ereigneten.

Der Weg der Demonstrierenden vom Sperrgürtel zum Baugelände – ganz gleich, ob sie aus Richtung St. Margarethen, von der B 5 her oder aus Wilster kamen – erstreckte sich mindestens über eine Entfernung von fünf Kilometern. Auf dieser Strecke kamen die vielen zu Fuß marschierenden Menschen verhältnismäßig wenig in Kontakt mit Kräften der Polizei. Je näher jedoch die Menschen an das Baugelände herangingen, umso mehr Polizeipräsenz zeigte sich; hier waren die Hundertschaften des EA Objekt mit ihren Wasserwerfern postiert.

Bis 15 Uhr hatten sich tausende der Demonstrierenden vor der abgesperrten NWK-Straße versammelt. Dort standen die Hundertschaften des EA Objekt in drei Reihen formiert den Demonstrierenden gegenüber.<sup>199</sup>

„Zwischen den Polizisten und uns war ein Abstand von ca. 3 m. Keiner sprach, sondern wir musterten uns gegenseitig. Einige Minuten später versuchten die ersten [Demonstrierenden], mit den Polizisten ins Gespräch zu kommen. Aber die reagierten überhaupt nicht sondern nur stur geradeaus. Es wirkte so, als ob sie ein absolutes Sprechverbot hatten oder wir [Demonstrierenden] eine Fremdsprache sprachen.“<sup>200</sup>

---

<sup>198</sup> Diese Strategie war keineswegs neu. Während der Brokdorf-Demonstration am 13.11.1976 beispielsweise wurden Sperren wie die bei Dammfleth in ähnlich großer Entfernung zum Bauplatz errichtet. Vgl. dazu Skizze in: Brokdorf. ein Exzempel, S. 25.

<sup>199</sup> Vgl. Augenzeugenbericht über die Räumung der NWK-Straße, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 81.

<sup>200</sup> Ebd.

Die Ausführungen der Zeitzeugin Dagmar Held deuten daraufhin, dass sich die Kommunikation der Polizei zu den Demonstrierenden weiter beschränkte, ja, nahezu keine sprachliche Kommunikation zwischen den Fraktionen mehr existierte und zugelassen wurde. Auch als sich die Polizei „plötzlich und für alle unverständlich“ in die NWK-Straße hinein bewegte und den Weg für die Demonstrierenden frei machte, gab die Polizei zu ihrer Maßnahme keine Information. Dies sorgte für Verunsicherung in den Reihen der Demonstrierenden. Trotzdem folgten viele der sich auf das Baugelände zurückziehenden Polizei in die NWK-Straße hinein.<sup>201</sup> Die Taktik der Polizei schien aufzugehen; die Basis für die Räumung der NWK-Straße als einleitendes Moment einer „offensiven Phase“ war geschaffen.

Die Taktik der Polizei vom Baugelände aus vorzustoßen war keineswegs neu – schon 1976 wurde von hier aus offensiv gegen Demonstrierende vorgegangen.<sup>202</sup> Die taktischen Vorteile der Polizei lassen sich am besten bei Betrachtung einer Lagekarte erkennen. Die Angriffsfläche der Demonstrierenden auf der NWK-Straße war wesentlich geringer als auf der B 431 vor dem Baugelände. Mithilfe eines modernen Wasserwerfers<sup>203</sup> an der Spitze der formierten Hundertschaften konnte mit „konzentrierter Kraft“ gegen die „Störer“ auf der NWK-Straße vorgegangen werden. Da die aggressive Räumung der Straße ohne Androhung für die Demonstrierenden überraschend erfolgte und das Polizeiaufgebot sehr bedrohlich wirkte, entstand Panik vor den Reihen der Polizisten.

An der Räumung ist zu beobachten, dass die Polizeiführung keinesfalls spontan handelte. Die Maßnahme zeichnete sich durch eine zielgerichtete Einsatzplanung aus, in der die Demonstrierenden zurückgedrängt werden sollten, um eine „Konzentration der Störer“ zu verhindern. Allerdings zeichnete sich die Maßnahme durch eine recht dürftige Legitimierung aus. Die einzelnen gewalttätigen Vorfälle, die die Polizei als Ausgangspunkt für die Räumung benutzte, konnte ein „Gewaltfreier“ wie Dieter Jessen nicht beobachten.<sup>204</sup> Dabei soll nicht geleugnet werden, dass diese Vorfälle nicht stattgefunden hätten – sie waren lediglich für die Demonstrierenden zu geringfügig, um sie wahrnehmen zu können.

---

<sup>201</sup> Ebd.

<sup>202</sup> Auf der Brokdorf-Demonstration am 30.11.1976 konnten Demonstrierende einen kleinen Teil des Baugeländes besetzen, indem sie den damals verhältnismäßig ungeschützten Bauzaun von der NWK-Straße aus überrannten. Die Beamten kreisten den besetzten Teil des Bauplatzes ein und starteten über das östliche Eingangstor eine Offensive gegen die Demonstrierenden auf der NWK-Straße. So konnte der „Brückenkopf“ der Demonstrierenden auf der NWK-Straße von den BesetzerInnen des Bauplatzes unter Einsatz von Wasserwerfern getrennt werden und auf der B 431 zerstreut werden. Vgl. dazu Skizze, in: Brokdorf. ein Exempel, S. 6.

<sup>203</sup> Dieser Wasserwerfer – von Demonstrierenden nach seiner Aufschrift „Nr. 19“ und von Polizisten als „Trojanisches Pferd“ bezeichnet – war nach Augenzeugenberichten wesentlich größer als bis dahin eingesetzte Wasserwerfer. Vgl. dazu Polizist XYZ zum neuen Wasserwerfer, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 84. „Der [Wasserwerfer] hat nur halbe Leistung gefahren. Man hat ihn noch gar nicht am Menschen ausprobiert. Wenn der aufdreht, dann gute Nacht.“

<sup>204</sup> Augenzeugenbericht über die Vorgänge im Klärwerk, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 85. „Auf der Ostseite der Festung [hier: das Baugelände] war die Polizei/BGS bereits am Räumen der NWK-Straße, obwohl es von seiten der Demonstranten zu keinen Aktionen gekommen war, die diesen widersinnigen Räumungsbefehl hätten rechtfertigen können.“

Sicherlich spielte auch die polizeiliche Erfahrung aus vorhergehenden Demonstrationseinsätzen eine wichtige Rolle. Die Erfahrungsängste einer erneuten Bauplatzbesetzung wie im Jahre 1976 in Brokdorf und einer polizeilichen Unterlegenheit waren wahrscheinlich latente Faktoren für die Umsetzung der Maßnahme. Jedoch müssten diese Faktoren aufgrund ihrer Komplexität in einer eigenständigen vergleichenden Analyse abgehandelt werden.

Am Verlauf des Polizeieinsatzes lässt sich beobachten, dass die an der Räumung beteiligten Beamten des EA Objekt die NWK-Straße selbstständig „sichern“ konnten. Jedoch schien die Polizeiführung dem EA Objekt die bevorstehende Räumung der B 431 vor dem Bauplatz allein nicht zuzutrauen. Dies zeigt beispielsweise der unterstützende Einsatz des EA West im Laufe der Auseinandersetzung vor dem Bauzaun im Anschluss an die Räumung der NWK-Straße. Die polizeiliche Konzentration am Baugelände, so kann angenommen werden, galt aus polizeitaktischer Sicht als Kräftebasis, um gegen die Demonstrierenden offensiv im Laufe des späten Nachmittages operieren zu können. Das „Vor- und Zurückziehen“ der Hundertschaften und Wasserwerfer im Anschluss nach der Räumung der NWK-Straße erscheint in diesem Kontext als eine defensive Polizeimaßnahme. Defensiv in dem Sinne, insofern die Maßnahme einer zeitlichen Verzögerung diene. Den Beamten des EA West konnte es so zeitlich ermöglicht werden, sich von den Straßensperren im nordwestlichen Teil des Sperrbezirks zurückzuziehen, um sich anschließend am Objektschutz des Baugeländes beteiligen zu können.

Ein bedeutender Aspekt, der während dieses polizeitaktischen Prozesses in Erscheinung tritt, ist die aktive Einflussnahme und Teilnahme einer bestimmten Gruppe auf der Demonstration – die „geschlossene Einheit“ der polizeilichen Hundertschaft. In ihnen wurden und werden noch heute, so der Bonner Polizeidirektor Udo Behrendes, in erster Linie polizeiliche Berufsanfänger eingesetzt. Die jungen Beamten seien eher als Ältere in körperlicher und familiärer Hinsicht den Ansprüchen der flexiblen Großeinsätze gewappnet; jedoch fehle ihnen die Erfahrung.<sup>205</sup> Praktische Erfahrung könne der Angehörige einer geschlossenen Einheit weniger in der Ausbildung sammeln, wie der Soziologe Rafael Behr entgegnet. Vielmehr seien Großeinsätze, insbesondere die so genannte „Feuertaufe“<sup>206</sup>, für die praktische Umsetzung der in der Ausbildung vermittelten Theorie für einen jungen Beamten entscheidend und unumgänglich.<sup>207</sup> Es ist anzunehmen, dass der Großeinsatz um die Demonstration am 28. Februar 1981 besonders für viele jüngere Beamte eine „Feuertaufe“ oder zumindest eine berufliche Herausforderung darstellte. Mit dem Eintritt der Hundertschaften in einen aktiven, gruppenspezifischen Aktions- und Reaktionsprozess während der Räumung der NWK-Straße und der anschließenden Auseinandersetzung vor dem Baugelände, wurde diese Herausforderung für viele polizeiliche Berufsanfänger vollends evident.

---

<sup>205</sup> Behrendes, Udo: Zwischen Gewaltgebrauch und Gewaltmissbrauch, in: Hamburger Studien zur Kriminologie und Kriminalpolitik, Bd. 31, Münster 2003, S. 171.

<sup>206</sup> Die Feuertaufe als ersten „praktischen Einsatz“ eines Beamten sieht Behr als eine Art Initiationsritus. Hier habe der Beamte die Möglichkeit „zu zeigen, was er drauf hat“, um sich den älteren Beamten beweisen zu können. Die Feuertaufe ist deshalb für den jungen Beamten ein emotional sehr aufgeladenes Moment und ein Eckstein der eigenen polizeilichen Einsatzkarriere. Vgl. dazu Behr, Cop-Culture, S. 106 ff.

<sup>207</sup> Behr: Cop-Culture, S. 108.

„Am Samstag sind wir eigentlich alle mit Steinen beworfen worden. Ich hab drei Stück abbekommen, volles Rohr. [...] Ich habe auch zwei an den Kopf gekriegt. Wir hatten ja zum Glück den Helm auf.“<sup>208</sup>

Die Aussagen dieses jungen Polizeibeamten lassen erkennen, welches Gefahren- und Verletzungsrisiko die Beamten aus ihrer Sicht während des Einsatzes gegen „Militante“ am Bauzaun eingingen. Des Weiteren beschreibt der Polizist, wie sehr sich in seiner Hundertschaft Aggressionen aufstauten, als Demonstrierende die Beamten mit Steinen bewarfen und mit Leuchtmunition beschossen. Einige hätten aufgrund dieser Anspannung ihre Kontrolle verloren<sup>209</sup>.

„Auf der Straße lag eine Frau auf dem Boden und wurde von einem Polizisten geschlagen. Er schlug auf sie ein, völlig grundlos, obwohl sie da lag und weinte. [...] die war [vorher] weggelaufen. Sie stand auf dem Platz, auf dem Feld, und er wollte sie festnehmen und schubste sie dann erst mal den Abhang runter in den Fluß unten rein, zog sie dann wieder hoch, und dann fiel sie hin, und dann schlug er auf sie ein.“<sup>210</sup>

Diese Individualhandlung eines Beamten zeigt, wie sich die „geschlossene Einheit“ der Hundertschaft in der Offensivphase teilweise in einem Durcheinander von Demonstrierenden und Polizeibeamten „auflockerte“. Die Gewaltanwendung, speziell gegenüber einer scheinbar wehrlosen Frau, spiegelt eine Extremsituation wider, in der polizeiliche Willkür und „kampfbetonter Hedonismus“ einiger jüngerer Beamter offenbar vorherrschten.<sup>211</sup>

Noch stärker waren diese Verhaltensweisen scheinbar bei den SEK-Greiftrupps ausgeprägt. Diese waren, wie Herbert Klein bestätigt, mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, „Gewalttäter“ aus der Demonstrierendenmenge herauszufiltern. Ihr Einsatz sollte sich nicht nur gegen „gewaltbereite Chaoten“, sondern vor allem gegen „straff organisierte Rädelsführer“ richten. Aus polizeilicher Sicht stellen „Rädelsführer“ ein erhebliches Gefahrenpotential da. Sie würden gezielt das „menschliche Schutzschild der friedlichen Masse“ nutzen, um gewalttätige Angriffe gegen die staatlichen Exekutivkräfte ausführen zu können. Hierbei bestehe die Gefahr der Entstehung einer Aktions-Reaktions-Spirale, in der sich Demonstrierende mit den „Rädelsführern“ solidarisieren könnten.<sup>212</sup> Neben der angeblich ausgeprägten „Krieger-Männlichkeit“ bei SEK-Beamten<sup>213</sup> sollte im Hinblick auf offensives Polizeiverhalten auch einem solchen Bedrohungsszenario besondere Beachtung geschenkt werden.

Nachdem die Polizei mit ihrer Kräftekonzentration am Bauzaun die Lage kontrollieren konnte, wurde, wie auch schon im Jahre 1976<sup>214</sup>, die taktische Maßnahme angewandt, die Demonstrierenden in Richtung Brokdorf und Wewelsfleth zu drängen. Aus polizeilicher Sicht konnte die „Störerkonzentration“ vor dem Bauplatz aufgebrochen werden. Um eine Schwächung der „militanten Masse“ herbeiführen zu können, mussten die „Störerkräfte“ mindestens entzweit

---

<sup>208</sup> Polizist XYZ zur Gewalt gegenüber Polizisten, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 89.

<sup>209</sup> Vgl. Polizist XYZ zur Gewalt bei Polizisten, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 96 f.

<sup>210</sup> Ebd.

<sup>211</sup> Vgl. Behr: Cop-Culture, S. 92.

<sup>212</sup> Behrendes: Zwischen Gewaltgebrauch und Gewaltmissbrauch, S. 170.

<sup>213</sup> Rafael Behr benutzte für sein Männlichkeitsmodell die Aussagen eines Angehörigen einer Spezialeinheit (Beweissicherungsfestnahmeeinheit).

<sup>214</sup> Vgl. dazu Skizze, in: Brokdorf. ein Exzempel, S. 6.

werden. Anschließend intensivierte sich die polizeiliche Offensive aus folgenden, nahe liegenden Gründen: Einerseits befanden sich in dem Leuchtturm Hollerwettern Aufklärungskräfte, die es mit großer Dringlichkeit „zu schützen“ galt; andererseits sollte das Gefahrenpotential einer erneuten „Störerkonzentration“ vermieden werden. Die Intensivierung des offensiven, polizeilichen Handelns zeichnete sich also auch durch einen präventiven Charakter aus. In dieser Hinsicht mutete die Polizeiführung den „Militanten“ in der Nähe des Baugeländes auch während des späten Nachmittags ein ernstzunehmendes Gefahrenpotential zu.

Bei Betrachtung der polizeilichen Wahrnehmung wird ersichtlich, dass viele jüngere Beamte der Hundertschaften in dieser Rückzugsphase offensiv und aggressiv gegen Demonstrierende vorgingen.

„Beim Rückzug nachher auf der Straße war es natürlich extrem. Da kriegte jeder, der einem in den Weg kam, ordentlich etwas an die Ohren.“<sup>215</sup>

Dieses Verhalten schien bei den Gruppenführern nicht auf Kritik zu stoßen – im Gegenteil. Nach den Aussagen eines Beamten wurde die offensive Freizügigkeit geradewegs von den Führern unterstützt und angefeuert.

„[...] das ging also „frei life“. Der Chef, der schrie dann auch noch: „Los, jetzt schnappen wir uns noch zehn“. [...] der weiß es auch genau, daß alle aggressiv sind, daß alle geladen sind und sich freuen, sich mal einen zu schnappen.“<sup>216</sup>

Während des Rückmarsches der Demonstrierenden, im Folgenden exemplarisch an der Sonderaktion gegen den Lautsprecherwagen des AKL abgehandelt, veränderte sich das polizeiliche Verhalten wiederum. Im Gegensatz zu den Einsätzen am Bauzaun zeichnete sich diese Polizeiaktion durch einen hohen Grad an Organisiertheit aus. Vieles deutet daraufhin, dass die Polizeiführung den AKL-Wagen gezielt von den Demonstrierenden, die sich in dem rückmarschierenden Zug befanden, trennen wollte. Die Verhaftung der Insassen des Wagens sowie die Beschlagnahmung des Fahrzeuges ließen sich von polizeilicher Seite aus wiederum leicht mit dem Demonstrationsverbot in der Wilster Marsch legitimieren. Ein Beamter, der sich im Anschluss nach der Demonstration mit seinen Kollegen über die offensiven Einsatzmethoden in der Offensivphase unterhielt, bestätigt diesen Legitimationsgrund.

„Wir haben auch darüber geredet, und viele sagten: „Die Demonstration war ja verboten! Was wollten die [Demonstrierenden] überhaupt usw.! Man kann ja auch nicht unterscheiden, wer nun den Stein geschmissen hat und wer nicht!“<sup>217</sup>

Die Aussage in sich birgt brisantes Konfliktpotential. Einerseits wird hier von polizeilicher Seite – und zwar aus den Kreisen der jüngeren Beamten aus den Hundertschaften – zugegeben, man habe kein Verständnis zeigen können, warum überhaupt die Menschen in der Wilster Marsch ein so großes Risiko auf sich nahmen um zu demonstrieren. Andererseits wird an dieser Stelle das von der Polizeiführung suggerierte Bild der erfolgreichen Differenzierung zwischen „Gewaltbereiten“ und

---

<sup>215</sup> Polizist XYZ zur Gewalt bei Polizisten, in: Gewaltfrei widerstehen, S. 97.

<sup>216</sup> Vgl. ebd.

<sup>217</sup> Ebd.

„Friedlichen“ ungewollt angegriffen. Das Zitat beschreibt insofern ein Muster polizeilicher Überforderung sowie defizitärer Verständnis- und Kommunikationsfähigkeit.

Die Sonderaktion gegen den AKL-Wagen weist zu den Auseinandersetzungen am Bauzaun und den damit verbundenen Differenzierungsschwierigkeiten einen eklatanten Unterschied auf: die Polizeiführung schien während des Einsatzes gegen den seines Zeichens „gewaltfreien“ AKL-Zug bewusst ihren Differenzierungsanspruch zu ignorieren. Dieser widersprach sich in der Offensivphase zunehmend mit dem Einsatz gegen Delinquenten, die gegen das Demonstrationsverbot verstießen. Während sich aus polizeilicher Sicht die Differenzierung einer rechtmäßigen Demonstrierendenmenge nicht „klinisch rein“ umsetzen ließ<sup>218</sup>, benötigte es keiner Differenzierung bei einem „Straftäter“ mehr; das Bild des „friedlichen Straftäters“ erschien paradox.

Letztlich ist in der Offensivphase neben dem Wandel des polizeilichen Handelns hin zu einem stark offensiven Einsatzverhalten eine Veränderung des Bildes der Demonstrierenden aus Sicht der Beamten zu erkennen. Der „Demonstrant“ entwickelte sich zum „Straftäter“ und „Störer“, auf den entsprechend reagiert wurde, da dieser sich mindestens aufgrund des Demonstrationsverbotes strafbar machte.

Gewiss gab es noch weitere Motive der Polizei in der Offensivphase derart gegen Demonstrierende vorzugehen. Im Rahmen dieser Arbeit sowie aus Gründen bisher nicht genutzter Quellen – speziell zu den am 28. Februar 1981 angewandten polizeilichen Einsatztaktiken und –Strategien – kann und soll an dieser Stelle aber keine konkretere Analyse aufgestellt werden.

## **6. Schluss**

In dieser Verlaufsstudie wurden zwei Fraktionen gegenübergestellt, die während des Demonstrationsverlaufs ein sehr distanziertes Verhältnis zueinander hatten. Jedoch schien nicht nur die bipolare Konstellation „Demonstrierende – Polizei“ auf der Demonstration am 28. Februar 1981 vorherrschend gewesen zu sein. In dieser Arbeit wurde – soweit die empirischen Erkenntnisse sich ausschöpfen ließen – neben der Generationsproblematik innerhalb des Polizeiapparates bewusst auf einen starken Interessenkonflikt innerhalb der Demonstrierendenfraktion hingewiesen. Nicht nur der umfangreiche Polizeieinsatz erschwerte den Ablauf der Demonstration, sondern auch der Interessenkonflikt der Demonstrierenden untereinander. Nicht allein die Polizeimaßnahmen führten zu den verschiedenen Anreisewegen, Zielsetzungen und Auffassungen der Demonstrierenden, wer als Feindbild zu betrachten war und wie man gegen das jeweilige Feindbild Widerstand leisten sollte. Generell zeigt sich am Beispiel der behandelten Demonstration, dass die Heterogenität und Dezentralität der Anti-AKW-Bewegung und das Medium der Großdemonstration unter diesen besonderen Umständen eine Erschwerung des „geplanten Ablaufs“ bedingt. Der „geplante Ablauf“ konnte in Brokdorf nicht einem einheitlichen Konsens

---

<sup>218</sup> Vgl. Behrendes: Zwischen Gewaltgebrauch und Gewaltmissbrauch, S. 170.

unterworfen werden – die diversen Vorbereitungstreffen der Initiativen sind in diesem Punkt klar gescheitert. Der Scheinkonsens der Initiativen, sich auf die „Vielfalt der Widerstandsformen innerhalb der Bewegung“ verlassen zu können, mag in ideologischer Hinsicht sehr viel versprechend gewesen zu sein. Dem Medium der Großdemonstration war dieser Konsens jedenfalls nicht gewachsen.

Diese Unschlüssigkeit innerhalb der Bewegung manifestierte sich deutlich im Demonstrationsverlauf. Vereinfacht dargestellt konnten die „Organisatoren“ aus dem „gewaltfreien Spektrum“ und aus dem „militanten Spektrum“ im Grunde genommen zwei Umsetzungsformen in den Demonstrationsablauf einbringen, die sich größtenteils widersprachen. Die „Gewaltfreien“, unter ihnen die Grünen, der AKL, der BBU mit Josef Leinen und christliche Gruppen, bewegten sich von Wilster über Dammfleth zum Baugelände, mit der Zielsetzung eine Abschlusskundgebung am Bauzaun abzuhalten. Die „Militanten“, unter ihnen K-Gruppen wie der KBW, Autonomen sowie Hausbesetzerszenen aus Hamburg, Frankfurt und Berlin, gelangten mit der Zielsetzung der Bauplatzbesetzung hauptsächlich über St. Margarethen und die B 5 in den Sperrgürtel.

Die beiden Spektren sind hier als stark prägende Interessengruppen zu behandeln, die bestimmte Situationen des Demonstrationsverlaufs dominierten; die „Gewaltfreien“ taten dies beispielsweise an der Dammflether Sperre und die „Militanten“ während der Auseinandersetzung am Bauzaun. Sie konnten in diesen Situationen mit Hilfe ihres hohen Organisationsgrades, ihrer Entschlussfähigkeit und Kompromisslosigkeit die unorganisierte und oft unschlüssige Demonstrierendenmenge beeinflussen. Nichtsdestotrotz waren die „Gewaltfreien“ und auch die „Militanten“ in einer verhältnismäßig kleinen Zahl in der Wilster Marsch anwesend. Die Bilder der „friedlichen Masse“ sowie der „gewaltbereiten Masse“, aber auch der „gespaltenen Anti-AKW-Bewegung“, sind in diesem Kontext aufgrund ihrer Politisierung und der enormen Schwierigkeit die Demonstrierendenmenge hinreichend zu differenzieren, irreführend.

Bei Betrachtung des Polizeieinsatzes zeigt sich zudem, dass das Bild der „aggressiven, übermächtigen und alles kontrollierenden Polizei“ verzerrt ist. Das polizeiliche Verhalten in der Konzept- und Offensivphase zeigt eine facettenreiche Polizei, die sowohl zuvorkommend und unsicher als auch aggressiv und selbstsicher auftrat. Neben der Tatsache, dass über 10000 Beamte aus verschiedenen Bundesländern mit unterschiedlichsten Berufserfahrungen in Brokdorf eingesetzt wurden, gab es einen weiteren Grund für das polizeiliche Handeln: das hohe zu erwartende Gefahrenpotential auf der Demonstration. Dieses entstand nicht nur – wie von Demonstrierenden behauptet<sup>219</sup> – künstlich durch die „Hetze der Medien und der Politik“. Es bestätigte sich aus Sicht der Polizei im Demonstrationsverlauf unter anderem mit den Auseinandersetzungen an der Sperre 4 in Itzehoe und den Zwischenfällen nördlich der B 5. Die Tatsache, dass die Polizei trotz ihres Aufgebotes in diesen Situationen sich teilweise kurzzeitig zurückziehen und verletzte Beamte in Kauf nehmen musste, prägte das Verhalten der Polizei in der

---

<sup>219</sup> Vgl. dazu u.a. Flugblatt „Wir demonstrieren trotzdem“, in: Brokdorf 28.2.81, S. 6.

Offensivphase. Als Konsequenz wurde das Grundkonzept der polizeilichen Kräftekonzentration verwandt, um gegen die Menschenmassen nicht unterliegen zu müssen. Außerdem wurde polizeiliches Handeln durch den späten Bescheid des OVG Lüneburg beeinflusst. Der Bescheid des Gerichts die Ortschaften außerhalb der Wilster Marsch vom Demonstrationsverbot auszunehmen, beeinträchtigte die Konzeptphase der Polizei; sie musste kurzfristig Sperren und Kontrollen im Raum Wilster umsetzen und Polizeieinheiten verlegen.<sup>220</sup> Es ist anzunehmen, dass ohne den Bescheid die Offensivphase wesentlich „kontrollierter“ verlaufen wäre.

Historisch gesehen befand sich die Polizei 1981 in einem Wandlungsprozess. Die eingesetzten Hundertschaftsführer hatten noch, da sie älter waren als die ihnen unterstehenden jüngeren Hundertschaftsangehörige, in den 1960er Jahren eine – wie Klaus Weinbauer sagen würde – paramilitärische Ausbildung genossen. Zudem war auch der Bundesgrenzschutz und dessen Beamten 1981 längst nicht „entmilitarisiert“; dies geschah nach Martin Winter erst in den 1990er Jahren.

Auf der Großdemonstration in Brokdorf zeigte sich außerdem – besonders in der Offensivphase – dass das Bild der „akuten Masse“ noch nicht der Vergangenheit angehörte. Gerade die Funktionen der SEK-Kommandos, gezielt gewaltbereite „Rädelsführer“ aggressiv aus einer Demonstrierendenmenge herauszufiltern, verdeutlicht die Manifestation des Gedankens der „akuten Masse“. Dieser wurde aber mit einer Art „flexiblen Spontaneität“ kombiniert, die von Demonstrierenden dann als „Beweglichkeit der Härte“ beschrieben wurde. Aus diesem Blickfeld ergibt sich also eine weitere Perspektive, um den teilweise sehr offensiven Einsatz der Polizei deuten zu können.

Zum Erfolg wurde der Polizeieinsatz des 28. Februars 1981 letztendlich durch die Kombination aus Flexibilität, hohem Organisationsgrad und technischer Versiertheit. Ein Erfolg jedoch, der aus Sicht der Polizei nicht leicht zu verwirklichen war. Gerade die Konfrontation mit Demonstrierendengruppen, die ähnlich stark organisiert und flexibel agierten – ein Beispiel ist hier der Bremer Konvoi – stellte die Beamten zeitweise vor ernste Schwierigkeiten.

Aus Sicht der Demonstrierenden war der größte Erfolg die Mobilisierung von abertausenden DemonstrationsteilnehmerInnen, die tatsächlich in Brokdorf ein Symbol setzen konnten. Warum aber so viele Menschen auf eine Demonstration trotz Demonstrationsverbot und starker Polizeipräsenz gingen, ist eine wichtige Frage, die in dieser Arbeit leider nicht beantwortet werden kann.

---

<sup>220</sup> Vgl. Pressemitteilung des Innenministers Dr. Uwe Barschel vom 1. März 1981 zum Brokdorf-Einsatz, Landesarchiv Schleswig, Abt. 621, Nr. 617, S. 2 f.

## Anhang

### Interview 1

Interview mit dem Zeitzeugen Roland Schulz; Seershausen, d. 6. Mai 2006  
Demonstrant auf der Grossdemonstration in Brokdorf 1981

Interviewer (I): Stelle dich bitte kurz vor!

Zeitzeuge (Z): Ich bin 1957 geboren, also war 24 Jahre alt als die Brokdorf-Demo stattgefunden hat. Ich arbeite im Volkswagenwerk in Wolfsburg in der Forschung und bin zu dieser Demonstration gegangen, weil damals die Entrüstung über die Atomenergie ihren Höhepunkt erreicht hatte.

I: Also zuerst würde mich interessieren: Wie hast du überhaupt von dem Thema erfahren? Du warst ja kein direkter Anwohner des Brokdorf-AKW. Hast du dich trotzdem betroffen gefühlt? Wie du von dem Thema eigentlich erfahren? Wie bist du dazu gekommen?

Z: Also in den Medien in der damaligen Zeit wurde viel berichtet über Atomenergie. Es war nicht trennbar von der militärischen Nutzung der Atomenergie, die zivile Nutzung. Die Kraftwerke, die schon liefen, waren permanent auch Anlaufpunkt irgendwelcher Gegendemonstrationen. Und von denen hatte ich nicht nur gehört, sondern war auch mit beteiligt.

I: An welchen Protesten/Demonstrationen warst du noch beteiligt?

Z: In Gorleben war vom ersten Spatenstich, eigentlich von der ersten Genehmigung durch die niedersächsische Landesregierung damals Protest und ich bin sporadisch zu Protestkundgebungen nach Gorleben gefahren und habe mich da beteiligt.

I: Wie hast du das erfahren? Hast du die Atomenergie als Gefahr empfunden und hast du dich als Betroffener empfunden?

Z: Dadurch dass Niedersachsen zum in Häkchen Atomklo der Republik gemacht werden sollte - in Salzgitter Schacht Konrad und in Gorleben ein Endlager im Salzstock in der Asse – war schon meiner Ansicht nach zur damaligen Zeit eine Einlagerung von schwach radioaktivem Müll - wurde natürlich mir bewusst, dass Atomenergie unter solchen Umständen nicht realisierbar ist und schon gar nicht ausbaufähig ist, indem hier meine Wohngegend irgendwann zum absoluten Atomklo wird, nur weil es halt dummerweise an der DDR-Grenze lag.

I: Also hattest du auch wirtschaftliche Argumente dafür, wie du eben schon angesprochen hattest und auch Argumente gesundheitlicher Natur, also, dass du wirklich Angst hattest, dass Kernenergie deine Gesundheit beeinträchtigen könnte.

Z: Die Atomkraftwerke zur damaligen Zeit, zum Beispiel Stade, waren von ihren Sicherheitsstandards nicht geeignet gegen irgendwelche Gefahren Abwehr zu leisten. Ein Super-GAU war damals in aller Munde. In den Vereinigten Staaten ist in Harrisburg das Unvorhersehbare passiert, was eigentlich nicht passieren darf und aus diesem Grund wussten alle Leute, dass gerade im norddeutschen Raum, sprich im Raum Hamburg, eine Konzentration von Atomkraftwerken zur Vernichtung ganz Norddeutschlands führen könnte. Das war schon den meisten Menschen bewusst. Mir auch. Was das für Hamburger bedeutet hätte, wenn an der Elbe ein Atomkraftwerk explodiert. Es gab Einsatzpläne der Behörden, dass die nördlich der Elbe gelegenen Gemeinden einfach abgeriegelt werden und nicht die Elbe überqueren dürfen, weil es zu tumultartigen Auseinandersetzungen kommen würde, zu Panik, weil die Leute nicht ins Meer flüchten können und die Elbe nur wenige Überbrückungs- oder Untertunnelungsmöglichkeiten hatte. Diese ganzen Sachen waren eigentlich den meisten Leuten damals bewusst.

I: Wie bist du eigentlich dazu gekommen auf diese Demonstration zu gehen? Bist du über Bekannte darauf gekommen, über die Medien?

Z: Also hundertprozentig weiß ich es nicht mehr. Es gab in den Medien Ankündigungen der Demonstration, es gab Flugblätter in Gewerkschaftskreisen, die dazu aufriefen dahinzufahren. Meiner Ansicht nach war sogar durch die IG-Metall Wolfsburg ein Aufruf gestartet worden. Da bin ich mir aber nicht mehr hundertprozentig sicher. Es war in aller Munde und gerade Brokdorf war das letzte Atomkraftwerk, was hier gebaut werden sollte. Zumindest zum damaligen Zeitpunkt auch das letzte Geplante. Aus diesem Grund habe ich mich dann dagegen ausgesprochen und bin dahin gefahren und habe mich da beteiligt.

I: Welche Intention hatten die Demonstranten eigentlich als sie dahin gefahren sind? Aus welchen Schichten kamen sie? Bist du mit der Gewerkschaft dahin gefahren?

Z: Ich bin privat hingefahren mit Kollegen. Zu dritt sind wir mit dem PKW nach Brokdorf gefahren. Es gab keine Sonderzüge oder Busse von der IG-Metall. So weit hat sich die Gewerkschaft da nicht reingehängt, obwohl in vielen linken Kreisen der Gewerkschaft dieses Thema aktuell war und viele sich da auch beteiligt haben. [Beteiligt waren] Schichten quer durch die Bevölkerung kann man sagen. Es waren von Jugendlichen – auch Kinder teilweise, die mit ihren Eltern dahin gezogen sind – war eigentlich alles da: Arbeiter, Bauern, Schüler, Studenten, alles. Da kann man nicht sagen, dass es irgendwelche speziellen Gruppen waren.

I: Standest du auch in Kontakt mit anderen Teilbereichen der Umweltbewegung? Wie warst du vorher schon engagiert? Unabhängig davon, dass du zu Demonstrationen gegen AKW-Projekte gegangen bist.

Z: Die VEG – Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaft- das war alles später. Da waren meine Kinder schon geboren. In der Zeit als ich 24 war, hatte ich noch keine Familie. Ich war eigentlich durch die Friedensbewegung und Gruppen, die gegen Luftverschmutzung und solche Einzelaktionen – und die Anti-AKW-Bewegung natürlich – bin ich insgesamt zu diesem Umfeld dieser Grünen, die sich damals gegründet hatten, gekommen und später auch Mitglied geworden in dieser Partei.

I: Also kann man schon sagen, dass sich dein Protest ziemlich umfangreich nicht nur gegen AKW sondern auch gegen andere Umweltprobleme gerichtet hat. Hast du dich auch an den Protesten gegen die Startbahn-West beteiligt?

Z: Nein. [Der] Start-Bahn-West-Protest war für mich zwar auch eine wichtige Szene in der Bundesrepublik. Aber ich habe mich nicht beteiligt an den Protesten gegen die Startbahn-West. Ich war auf der Friedendemonstration 1983. Das war ja auch nach Brokdorf dann. Also die meisten Sachen kamen dann auch nach Brokdorf, an denen ich mich beteiligt habe: [gegen die] Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben, dann Wackersdorf als Wiederaufbereitungsanlage, die damals installiert werden sollte. An solchen Sachen habe ich mich beteiligt. Das war meiner Ansicht nach alles nach 1981.

I: Kann man sagen, dass Harrisburg ein einschneidendes Erlebnis war? Oder hattest du noch andere Ängste oder gab es andere einschneidende Erlebnisse, die dich berührt hatten?

Z: Harrisburg war als so genanntes China-Syndrom –wurde später ja auch verfilmt – schon in linken Kreisen ziemlich bekannt. Die Medien haben das nicht so hoch gespielt. Das wurde alles eigentlich später erst aktuell. Das hat man dann mit Tschernobyl wieder in Verbindung gebracht und so. Dieses Problem in Harrisburg hat eigentlich gleich zu Beginn der Atomenergienutzung aufgezeigt, dass eine Energie, die keine Fehler zulassen darf – weil sie dann unkontrollierbar wird – einfach nicht nutzbar ist oder nicht genutzt werden darf.

I: Hier gab es ja eine Vielzahl von Interessenverbänden, die positiv sowie negativ gegenüber diesem AKW-Standpunkt standen. Kannst du aufzählen, welchen Bewegungen du negativ gegenüber standest? Welche Standpunkte hatten diese Bewegungen?

Z: Ende der Siebziger/Anfang der Achtziger Jahre war diese Technikverliebtheit und Technikgläubigkeit in diesem Land noch sehr ausgeprägt. Es gab so ein Schlachtwort oder Schlagwort was ausdrückte, dass was machbar ist, das wird gemacht. Man kann alles beherrschen. Man hat angefangen damals schon mit der Fusionsforschung irgendwelche Techniken zu nutzen, die eigentlich bis heute nicht kontrollierbar sind und [man hat] Unmengen an Geld da rein gepumpt. Andere Länder haben das genauso getan. Das hat irgendwie zu diesen Protesten auch geführt. Diese Befürworter waren alles Kapitalinteressenten oder -interessen. Ob es Gemeindevorstände waren oder Landesregierungen, die sich Steuermittel erhofft haben. Arbeitsplätze waren damals noch nicht so das Thema, weil wir noch nicht so eine hohe Arbeitslosigkeit hatten wie heute. Es ging hauptsächlich um Steuerquellen, die durch solche Großprojekte reiche Gemeinden produzieren sollten. Das hatten jedenfalls die politischen Verantwortlichen damals erhofft.

I: Welche Interessengruppen haben sich noch gegen Kernenergie eingesetzt und dort engagiert? Mit welchen bist du in Verbindung getreten?

Z: Es gab vereinzelte Bürgerinitiativen und Umweltgruppen – Greenpeace zählt dazu – die sich in dieser Sache aktiv verhalten haben und die Bevölkerung aufgeklärt haben. Dann gab es die Bürgerinitiativen Umweltschutz. Da war Jo Leinen der Vorsitzende, der später dann im Saarland Umweltminister wurde. Und es gab verschiedene lokale Umweltgruppen. Es war noch nicht so kanalisiert, dass man sagen könnte, es gab da eine zentrale Organisation, die sich da irgendwie gekümmert hätte. Das war auch das Interessante an der ganzen Geschichte, dass alles dezentral lief und eigentlich ein bisschen chaotisch [lief]. Aber es gab nicht irgendwelche Institutionen in dem Sinne.

I: Als ihr nach Brokdorf gefahren seid, hattet ihr ein Feindbild vor Augen?

Z: Aus Erfahrung mit anderen Demonstrationen, die sich immer um Kapitalinteressen handelten, habe ich die Erfahrung gemacht, dass der Staat knüppelhart zuschlägt, wenn die Bevölkerung versucht Kapitalinteressen zu behindern. Von daher war mir schon klar, dass wenn ich dahin fahre, dass unter Umständen auch mein Leib und Leben bedroht ist oder auch eine mögliche Verletzung auftreten könnte bei so einer Demonstration durch Polizisten. Das einzige Schutzmittel war ein Halstuch und eine Chlorbrille. Das war ein bisschen dilettantisch vielleicht. Aber gegen Tränengas hilft es schon ein bisschen. Eine Gasmaske hatte ich nicht wie viele andere. Aber die meisten Demonstranten haben sich mit solchen Chlorbrillen ausgerüstet, um ihre Augen vor direktem Kontakt mit dem Giftgas da zu schützen.

I: Also kann man schon sagen, dass du dem demokratischen Rechtsstaat nicht ganz so vertraut hast.

Z: Ja wie gesagt. Der Rechtsstaat zeigt Zähne. Das hat Franz-Joseph Strauß damals in den Siebzigern immer wieder gerne gesagt. Das war der bayrische Ministerpräsident – damals noch nicht – zuvor der Atomminister von Deutschland. Und der hat gesagt, der Rechtsstaat muss Zähne zeigen und wieder richtig zubeißen lernen und genauso haben wir das auch empfunden.

I: Wie waren die Reaktionen aus deinem Umfeld auf die Teilnahme an den Protesten? Wurde es respektiert, unterstützt oder eher abgelehnt?

Z: Ganz unterschiedlich. Aus der Familie heraus wurde es unterstützt. Aus dem Kollegenkreis mehr mit Gleichgültigkeit behandelt. Seitdem hängt mir das Pseudonym „langhaariger Bombenleger“ an. So bezeichnen sich meine Kollegen heute manchmal noch. Im Grunde sind die relativ uninteressiert und finden das vielleicht auch doof, wenn so ein Ding explodiert sicherlich. Aber ansonsten interessiert relativ wenig. Der Spruch „Der Strom kommt aus der Steckdose“ der ist heute immer noch gültig. Die

meisten interessiert es nicht, wie der erzeugt wird und was da für Gefahren dort lauern und wie der demokratische Rechtsstaat darunter auch leidet. Das interessiert die eher weniger.

I: Ist das normal, dass eine Familie so etwas unterstützt oder ist das bei euch in der Familie unter besonderer Voraussetzung passiert? Wie sah die Einstellung deiner Familie gegenüber der Atomenergie aus?

Z: Meine Eltern sind sozialdemokratisch orientiert und eher links eingestellt gewesen. Mein Vater hat immer gerne gegen das Establishment gewettert bzw. wenn es um Ungerechtigkeiten ging und um die Unterdrückung einzelner schwacher Gruppen. Daher ist das bei uns traditionell eigentlich so etabliert in der Familie. Er hat sich an verschiedenen Protesten beteiligt, damals auch als alter Mann noch.

I: Hast du im Verlauf der Demonstration beobachtet, dass es Organisationen gab oder übergeordnete Gruppen, denen du dich als Demonstrant angeschlossen hast? Gab es organisatorische Elemente auf dieser Demonstration oder war es eher eine Eigeninitiative von dir und deinen Bekannten, mit denen du dort hingefahren bist.

Z: Gerade bei der Brokdorf-Demonstration fiel es ganz deutlich auf, dass es nicht geleitet und organisiert war. Man sah weder IG-Metall-Fahnen noch DKP-Fahnen oder sonstige linke Gruppierungen. Es waren hauptsächlich Anti-AKW [-Symbole zusehen] mit der Sonne und der Faust und solche Leute oder rote Fahnen oder so. Aber es war überhaupt nicht geleitet und gelenkt. Es war ziemlich chaotisch eigentlich.

I: Könntest du in deinen Ausführungen schildern wie der Tag des 28. Februars 1981 angefangen hat und wie der zu Ende gegangen ist?

Z: Wir sind relativ blauäugig dahin gefahren. Wir haben uns relativ wenig Proviant mitgenommen. Mit dem alten Wagen eines Kollegen [sind wir hingefahren], weil wir auch nicht wussten, was da auf uns zukommt. Wir sind zeitlich morgens losgefahren [auf der] Autobahn nach Hamburg und dachten wir könnten da einfach mal eben so ans Kraftwerk und halt eine Demo machen oder uns da beteiligen. Aber es hat sich ganz anders entwickelt wie wir uns gedacht hatten. Die einzigen, die auf diese Demonstration richtig vorbereitet waren, war halt die Staatsmacht. Die haben diese unerwartet große Teilnehmerzahl wüst durcheinander gewirbelt und in alle möglichen Richtungen verstreut.

I: Wie hast du dir gedacht, wie die Demonstration ablaufen würde?

Z: Ja, dass man da halt an den Bauzaun fährt und vielleicht ein paar Kilometer zu Fuß dahin geht oder so und dann halt, dass da jemand eine Rede, wie das so klassisch auf Demonstrationen ist und mit Trillerpfeifen und was weiß ich da demonstriert wird.

I: Also du warst noch gar nicht auf eine Eskalation vorbereitet. In den Medien wurde ja viel von einer möglichen Gewalteskalation gesprochen. Wie du das gerade schilderst, hattest du nicht unbedingt erwartet, dass es zu einer Gewalteskalation kommen könnte mit diesen Hundertschaften an Polizisten.

Z: Einerseits habe ich nicht damit gerechnet, dass so viele Demonstranten kommen – vielleicht ein paar Tausend. Aber, dass es so Unmengen von Menschen sind, die da hinkommen, weil es ja eben gar nicht so kanalisiert war und von irgendwelchen Gruppen initiiert war, sondern so loser Haufen von Menschen aus allen möglichen Gruppierungen da einfach hinzieht. Was die Polizei angeht, kannte ich das halt aus Gorleben oder so, dass die sich verschanzen, verbarrikadieren mehr oder weniger und dass eine Protestveranstaltung mit Musik und - was weiß ich, solchen Sachen eben – stattfindet; dass es auch zu Rangeleien kommt. Aber so wie das da abgelaufen ist, hatte ich mir das auf keinen Fall vorgestellt.

I: Wie erklärst du dir denn, dass knapp 100000 gekommen sind?

Z: Das kann ich mir bis heute nicht erklären. Es gab in der Zeit dieses Phänomen – das hatte sich `83 [81?] dann auch bei der Friedensbewegung gezeigt -, dass da eine gigantische Masse von Menschen aufgelaufen ist, dass Bonn aus allen Nähten geplatzt ist wie man im Nachhinein natürlich weiß. Die Menschen waren damals in einer Verfassung und wollten sich bundesweit, nicht nur regional sondern bundesweit, irgendwie nicht mehr gefallen lassen, dass der Staat alles ohne ihr Einverständnis durchpaukt und einfach macht. Ganz viele Menschen – das war so ein Mainstream, der durch alle Bevölkerungsschichten ging – haben gesagt: „Wir wollen das nicht mehr und wir wollen auch gefragt werden zu irgendwelchen Dingen.“

I: Weiter zum Ablauf der Demonstration: Ihr seid da also blauäugig hingefahren. Was sind denn eure ersten Eindrücke von der Demonstration gewesen?

Z: An das Kraftwerk war überhaupt nicht heranzukommen. Die Polizei hat den gesamten Luftraum über der Wilster Marsch Richtung Autobahn mit Hubschraubern überwacht und gelenkt. Sie hatten den großen Vorteil, dass sie aus der Luft sämtliche Ströme schön steuern konnten, was mit Blockaden, Barrikaden und Sperren, die wieder geöffnet oder geschlossen wurden, gelenkt wurde. Die Demonstranten hatten nicht die Möglichkeit oder nur schwer die Möglichkeit überhaupt zu überschauen, wer wo irgendwo hingeleitet wird. Es war ein wüstes Durcheinander. Motorisierte Demonstranten, die mit Motorrädern und Funkgeräten versucht haben halbwegs den Strom zu steuern und zum Kraftwerk zu geleiten. Das war ein relativ dilettantischer Versuch irgendwie eine konzentrierte Demonstration vor dem Kraftwerk zu halten.

I: Von welcher Richtung seid ihr genau gekommen?

Z: Also wir sind erstmal die Autobahn aus Richtung Süden Richtung Wilster Marsch bzw. Wilster – das ist Itzehoe glaube ich – die Autobahn A5 nach Itzehoe gefahren. Wir bogen dann auf eine Bundesstraße ab, die dann aber schon mit Sperren versehen war und wir wurden dann wieder - (I: A31?) – kann sein, ich bin mir nicht sicher welche Bundesstraße es jetzt genau war. Wie gesagt, wir waren ziemlich konfus. Wir hatten den Überblick schnell verloren, wo wir überhaupt sind. Ganze Konvois von Bussen und PKW wurden wieder zurück auf die Autobahn geleitet - in anderer Richtung. Wir standen dann falsch herum, wieder auf dem Weg nach Hause. Die Autobahn wurde dann mit großen Müllcontainern verstopft, die entzündet wurden von der Polizei oder von Kräften der Polizei und brannten mitten auf der Autobahn, so dass man nicht zurück fahren konnte. Unser Konvoi, in dem wir da standen – das handelte sich um tausende Autos und Bussen – wurde dann von einer Abfahrt zur nächsten Abfahrt mit brennenden Containern eingekesselt, so dass kein Vorwärts und Rückwärts mehr möglich war, woraufhin einige Demonstranten Werkzeug aus den Autos nahmen. Nachdem wir stundenlang da eingekesselt waren, schraubte dann jemand die Leitplanken ab, so dass auch die Busse und alle anderen Fahrzeuge mitten auf der Autobahn wenden konnten und die gegenüber liegende Fahrspur benutzen konnten, um dann von der Autobahnabfahrt herunterzukommen und Richtung Brokdorf sich dann zu bewegen.

I: Das hört sich ja nach einem Ausnahmezustand an. Wie war eure Stimmung und Motivation zu diesem Zeitpunkt?

Z: Viele Teilnehmer, die auf der Autobahn sich auch ausgetauscht hatten – wir haben die Autos verlassen und uns unterhalten und von der Autobahn aus die Hubschrauber auch sehen können, die kontrolliert über diesem Gebiet kreisten. Wir haben das als absolute Verarschung empfunden und auch so, dass der Rechtsstaat da weit über das Ziel hinaus schießt und Menschen praktisch einkesselt. Das ist ein Ingewahrsamnehmen ohne irgendwelche rechtlichen Hintergründe, [wo] mit allen Mitteln versucht [wird], Menschen daran zu hindern irgendwo hinzukommen. Das Phänomen Hamburger Kessel ist ja auch weithin bekannt. Das wurde ja immer wieder mal in der damaligen Eskalationsstrategie der Polizei immer wieder genutzt Menschen einfach einzukesseln. Auch unsere Reaktion war natürlich dementsprechend. Ja wir waren nicht nur wütend – wir waren ohnmächtig wütend. Erst als dann jemand die Leitplanke abgeschraubt hat – was ja für einen deutschen angepassten Staatsbürger eine völlige Unmöglichkeit ist, ein Leitplanke abzuschrauben – da wurde dieser ganzen Wut endlich so ein kleines Ventil geöffnet, dass man sich wieder bewegen kann. Aber

man hat natürlich schon seine erste Erfahrung mit der ganzen Geschichte gemacht und hat so das Gefühl gekriegt, da kommt noch viel mehr auf uns zu.

I: Wie ging es dann weiter? Ihr standet auf der Autobahn, habt die Leitplanken abgeschraubt. Seid ihr dann wieder umgekehrt? Wie seid ihr dann Richtung Bauplatz gekommen?

Z: Ja wie gesagt. Diese Leitplanken, die demontiert wurden, haben dazu geführt, dass selbst die Busse, die Reisebusse umdrehen konnten und alle dann die Autobahn verlassen konnten. Zum Ärger der Polizei natürlich. Weil die da nicht mit gerechnet haben, dass die abgeschraubt werden könnten. Da fing das Versteckspielchen ja schon an, dass man einen Gegner hat und Gleichgesinnte und dass man dieses Feindbild akzeptiert. Die so genannten Bullen in ihren Uniformen und mit ihren Schilden und Wasserwerfern und Hubschraubern auf der einen Seite und die Demonstranten, die relativ machtlos sind auf der anderen Seite. Je mehr Witz und Ideenreichtum da von den Leuten angewendet wurden – dazu gehörten auch diese Motorradkuriere, die dann ganz gut funktioniert haben und dann die Leute über Schleichwege Richtung Kraftwerk geleitet haben – diese Konvois. Das funktionierte schon recht gut. Wenn man bedenkt, dass das völlig spontan ohne große Initiativen, die dahinter standen, stattgefunden hat, fand ich das eigentlich im Nachhinein schon faszinierend, was da noch daraus gemacht wurde.

Wir sind dann – ich weiß nicht mehr die genaue Entfernung – also wir haben einen mehrstündigen Fußmarsch in Eiskälte in Richtung Brokdorf machen müssen, weil wir das Auto dann in irgendeinem kleinem Ort abstellen mussten – (I: Weißt du noch welcher Ort?) – Nein, das weiß ich nicht mehr wie der heißt. Es waren etliche Kilometer. Ich bin mir nicht mehr sicher wie viele es waren. Auf jeden Fall sind wir zwei bis drei Stunden zu Fuß gelaufen. Um 12 Uhr etwa haben wir das Fahrzeug abgestellt und sind dann gegen halb drei in der Marsch gewesen und sind dann von der Landstraße abgegangen, dem Strom der Demonstranten folgend übers Marschland, was schon zertrampelt und matschig war.

I: Ihr hattet euer Auto in einer Ortschaft abgestellt. Hattet ihr Kontakt zur einheimischen Bevölkerung? Welche Reaktionen hat man erlebt von der einheimischen Bevölkerung?

Z: Zu der Zeit als wir da angekommen sind, konnte man eigentlich nicht mehr genau ausmachen, wer zur einheimischen Bevölkerung gehörte und wer nicht. Es gab schon Leute, die am Straßenrand den Leuten zugewinkt haben und Beifall geklatscht haben, dass es so viele waren. Aber dadurch, dass diese ganze Demonstration so chaotisch abgelaufen ist – uns kamen hunderte oder tausende von Leuten schon wieder entgegen, die schon am Bauzaun waren und demotiviert zurück liefen um dann zu ihrem Auto zu kommen, völlig durchgefroren und schlecht ausgerüstet. Einige Demonstranten haben dann auch schon die Lust verloren und sind wieder zurückgegangen und haben ihre Autos aufgesucht und sind dann abgefahren. Also es war schon eine sehr eigenartige Situation. So was hatte ich so noch nicht erlebt.

I: Als ihr über die Wiesen gegangen seid, hattet ihr ständig (Sicht-)Kontakt zur Polizei? Wie würdest du die Situation beschreiben?

Z: Die Polizei war präsent mit Hubschraubern über unseren Köpfen in niedriger Höhe; große Transporthubschrauber, die teilweise minutenlang über dem Demonstrantenzug standen in einer Höhe von höchstens fünfzig Metern und schon ein sehr bedrückendes Gefühl erzeugt haben bei den Leuten. Ängstliche Blicke wanderten ständig nach oben. Man wusste ja gar nicht, was die da vorhaben; ob die da was rauswerfen aus dem Hubschrauber – irgendwelche Gasgranaten oder sonst irgendwas. Ab und zu schlugen Tränengasgranaten neben mir auch persönlich ein, die von kleinen gewaltbereiten Kindern würde ich sagen – die waren zwar verummmt, aber das waren wirklich Kinder – die waren vielleicht 14 Jahre alt oder so – gegriffen wurden und die Richtung Polizei geworfen worden, aber die natürlich auch nicht erreichten, weil das viel zu weit weg war. Die Polizei war sonst hinterm Bauzaun mit einer geschlossenen Kette schilderbewaffneter Beamter, die wie so eine römische Legion da am Bauzaun stand. Hinter diesen Einsatzkräften standen Wasserwerfer bereit. Aber der Bauzaun war noch vorhanden. Wir sind dann in Richtung dieser Anlage gezogen, mussten mehrere Gräben überwinden, die auch relativ breit waren. Man musste dann durch einen gewagten Sprung – in den Gräben war ja

Wasser, was auch schön kalt war in der Zeit, weil es war kaum über null Grad und sehr windig. Wir mussten dann da halt rüber springen und sahen aus als wenn wir gerade eine Schlammschlacht hinter uns hatten. Die Polizei war erstmal nur auf dem Baugelände präsent bis dann so genannte Autonome – ich sage einfach mal Kinder – mit Drahtseilen und Haken diesen Bauzaun versucht haben umzureißen, was den teilweise auch gelungen ist, wonach dann denn eine Hundertschaft das Gelände verließ in Begleitung von Wasserwerfern, die dann in unsere Richtung unterwegs waren. Der Abstand war vielleicht zweihundert Meter schätze ich. Wir zogen uns dann hinter den nächsten Graben zurück und wogten uns in Sicherheit. Wir dachten, Wasserwerfer können ja solche Gräben nicht überwinden und verharren dann da und warteten ab, was passiert. Überraschenderweise konnten die Wasserwerfer Stahlkufen als Brückenleger ausfahren um über diese Marschgräben herüberzusetzen. Das versetzte uns in Panik, so dass wir rannten. Die Wasserwerfer wurden eingesetzt auf die Demonstranten und auf uns. Mich hat der zwar nicht erreicht mit seinem Strahl, aber es war schon sehr bedrohlich. Wir flüchteten zum nächsten Graben und ich versuchte den zu überspringen und landete aber mehr im Graben als auf der anderen Seite. Ich musste mich dann am glitschigen Marschboden nach oben kämpfen um auf die Wiese zu kommen. Viele flüchteten dann in einem heillosen Durcheinander vor der Polizei. Es kam zu einem völlig tollen Phänomen:

aus der nicht endenden anrückenden Demonstrantenkette hatte sich ein Blasorchester gelöst. Das waren Demonstranten mit Trompeten, Tuba, Posaune und allen möglichen Blasinstrumenten. Die öffneten eine Koppel einer Kuhweide und trieben die Kühe mit den laut trötenden Blasinstrumenten vor sich her in Richtung Bullen. Kühe gegen Bullen! Es war ein super tolles Szenario. Die Polizisten rasten in einem heillosen Durcheinander und versuchten den anstürmenden Kühen - wie so eine Stampede - zu entkommen. Die Kühe sind natürlich dann nur bis zum Marschgraben gerannt und drehten wieder um. Aber für uns hat das erstmal so ein mentales Hoch wieder gebracht, dass wir wieder umgedreht sind und wieder zurück, rückten wieder in Richtung Bauzaun. Aber eigentlich hatten wir da schon das Gefühl, dass diese Demo irgendwie ins Leere verläuft. Der Höhepunkt einer Kundgebung oder so was, eine Aussage, die vielleicht über die Medien die anderen Menschen in diesem Land erreichen könnte, war irgendwie nicht zu erwarten, weil da war nix. Da waren nur durcheinander laufende Demonstranten und Polizisten.

I: Hattest du das Gefühl, dass dieses technisch stark überlegende Polizeiaufgebot eine Eskalation zur Folge haben musste? War eine Polarisierung des Feindbildes Demonstrant - Polizist von Seiten der Polizei oder des Staates gewollt?

Z: Die Eskalationsstrategie, die damals noch von Innenministern rechter Parteien durchgezogen wurde, war eigentlich bekannt und war eigentlich auch so zu erwarten. In der Zeit gab es sogar noch Witzeleien über den Staat, dass für jeden Demonstranten mindestens ein Polizist abgestellt werden sollte. Das kam dem ja schon sehr nahe. Die waren zwar in der Minderheit, aber von ihrer Bewaffnung und Ausrüstung den Demonstranten natürlich weit überlegen. Die waren darauf eingeschworen nicht nur von ihren Einsatzleitern, sondern von den Innenministern der jeweiligen Bundesländer auf jeden Fall diese Demonstranten in die Flucht zu schlagen. Es gab da keine Kommunikation oder in irgendeiner Weise eine Deeskalationsstrategie so wie heute. Das hat die ganze Sache total geschürt und auch natürlich Demonstranten angelockt, die Lust auf Randalen hatten.

I: Welche Mittel setzte die Polizei ein, die dir bis dato vielleicht noch unbekannt waren? Was hat dich an dem Einsatz überrascht?

Z: Die Wasserwerfer der neuen Generation – ich kannte nur die alten Wasserwerfer, die auch teilweise in Berlin eingesetzt wurden bei irgendwelchen Demonstrationen. Das waren relativ kleine Fahrzeuge mit relativ schwachen Wasserkanonen. Diese neueren Typs waren so gut ausgerüstet, dass eine Demonstrantin – das konnte ich sogar beobachten – die versuchte einen Wasserwerfer durch Schlammwürfe auf die Scheiben am Weiterfahren zu hindern, so dass der Fahrer nichts mehr sehen konnte – von einer Wasserkanone, die unter dem Fahrzeug angebracht war diese Frau mit hohem Druck einfach wie einen Putzlumpen durch die Gegend schoss und diese arme Frau dann mit Knochenbrüchen und Hematomen am ganzen Körper von Sanitätern und anderen Demonstranten weggetragen wurde und natürlich eine Menge Respekt erzeugte bei den Demonstranten. Weil man sich bei so was überhaupt nicht schützen kann. Bei einem Wasserstrahl, der bis zu 300 bar erzeugen

kann, da bleibt kein Knochen heile. Da konnte man schon sehen, wie der Staat da sich gegen seine eigene Bevölkerung ins Unrecht setzt.

I: Kann man von struktureller Gewalt sprechen?

Z: Das auf jeden Fall. Man bezeichnete das früher sogar als bürgerkriegsähnlichen Zustand. Damals war es der Bundesgrenzschutz, der sich für so etwas hergeben musste. Die hatten teilweise motokrossartige Protektoren unter ihrer Uniform. Die waren ganz gezielt auf Gewaltkonfrontation ausgerüstet mit diesen Sachen. Die hatten Eschenschläger, die auch in der linken Presse detailliert beschrieben wurden. Die haben eine Länge, die weit über die eines Gummiknüppel hinausragen und schwerste Kopfverletzungen erzeugen können, zumal ein Helm bei Demonstranten als passive Bewaffnung galt und auch den Demonstranten zum großen Teil weggenommen wurde. Wenn man mit solchen Gegenständen auf ungeschützte Menschen einschlägt riskiert man einfach, dass man die Leute schwerst verletzt. Und das war natürlich für einen demokratischen Rechtsstaat eine absolute Unmöglichkeit so auf die Bevölkerung loszugehen. Also das war für mich schon bürgerkriegsähnlich. Da hätten sie gleich die Bundeswehr einsetzen können. Debatten in linken Kreisen waren damals auch zu hören, die sagten, es fehlt jetzt eigentlich nur noch, dass Schusswaffen eingesetzt werden. Und wenn der erste Schuss fallen wird, so hieß es damals, haben wir eine andere Republik. Demonstranten also so genannte Chaoten kamen an und zeigten mir Gummigeschosse, die sie in der Marsch gefunden hatten und die auf Demonstranten abgefeuert wurden – auch CS-Gas-Granaten. Man kann das natürlich schwer nachweisen, dass CS-Gas eingesetzt wurde. Aber CS-Gas ist als Reizgas verboten in der Bundesrepublik - war es damals zumindest -, weil es zu starkem Erbrechen führt und sogar zu Herzstillstand führen kann. Man kann es nicht nachweisen, aber der Staat hat schon alle Register gezogen um gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen.

I: Hast du sehen können, dass SEK-Greiftrupps gezielt hinter flüchtenden, unbewaffneten Demonstranten hergelaufen sind um diese zu verprügeln?

Z: Nein. Ich war nicht in irgendeine Scharmützel verstrickt. Das einzige, was ich eben sehen konnte, war diese Wasserwerferaktion. Wir sind dann auch, nachdem dieser Wasserwerfer in Aktion war, haben wir den Rückzug angetreten und sind diesen langen Marsch wieder zurück zum Auto gelatscht. Wir waren völlig kaputt als wir dann endlich am Fahrzeug waren und mussten ja dann noch eine ganze Strecke nach Hause fahren. Aber ich habe solche Auseinandersetzungen nicht gesehen. Ich habe auch nur gelesen, dass es stattgefunden hat. Ich glaube das auch, dass es solche Sondereinsatzkommandos gab, die direkt gezielt sich Leute raus gegriffen haben. Genauso wie es Agents provocateurs gab von der Polizei, die unters Volk gemischt wurden – es war auch nicht die erste Demo, bei der so etwas gemacht wurde – um friedlichen Demonstrationen zumindest einen militanten Touch zu geben. Der Staat hat, wie gesagt, da alle Register gezogen, um nicht nur die Demonstranten in Misskredit zu bringen, sondern auch diese ganze Aktion vor der breiten Öffentlichkeit als chaotischer Haufen von Irren darzustellen. So hat's man dann hinterher ja auch im Fernsehen gesehen. Da greifen sich Fernsehreporter irgendeine Vermummte heraus, die dann „arme Polizisten“ verprügeln, die dann notdürftig zusammen geflickt in irgendeine Krankenhäuser gebracht werden müssen. Das Bild wird dann völlig verzerrt. So wie ich das damals erlebt habe, war es genau umgekehrt. 99 % der Demonstranten waren gewaltfrei und unbewaffnet und 100% der Polizei waren gewalttätig.

I: Welche Mittel haben „Gewaltbereite“ gegen die Polizei eingesetzt?

Z: Die meisten hatten, wenn überhaupt, Feuerwerkskörper oder Sylvesterknaller dabei. Das waren ja auch Kinder. Die haben halt Krieg gespielt. Da kam eine riesige Macht auf die zu und die haben halt Räuber und Gendarme gespielt mit den Polizisten. Die Waffen in Häkchen waren in meinen Augen im schlimmsten Fall Steine, die geworfen wurden, wenn denn Steine vorhanden waren. Aber in der Wilster Marsch sind nicht so viele Steine. Schon gar keine Pflastersteine oder so wie bei anderen Auseinandersetzungen. Schlamm und Grasbüschel, die man werfen kann als Projektil sind ja wirklich eher lächerlich. Steinschleudern wurden teilweise verwendet, die natürlich ein gewisses Gefahrenpotential in sich bürgen. Je nach dem mit was für einem Projektil man da schießt. Das konnte

ich selber aber nicht sehen, dass Leute Steinschleudern benutzt haben oder solche Katapulte. Und eigentlich waren die auch unbewaffnet. Wenn ein Helm schon eine Bewaffnung ist – und das wurde damals ja so dargestellt – eine passive Bewaffnung – dann war das das einzige Mittel und vielleicht eine Gasmasken und bloße Hände.

I: Hast du mitbekommen, dass Molotov-Cocktails eingesetzt wurden?

Z: Nein, natürlich nicht. Ein Wasserwerfer, der mit einem Molotow-Cocktail bearbeitet wird, war mal ein Wasserwerfer mit dem gesamten Inhalt. Das ist nicht passiert. Das hätte auch riesige Wogen geschlagen, wenn jemand einen Wasserwerfer mit Mollies beschmeißt und die Beamten da drinnen verbrennen oder wie auch immer zu Schaden kommen. Das ist nicht der Fall gewesen und das ist auch nicht im Sinne auch nicht mal der autonomen Demonstranten gewesen. Der Konsens unter den Demonstranten war maximal Gewalt gegen Sachen auszuüben, irgendwelche wichtigen Dinge beschädigen, so dass die Staatsmacht da ein Problem kriegt. Aber nur ein Problem logistischer Art, um diese gesamte Aktion zu stören und nicht jemanden so zu verletzen, dass er um Leib und Leben Angst haben muss. Das ist genau das Gegenteil von dem was die Polizei gemacht hat.

I: Welchen Eindruck hattest du von der Medienberichterstattung?

Z: In einschlägigen Medien wie der Bild-Zeitung wurde die Aktion der abgeschraubten Leitplanken am nächsten Tag veröffentlicht oder am Montag darauf veröffentlicht und von Chaoten gesprochen, die die Autobahnen beschädigen und solchen Geschichten. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass ein Kessel stattgefunden hat und die Leute mit illegalen Mitteln praktisch ihrer Freiheit beraubt wurden. Andere Medien haben nur pauschal minutenweise von dieser ganzen Geschichte berichtet. Hintergrundinformationen gab es eigentlich eher nicht warum diese ganze Sache so hoch kocht und eskaliert. Es waren einfach nur kurze Auszüge, Hubschrauber aufnahmen oder eben gezielt in solchen Medien wie der Bild-Zeitung oder rechter Presse wurde von schwarzen Blöcken und solchen Geschichten geschrieben.

I: Wie habt ihr die Demonstration aufgenommen? Habt ihr sie als Niederlage aufgenommen?

Z: Ja die Message blieb eigentlich aus. Die einzige Message, die blieb, [war] wie viele Menschen aktiviert werden können an solchen Widerständen teilzunehmen. Das hat eine unheimliche Faszination ausgelöst, dass es so gigantisch viele waren, die dahin gegangen sind. Leider ist das, wie so oft in der linken Szene, alles sehr schlecht vorbereitet. Aber darin liegt auch der Charme der ganzen Sache, dass es eben nicht gesteuert und von oben herab diktiert wird, was da gemacht wird, wie man zum Beispiel bei IG-Metall-Demonstrationen immer wieder erfährt. Die sind total langweilig und da kommt die Message auch nicht richtig rüber worum es eigentlich geht. Ich war nicht frustriert, auf keinen Fall! Ich habe das Gefühl gehabt, dass die Anti-AKW-Bewegung nicht nur noch lange nicht vorbei ist sondern eigentlich ihrem Höhepunkt zustrebt. Ich kann nicht nachvollziehen, dass irgendjemand behauptet, dass das der Zenit war, der schon überschritten war.

I: Würdest du dem widersprechen, dass Polizeigewalt Protest zerstört?

Z: Ganz im Gegenteil. Die Deeskalationsstrategie, die danach in Gorleben dann endlich angewendet wurde weitestgehend gewaltfrei vorzugehen – allerhöchstens in verdeckten Aktionen sich mit Demonstranten zu beschäftigen in Hähchen – hat eher dazu geführt den Widerstand einschlafen zu lassen. Diese Gewalt eskalieren zu lassen, hat noch mehr Leute auf die Straße gebracht um sich dagegen zu wehren.

I: Hat sich deine Position bis heute verändert? Was hat sich an der Ökologiebewegung verändert?

Z: Die ganze Entwicklung, wenn man die so Revue passieren lässt, dass aus einem losen Haufen Umweltbewegter und Kraftwerksgegner oder Atomgegnern irgendwann etablierte Parteien werden, die sich korrumpieren lassen im Endeffekt und dieser ganzen Szene schaden, kann ich eigentlich nur mit einem weinenden Auge dastehen und zugucken, wie die Atomenergie anscheinend einer

Renaissance entgegenblickt. Man liest jetzt, dass die Franzosen schon wieder ein AKW bauen wollen oder die Finnen bauen eins – mit deutscher Unterstützung natürlich. Anscheinend ist alles vergessen – alle Gefahren, alle Hintergründe, die immer gegen diese Energieform gesprochen haben, sind wie weggewischt, weil reine Kapitalinteressen dagegen stehen. Mittlerweile ist der Widerstand auf die lokale Ebene geschrumpft. Ich kann mir im Moment nicht vorstellen, dass sich eine breite Bevölkerungsschicht noch mal aufrafft um gegen diese Energieform anstürmt. Das macht mich schon traurig.

I: Warum gibt es heute keine Proteste mehr wie in Brokdorf?

Z: Für mich gibt es den Hauptgrund, dass die Linke durch den Fall der Mauer so stark geschädigt wurde, dass es sie quasi nicht mehr gibt. Diese ganze Widerstandsszene, die es bis 1989 gab bis hin zur Friedensbewegung mehr oder weniger in Splittergruppen zerfallen ist und die Menschen heute ganz andere Sorgen und Ängste haben. Ständig wird über materielle Schäden und Einschränkungen der Bevölkerung gesprochen – ob es Rente oder sonst was ist. Die haben ganz andere Sorgen im Moment als ausgerechnet die Stromerzeugung. Das interessiert die nicht. Die meisten Menschen kümmern sich nur um ihre eigenen Belange. Wenn genau vor ihrer Tür so ein Atomkraftwerk gebaut würde, dann werden sie zu Protestlern. Aber wenn das 200 Kilometer weg ist, dann interessiert die das nicht.

## Interview 2

Interview mit der Zeitzeugin Marianne Fritzen; Kolborn, d. 15. August 2006  
Demonstrantin auf der Grossdemonstration in Brokdorf 1981

Interviewer (I): Stellen Sie sich bitte einmal vor. Geben Sie Angaben zu Ihren Personalien.

Zeitzeugin (Z): Mein Name ist Marianne Fritzen. Ich bin Jahrgang 1924, [bin] verheiratet gewesen, Witwe, fünf Kinder, zwei aus erster Ehe dazu, sieben, spielt also keine Rolle und mache hier im Landkreis [(Lüchow-Dannenberg)] seit 1973 Bürgerinitiativenarbeit.

I: An welchen Protesten außer dem in Brokdorf waren Sie beteiligt?

Z: Also ich war vorweg selbstverständlich an den Auseinandersetzungen in Wyhl [beteiligt], ich kannte Grohnde und vor allen Dingen haben wir ja in dem Jahr 1981 bereits hier den Standort Gorleben gehabt mit den Baumfellaaktionen und mit der Räumung der Republik Freies Wendland, der Besetzung der Bohrstelle 1004 1980. Von daher auch meine Erfahrungen auch mit Polizei und so weiter.

I: Wie haben Sie 1981 von der Demonstration in Brokdorf erfahren?

Z: Wir hatten über viele Jahre hinweg bereits Kontakt zu den einzelnen Bürgerinitiativen an den Brennpunkten. Dann war ich natürlich Mitglied im Bundesverband und im Landesverband und von daher war es für uns ganz selbstverständlich, dass wir uns auch in Brokdorf engagieren.

I: Sie sind ja keine Anwohnerin des AKW Brokdorf. Warum haben Sie trotzdem demonstriert?

Z: Ich denke die Zielsetzung, die wir in der Anti-AKW-Bewegung haben ist die gleiche. Ganz gleich ob Süd oder Nord und von daher fühlten wir uns auch verpflichtet unsere Brokdorfer Freunde zu unterstützen.

I: Was waren für Sie einschneidende Erlebnisse und Ereignisse vor 1981 um gegen Kernenergie zu sein?

Z: Ich mache hier seit 1973/74 Arbeit gegen die Atomwirtschaft, gegen die Ziele der Energieversorgungsunternehmen im Hinblick auf [den] Bau von Atomkraftwerken, die hier im Landkreis geplant werden. Dann selbstverständlich ganz verstärkt seit 1977 mit der Benennung von Gorleben als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum.

I: Welche emotionalen Ereignisse können Sie benennen?

Z: Also emotionale Ereignisse waren vor allen Dingen die Erfahrungen, die wir selbst vor Ort gemacht haben bei Demonstrationen. Das waren verhältnismäßig brutale Räumungen. Und nicht zu vergessen: wir hatten ja 1977 [(1979!)] den großen Störfall in Harrisburg.

I: Mit welchen Bewegungen, Initiativen und Organisationen standen Sie in Kontakt?

Z: Wir hatten Verbindung zu den Initiativen Wilster Marsch und vor allen Dingen auch einzeln zu den Bauern, die in der Umgebung wohnen.

I: Sind Sie heute noch engagiert?

Z: Selbstverständlich. Wenn man einmal erstmal anfängt, dann hört man auch nicht mehr auf damit.

I: Was für einen Eindruck hatten Sie, wie die Medien zu Brokdorf 1981 Bericht erstatteten?

Z: Die Medienberichte sind im Grunde genommen immer ziemlich abhängig von der Art und Weise der Aktionen vor Ort und vor allen Dingen sind sie immer abhängig von der jeweiligen staatstragenden Macht. Ob wir eine CDU-Regierung haben oder eventuell eine SPD-Regierung – das ist auch sehr wichtig.

I: Meinen Sie, dass die Medienberichterstattung einseitig verlief?

Z: Die Medienberichterstattungen laufen bis zum heutigen Tag mit wenigen Ausnahmen einseitig. Das wissen wir aus eigener Erfahrung hier. Es gibt noch einen Unterschied zwischen dem gesprochenen Wort – sprich dem Rundfunk und dem Fernsehen. Weil das Fernsehen natürlich auf spektakuläre Bilder angewiesen ist, die man nicht immer liefert und auch nicht liefern will.

I: Es wurde ja viel in den Medien über eine mögliche Eskalation gesprochen. Hat Sie das in Hinsicht auf die Demonstration beeinflusst?

Z: Nein, die hat uns nicht beeinflusst. Sonst wären wir nicht mit etwa drei Bussen dahin gefahren.

I: Hatten Sie den Eindruck, dass sehr viel über eine mögliche Eskalation gesprochen wurde?

Z: Ja selbstverständlich. Ich meine, das sah man ja aus den ganzen Stellungnahmen der Landesregierung und der Presseberichte. Es wurde Gewalt erwartet. Es ist ein großes Demonstrationsverbot im Grunde genommen erlassen worden und ich denke, das ist auch eine Einschränkung von Grundrechten, die wir haben, die man sich nicht ohne weiteres gefallen lassen soll.

I: Befürchteten Sie, dass die Zustände in Brokdorf „wieder“ eskalieren könnten?

Z: Man weiß von vorn herein nie, wie eine solche Aktion ablaufen wird, weil es da doch verschiedene Institutionen und Menschen gibt. Sicher gab es damals Demonstranten, die gerne am Bauzaun gerüttelt hätten. Es ist aber auch sehr unterschiedlich, wie zum Beispiel die Polizei reagiert auf bestimmte Gegebenheiten, die dabei stattfinden.

I: Welche Erwartungen hatten Sie an die Demonstration 1981?

Z: Ich hatte im Grunde genommen keine direkte Erwartung, sondern es ist eine Unterstützungskampagne für die Freunde vor Ort [gewesen] und insofern denke ich, ist das genug.

I: Kann man von einem polarisierten Konflikt sprechen? Gab es vor der Demonstration ein Feindbild, was eingepägt war?

Z: Das Feindbild, was eingepägt war und auch heute zu einem großen Teil noch ist durch unsere Erfahrungen hier, ist einfach die Art und Weise, wie man die Polizeibeamten, die in den Einsatz gehen, vorher vorbereitet. Ich weiß aus den Erfahrungen hier vor Ort aus den ersten Jahren, dass man den Polizeibeamten die brutalsten Bilder aus der Demonstration in Brokdorf gezeigt hat und dadurch heiß gemacht hat: „Das erwartet euch, das kann euch passieren.“ Das ist ganz klar, dass eine Polizei anders reagiert, als wenn sie das Gefühl hätte friedlichen Demonstranten gegenüber zu stehen.

I: Also gehen Sie davon aus, dass das Feindbild in der Führungsetage der Polizei liegt.

Z: Nein. Das liegt wahrscheinlich nicht nur in der Führungsetage der Polizei, sondern das liegt allgemein in den staatstragenden Kräften. Ich meine, wenn Sie einen Ministerpräsident haben, der ja dann letztendlich zuständig ist für einen Polizeieinsatz, der so einen Standort unbedingt durchsetzen will, was ja damals in Brokdorf so gewesen ist, dann wird man selbstverständlich versuchen zu polarisieren.

I: Sagen Sie bitte ganz spezifisch: wer hatte dieses Feindbild zu verantworten?

Z: Ich würde sagen in erster Linie damals der Stoltenberg.

I: Welche Reaktionen gab es aus Ihrem Umfeld, dass Sie sich an der Demonstration beteiligten?

Z: Es gab die Aufforderung an die hiesigen Busunternehmen uns nicht nach Brokdorf zu fahren, also nicht mitzuhelfen. Die sind allerdings im Sande verlaufen, denn der Busunternehmer, mit dem wir gefahren sind, der hat eigentlich etwas sehr schlaues gemacht: Er hatte früh morgens nicht „Sonderfahrt“, wie es üblich ist und dann natürlich auch kennzeichnend für die Polizei, sondern er hatte irgendwas von „Urlaubsfahrt“ oder so [am Bus stehen].

I: Standen Ihre Freunde und Bekannte Ihnen solidarisch bei der Aktion gegenüber?

Z: Ich denke, alle die mit im Bus gefahren sind, waren solidarisch.

I: Und die, die hier geblieben sind?

Z: Ja die konnten aus gewissen Gründen nicht mitfahren. Außerdem ist ja nicht jeder im Landkreis ein Atomkraftgegner. Aber diejenigen, die es ermöglichen konnten, die sind gefahren.

I: Gab es Initiativen oder Organisationen, die die Demonstration in Brokdorf planten und organisierten?

Z: Bei uns gab es keine. Es ist denkbar, dass einzelne Anhänger von unserer Bürgerinitiative, die damals in Hamburg und Umgebung wohnten, da mit organisiert haben. Hier von uns aus gab es lediglich die Vorbereitung zur Teilnahme, Organisation von Bussen und so weiter.

I: Was würden Sie sagen: Hat eine Frau das gleiche Anliegen zu einer solchen Demonstration hinzugehen wie ein Mann?

Z: Ich habe das Gefühl aus langjährigen Erfahrungen, dass Frauen teilweise wesentlich mutiger sind als die Männer und dass Ihnen solch ein Anliegen auch ein persönliches Anliegen ist. Man fährt nicht so irgendwohin um Rabatz zu machen oder so. Das glaube ich, können wir auch bei Frauen sagen.

I: Aber es gibt natürlich auch Augenzeugenaussagen militanter AKW-Gegnerinnen.

Z: Ja, wobei man definieren muss, was „militant“ ist.

I: „Ein Stück Bauzaun mitnehmen“ zum Beispiel. Ist das militant?

Z: Also das nenne ich noch nicht militant. Militant nenne ich im Grunde genommen, dass man sich für eine Sache einsetzt. Sie wollen auf die Frage von „Gewalt ja – Gewalt nein“ hinaus. Auch da müsste man definieren, was Gewalt ist. Das haben wir ja viele Jahre versucht, weil das etwas ist, wo uns der Staat gern hinein drängt und hinein zwingt, dass wir gewalttätig sind. Wir sehen aber auch in den Rechtssprechungen in den jetzt vergangenen dreißig Jahren, dass sich da sehr vieles geändert hat. Straßenblockaden waren ursprünglich ..., also heute sind es nur noch Ordnungswidrigkeiten. Ich komme jetzt nicht auf den Ausdruck. Es hat sich nach Brokdorf, nach dieser ganzen Auseinandersetzung mit Eskalation, mit Gewalt, mit Blockaden auch bei den Gerichten ein Ganzteil verändert. Seit Brokdorf ist zum Beispiel eine Straßenblockade eine Nötigung. Eine Nötigung wird auch nicht so gestraft wie Gewalt.

I: Also war Brokdorf nicht nur für Demonstranten, sondern auch für die Justiz und den Staat ein Signalereignis.

Z: Ich meine, es gab ja damals ziemlich viele Anklagen nach Brokdorf. Jo Leinen war angeklagt, Robert Jungk letztendlich hat auch vor Gericht gestanden und dann auch natürlich AKW-Gegner. Ich

erinnere mich an die zwei Brokdorf-Demonstrationen, die ja schon viel früher gelaufen sind. 1977, wo Pastoren gepredigt haben, die dann auch verfolgt wurden sind sozusagen. Von daher hat sich glaube auch in den Köpfen der Justiz doch einiges geändert.

I: Wie verlief bei Ihnen der 28.2.1981?

Z: Wir sind hier mit etwa drei Bussen weg gefahren um drei Uhr morgens, weil wir auch gewusst haben, dass die Straßen weiträumig gesperrt sind. Wir hatten gehofft, dass wir möglichst weit vorwärts Richtung Brokdorf kommen. Wir haben dann festgestellt im Raum Hamburg ungefähr, dass so gut wie überhaupt nichts mehr geht auf den Straßen. Die Busse, die aus Berlin kamen, wurden ja angehalten und nicht weiter gelassen. Unsere Busse wurden ebenfalls angehalten und wir mussten aussteigen. Die Busse wurden durchsucht. Der Bus, in dem ich mich befand, da kam ein Polizist, der hat mich erkannt – ich habe ihn nicht erkannt – sagte dann nur: „Ach Frau Fritzen, da brauchen wir nicht so genau durchsuchen.“ Er hat dann pro forma unter die Sitze geguckt natürlich, ob irgendwas da ist. Wir sind dann weiter gefahren. Das Schwierige war überhaupt irgendwo anzukommen, weil die Autobahnen waren dicht wie gesagt. Wir hatten nicht einmal die Möglichkeit unser kleines Geschäftchen zu machen und haben sehr weit außerhalb der Wilster Marsch anhalten müssen und haben dann versucht in kleinen Gruppen oder auch als Einzelgänger uns bis nach Brokdorf durchzuschlagen, was uns eigentlich auch nicht gelungen ist. Wir waren aber den ganzen Tag auf den Beinen. Ich weiß nicht, wie viele Kilometer ich an diesem tag gelaufen bin. Wir haben dann abends in der Dunkelheit eine kleine Gruppe [getroffen] und auch unseren Bus nicht mehr gefunden, sind in einem anderen Dorf gelandet, mussten wieder zurück quasi schon halb auf den Knien laufend.

I: Konnten Sie Gewalt bei dieser Demonstration beobachten?

Z: Nein, ich habe keine Gewalt beobachtet, weil ich nicht bis an den Bauzaun gekommen bin. Ich habe noch gesehen, wie Jo Leinen auf den Container [geklettert] ist und versucht vorher mit der Polizei zu verhandeln, was ihm ja sehr übel genommen wurde und dadurch noch versucht hat Demonstranten weiter zu bekommen.

I: Wie beurteilen Sie den Gewalteinsatz auf der Demonstration? Ist der Ihnen bekannt?

Z: Also ich weiß jetzt nicht worauf Sie anspielen. Ich habe sehr vieles im Nachhinein aus der Presse erfahren.

I: Es wurden nach Demonstrantenberichten neue Wasserwerfer mit höherer Druckleistung und Gummigeschosse eingesetzt. Glauben Sie, dass das stimmt? Wie beurteilen Sie den Einsatz dieser technischen Mittel?

Z: Ja, ich bin davon überzeugt, dass das stimmt. Denn die Erfahrungen haben wir ja auch hier in Gorleben gemacht und machen wir jedes Jahr wieder. Man muss sich nur mal Bilder angucken von der Polizei aus der Brokdorf-Zeit oder von 1980 – also die ganze Ausrüstung – und dann mal sehen, wie die Ausrüstung heute ist. Unsere Polizisten sind ja heute beinahe Marsmenschen, wenn sie hier ankommen in ihrer ganzen Montur. Dass die Wasserwerfer mit einem stärkeren Druck auf die Demonstranten abgefeuert werden, ist uns auch klar, haben wir auch schon zu spüren bekommen. Tränengas hat es auch hier schon gegeben – nicht nur aus den Flugzeugen. Ich habe also den Einsatz der Flugzeuge mit Tränengas in Brokdorf 1977 oder 1978 – ich weiß nicht mehr, bei welcher Demonstration es war – miterlebt. Also auch die Wasserwerfer. Allerdings – ich bin selbst nicht davon getroffen worden.

I: Von Demonstrantenseite aus wurden Molotow-Cocktails und Präzisionsschleudern eingesetzt. Wie sehen Sie diesen Gewalteinsatz?

Z: Ich war an dem Gewalteinsatz nicht beteiligt. Ich habe ihn auch nicht gesehen. Ich weiß aber aus eigener Erfahrung, dass bei solchen Demonstrationen ganz gezielt Agents Provocateurs eingesetzt werden. Wir haben das in Gorleben x-mal erlebt. Nicht nur von Demonstranten, die üble Nachreden

führen gegen solche Leute, sondern es ist dokumentiert auch von Seiten der Pastoren hier im Landkreis, die das beobachtet haben. Ich selbst habe es erlebt 1980 bei einer Demonstration in Gorleben, wo Agents Provocateurs mit untergemischt wurden. Also von daher bin ich sehr zurückhaltend, dass Molotow-Cocktails geworfen werden. Das nehme ich hin, ich habe es nicht gesehen, aber ich kann es mir durchaus vorstellen.

I: Kann man sagen, dass beide Seiten – Polizisten und Demonstranten – gefährliche Gewaltmittel eingesetzt haben?

Z: Man muss immer Ursache und Wirkung gegenüber stellen. Ich weigere mich eigentlich davon auszugehen, dass die Demonstranten die Bösen sind. Ich weigere mich aber genauso, dass die Polizei immer der böse Bube ist. Das kommt immer auf die Situation an in der man sich befindet. Ich glaube, ich selbst mit meiner Gewaltfreiheit seit 30 Jahren, könnte mir durchaus vorstellen, dass ich in einer gewissen Situation auch einmal ausholen könnte.

I: Ist „Gewalt gegen Sachen“ in irgendeiner Weise legitim?

Z: Das ist ja wieder die alte Gewaltdiskussion, die man mir ja nun jahrzehntelang aufgedrängt hat, wozu ich auch nicht sehr viel antworten will. Ich antworte hier nur mit einer Aussage des ehemaligen BBU-Vorsitzenden Wüstenhagen bei einem Kolloquium mit der Polizei, der der Auffassung war – es war kurz vor Grohnde – dass das Schnippeln an einem Zaun keine Gewalt sei. Worauf wir hier vor Ort ganz großen Wert legen: Es darf auf keinen Fall Gewalt gegen Personen geben.

I: Gab es polizeiliche Maßnahmen in Brokdorf 1981, die bis dato unbekannt waren?

Z: Wie gesagt, ich habe nicht viel beobachten können, weil ich gar nicht an den Brennpunkt herangekommen bin.

I: Die Polizei versuchte die Busse, mit denen Sie mitgefahren sind, frühzeitig „aus dem Verkehr zu ziehen“. War eine solche Maßnahme neu?

Z: Das war angekündigt gewesen von der Landesregierung. Insofern waren wir darauf gefasst, dass wir weit laufen müssen.

I: Aber das ist vorher so noch nicht passiert.

Z: Ich weiß nicht, wie weit vorher das Demonstrationsverbot ging. Ich weiß, dass man bei uns hier im Landkreis vor jedem Castor-Transport ebenfalls sehr, sehr weiträumige Demonstrationsverbote erlässt. Die Bürgerinitiative hat zurzeit eine Klage laufen vor dem Bundesverfassungsgericht um zu klären, ob diese weiten Demonstrationsverbote überhaupt noch legitim sind.

I: Wie entwickelte sich die Polizeistrategie bis heute?

Z: Ich denke die Strategie der Polizei hat sich nicht groß geändert. Geändert haben sich die Mittel, mit denen vorgegangen wird. Zum Beispiel Tränengas, was damals selbstverständlich war in Brokdorf, dürfte eigentlich nicht eingesetzt werden – wird zwar noch vereinzelt eingesetzt. Was sich geändert hat, ist natürlich die gesamte Ausrüstung der Polizei, des Polizeiapparates – immer in Hinblick auf die Demonstranten. Ich meine, wir gehen immer noch ohne Helm hinaus, ohne Schutz und so weiter. Wir sind also nur mit unserem Körper präsent. Was sich geändert hat vielleicht bei der Polizei – ich sage bei einigen Polizisten – das ist auch ein Anliegen, was Demonstranten haben. Wir wissen hier vor Ort aus vielen Gesprächen, dass es doch einen Teil Polizisten gibt, die lieber auf unserer Seite stehen würden statt unser Feind sozusagen zu sein.

I: Kann man von einer Eskalation sprechen bei dieser Demonstration?

Z: Kann ich nicht beurteilen. Die Medien sind darauf angewiesen für ihr Publikum Bilder zu bringen. Friede, Freude wird keinem vom Hocker reißen. Viel wichtiger ist eben die Leute auch da zu manipulieren. Auch ich weiß aus eigener Erfahrung mit den Fernsehmedien, mit Redakteuren, die wir im Laufe der Jahre auch sehr, sehr gut kennen, auch persönlich kennen, dass sie nicht drehen dürfen, wenn keine Gewalt entsteht. Deswegen [gibt es] auch eine wesentlich geringere Medienpräsenz nach irgendwelchen Veranstaltungen.

I: Was hatten Frauen für Vorteile oder Nachteile gegenüber den männlichen Demonstranten und Polizisten, die ja allesamt damals noch männlich waren?

Z: Ja, heute gibt es ja auch Mädchen dabei, in der Tat. Die ärmsten tun mir leid. Die können sich auch nicht an den nächsten Baum stellen. So ähnlich, würde ich sagen, ging es uns. Also, wo ich die Männer am meisten beneidet habe, ist, dass sie ihr kleines Geschäftchen in jedem Straßengraben machen konnten. Heute würde sich das, glaube ich, auch ändern. Heute haben wir wahrscheinlich eine bestimmte Scheu abgelegt, weil wir uns doch nicht getraut hätten, uns direkt in den Straßengraben zu setzen, wenn so viele Männer vorbeigehen.

I: Wie wurden Sie als Frau von männlichen Demonstranten und Polizisten behandelt? Haben Sie dort Unterschiede gespürt oder wurde man gleichwertig behandelt?

Z: Also ich denke schon, dass man da gleichwertig behandelt wird, wenn man in den Auseinandersetzungen ist. Ich würde heute mit meinen 82 Jahren sagen, dass schon ein Unterschied besteht, ob ein Polizist ein 18-jähriges Mädchen vor sich hat oder ob ein Polizist eine 80-jährige Frau vor sich hat.

I: Könnte eine ähnliche Demonstration mit ähnlich vielen Teilnehmern sich in unmittelbarer Zukunft wieder ereignen?

Z: Ich glaube es nicht. Ich würde es mir eigentlich wünschen. Und zwar wünschen dahingehend, dass wir ja letztendlich alle wissen und aufgeklärt sein könnten, welche Gefahren die Verwendung von Atomenergie mit sich bringen. Wir sind ja jetzt in Schweden wieder einmal an einem GAU knapp vorbeigerutscht. Leider Gottes muss ich sagen, das Gros der Bevölkerung lebt in den Tag hinein. Was mich ganz besonders im Grunde genommen auch emotional sehr betrübt, ist, wenn ich feststelle, wie viel Geld ausgegeben wird um in Fußballstadien zu gehen, also, dass jetzt auch bei der Weltmeisterschaft bis über 1000 Euro ausgegeben wurden, dass die Stadien voll sind. Ich habe nichts gegen Fußball. Ich habe selbst Fußball geguckt. Aber wenn ich dann feststelle - im Vergleich - wie wenig Leute eigentlich für ihre Zukunft etwas tun.

I: Welche Gründe könnte das haben, dass das Interesse an Themen wie der Risiken in der Atomkraft nachgelassen hat?

Z: Ich denke da ist eine gewisse Gleichgültigkeit vorhanden. Der Strom kommt ja noch aus der Steckdose. Woher der Strom kommt, ist letztendlich für das Gros der Bevölkerung auch irrelevant. Leider Gottes muss ich sagen: Tschernobyl hat nicht allzu lange vorgehalten. Die Nachrichten werden auch unterdrückt. Wenn selbst eine Kanzlerin Merkel von 400 Todesfällen spricht – man weiß, dass es über 500000 gewesen sind – dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Gros der Bevölkerung da gleichgültig ist. Die haben wahrscheinlich ganz andere Sorgen.

### Interview 3

Interview des Zeitzeugen Herbert Klein; Bad Bramstedt, d. 13. August 2006  
Eingesetzter Berufshubschrauberführer auf der Großdemonstration in Brokdorf 1981

Interviewer (I): Stellen Sie sich bitte einmal vor. Geben Sie Angaben zu Ihren Personalien.

Zeitzeuge (Z): Ja mein Name ist Herbert Klein. Ich bin pensioniert. Bin 1957 im Bundesgrenzschutz eingetreten. Ich habe die Funktion des Gruppenführers durchlaufen und mich dann für die Fliegerei entschlossen. Am 1.12. begann meine Ausbildung – 1960. Sie dauerte 1/1/2 Jahre. Danach ging ich als ausgebildeter Berufshubschrauberführer in den Einsatz in eine Einsatzstaffel in Braunschweig, die im Februar 1962 aufgestellt wurde. Der erste Einsatz damals war gleich die Flutwasserkatastrophe Hamburg, wo wir mit mehreren Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes tätig wurden. Dann wurde ich der Fliegerstaffel „Küste“ zugeteilt, die in Hartenholm waren. Von dort aus waren wir dann an vielen Aktionen bei Demonstrationen und besonders bei Brokdorf eingesetzt worden und auch tätig.

I: Wurden Sie gezielt auf Großeinsätze wie dem in Brokdorf ausgebildet?

Z: Unsere Ausbildung, die bezog sich nicht nur auf das Fliegen sondern natürlich auch den Polizeiführer oder andere mitfliegende Personen Tipps zu geben, sie zu unterstützen oder auch schon mal einen Rat geben, wo man Kräfte [hatte] und wie man sie einsetzen kann, weil man eben auch taktisch geschult war durch die entsprechenden Lehrgänge.

I: Wie wurden Sie auf Einsätze wie dem in Brokdorf durch Ihre Vorgesetzten vorbereitet? Wie wurden Sie eingewiesen?

Z: Es finden vor jedem Einsatz Zusammenkünfte statt. Dann werden die Vorergebnisse taktisch ausgewertet und das fliegende Personal in diesem Falle ganz klar auf die Anmarschwege, auf die Personen, die dort zu erwarten sind, was im Vorfeld erkundet wurde, welche Gewaltbereitschaft dort entstehen könnte, wo die Brennpunkte sind bei diesen Einsätzen und speziell was dann auf die Fliegerei, die luftmobile Kräfte heranfliegen kann besonders zukommt.

I: In welche Strategien waren Sie als BGS-Pilot eingebunden?

Z: Bei diesen Demonstrationen übernimmt die Fliegerei einmal die Luftaufklärung; dann Mobilkräfte bereitzuhalten, wo Brennpunkte entstehen, wo vielleicht Straßensperren errichtet wurden, damit dort Kräfte unmittelbar vor Ort abgesetzt werden können. Grundsätzlich vor jedem Einsatz wird man „gebrieft“ in die Verhältnisse, das heißt in die Lagen eingewiesen. Bei Lagenänderungen sofort wurden Befehlsausgaben gemacht – eine neue Information – so dass wir ständig taktisch gut geschult waren und auch noch auf dem Laufenden [waren].

I: Kann man Entwicklungen der Polizeistrategien von den 70ern bis heute erkennen? Verläuft heute ein Hubschraubereinsatz anders?

Z: Man hat festgestellt, dass man ohne Hubschrauber bei diesen Demonstrationen nicht mehr auskommt – einmal um die Luftaufklärung sicherzustellen per Kamera und Videoaufzeichnung, dann natürlich Kräfte bereitzuhalten, die mobil an allen Schwerpunkten oder Brennpunkten eingesetzt werden, insbesondere die Spezialeinsatzkommandos, die bei kritischen Lagen dann eben herangeführt werden – luftverlastet.

I: Können Sie sich erinnern wie die Medien damals zu diesem Thema Brokdorf berichteten?

Z: Es ist keine einfache Frage. Ich kann nur meine Meinung äußern. Ich sage mal [bei der] ersten Demonstration, da war es eine gewisse Einseitigkeit von den Medien als man erkannte, dass viele Polizeikräfte dort Schaden genommen hatten, wurde dann doch ich sage bei diesem Einsatz [(Brokdorf 1981)] recht fair berichtet auf beiden Seiten und von den Einsatzmitteln. Man muss immer darüber

denken: Bei polizeilichen Einsätzen gibt es gewisse Gesetzmäßigkeiten, das heißt Verhältnismäßigkeit, so dass eigentlich dort auch kein Anlass bestand [für] eine einseitige Berichterstattung von der Presse.

I: Von den Medien wurde von den Medien berichtet, dass es zu einer Gewalteskalation kommen könnte. Hatte die Medienberichterstattung Einfluss auf Ihre Tätigkeit als Polizeibeamter – besonders im Einsatz?

Z: Also ich muss sagen, die Medien haben mit Sicherheit nicht alle Kenntnisse, die man als Polizeibeamter [hat], die man natürlich auch aus Internas bekommt. So, muss ich sagen, haben wir uns an den Erkenntnissen oder den Angaben der Medien uns kaum hochgeschaukelt, sondern ich glaube, wir waren im Wissen denen immer ein wenig voraus.

I: Waren Sie persönlich und beruflich auf eine mögliche Eskalation bei dieser Demonstration vorbereitet?

Z: Grundsätzlich ist es so: Bei fliegerischen Einsätzen – ob im Rettungsdienst – man ist immer auf eine Änderung der Lage, sage ich mal, vorbereitet. Bei den Brokdorf-Einsätzen, speziell bei dem zweiten, waren wir sehr gut informiert über die Personen, die dort erschienen. Im Vorfeld wurde gut observiert, dass wir wussten, diese Gewaltbereitschaft, wie im ersten Einsatz war dort kaum zu erwarten.

I: Warum war die Gewaltbereitschaft kaum zu erwarten?

Z: Ich denke mal, weil eine gewisse Aufklärung bei den Bürgern stattgefunden hatte, dass die Mittel der nackten Gewalt, wie sie im ersten Einsatz stattfand, auch nicht rechtens sind und auf der anderen Seite der Polizeibeamte auch nur seine Pflicht erfüllt. Wenn dann hätte man das politisch alles ein bisschen anders aufarbeiten müssen.

I: Die Schuld liegt also bei der Politik.

Z: Von Schuld kann man nicht sprechen. Aber die Politik hätte vielleicht die ganze Atomkraft anders verkaufen müssen.

I: Wie gingen Sie persönlich mit einer möglichen Eskalation um? Fühlten Sie sich während des Brokdorf-Einsatzes sicher oder hatten Sie Befürchtungen, dass der Einsatz außer Kontrolle geraten könnte?

Z: Also erstmal muss man sagen: Man ist mobil. Wenn es zu kritisch wird, kann man wegfliegen. Auf der anderen Seite waren genügend Reservekräfte angesetzt. Ich sage mal, bei einer zu erwartenden Eskalation, die Aufklärung im Vorfeld war so, dass man auch jede Störung oder jedes Anzeichen wahrnahm und gleich Maßnahmen getroffen hatte um das im Keim zu ersticken. Im Grunde genommen muss ich sagen, die Lage war im Griff.

I: Es wurden über 10000 Beamte eingesetzt bei dieser Demonstration. War das Polizeiaufgebot angemessen?

Z: Erstmal muss ich sagen, beim ersten Brokdorf-Einsatz waren es zu wenige Einsatzkräfte. Von einer Überpräsenz kann man nicht sprechen. Aber es wurden eben die Kräfte in Reserve gehalten und ich glaube diese Zahl hat natürlich auch gewaltbereite Demonstranten erheblich abgeschreckt, so dass dann am Ende – wenn man das Fazit zieht – doch alles gut gelaufen ist.

I: In einem Zeugenbericht eines Polizisten wurde davon gesprochen, dass deren Vorgesetzte sie heiß gemacht hätten, indem sie den Beamten erzählten, dass kurz vor dem Einsatz in ein Munitionsdepot eingebrochen worden sei. Dort wären Panzerfäuste und Handgranaten entwendet worden. Haben Sie davon gehört?

Z: Das kann ich nicht sagen. Habe ich nicht gehört. Das kann ich mir auch nicht vorstellen.

I: Haben Sie den Eindruck, dass es zu einer Eskalation hätte kommen können? Mit was hat man gerechnet vor dem Einsatz?

Z: Ich sage noch mal: Die Aufklärung im Vorfeld oder bei solchen Großdemonstrationen wird observiert, Personen werden schon frühzeitig observiert, ob sie sich bewegen, ob sie sich eben im Einsatzraum in Gruppen bewegen, einzeln bewegen. So hatte die Polizei oder die taktische Führung immer einen Überblick, was dort passieren kann und ich sage, sie hatte immer die Lage gut im Griff.

I: Was können Sie zu den technischen Mitteln der Polizei bei dem Brokdorf-Einsatz berichten? Gab es moderne Einsatzmittel, die so noch nicht eingesetzt wurden?

Z: Nein es wurden die gleichen Einsatzmittel wie vorher verwendet. Nur etwas in größerer Präsenz. Denn man hatte daraus gelernt, dass beim ersten Einsatz vielleicht der Kräfteinsatz etwas zu gering war. Aber dafür war er im zweiten Einsatz recht stark angesetzt.

I: Einige Polizeibeamte sprachen davon, dass neuere Wasserwerfer am Bauzaun eingesetzt wurden. Haben Sie davon etwas mitbekommen?

Z: Kann ich nichts zu sagen. Vielleicht haben sie einen höheren Druck entwickelt, dass man mit dem Wasserstrahl jetzt jemanden umschmeißen kann. Ich gehe davon aus, dass die mit Sicherheit etwas verbessert wurden, aber da lag kein großer Schwerpunkt.

I: Beschreiben Sie bitte wie Ihr Einsatz in Brokdorf am 28.2.1981 von Anfang bis Ende verlief.

Z: Am Tag vor dem Einsatz wurden wir nach Itzehoe verlegt mit mehreren Hubschraubern und waren dann nach Einweisung in die Lagen, in die zu erwartenden Auseinandersetzungen dort in Bereitschaft um eben luftverlastet mobile Kräfte an Brennpunkte zu bringen. So gesehen waren wir jeder Zeit in der Lage Tag und Nacht zu starten und Kräfte dort vor Ort zu bringen.

I: Wie fing der 28.2. für Sie an?

Z: Einweisung in die Gesamtlage, die Störung oder die Kräfte, die sich auf den Autobahnen bewegten, auf den Bundesstraßen, welche Personen dort erschienen sind, wo sich eventuell was entwickeln könnte. Man nennt das „ständig in der Lage leben“ und so wurden wir ständig gut informiert, aufgeklärt und auf dem neuesten Stand gehalten.

I: Konnten Sie Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten erkennen? Wie verliefen die?

Z: Nein, wir hatten zwar Rundfunkgeräte. Aber ansonsten wurden wir nur informiert, wenn sich die Lage verändert hatte. Aber am Beginn des Brokdorf-Einsatzes waren keine großen Störungen zu erwarten. Die Vorkontrollen auf den Autobahnen und den Bundesstraßen waren im Vorfeld schon so dicht gefächert, dass so nichts zu erwarten war.

I: Die Hubschrauber wurden ja gezielt dafür eingesetzt um so genannte „Tiefflüge“ zu starten, um Demonstranten in bestimmte Richtungen zu treiben, damit Polizeibeamte am Boden die besser festnehmen konnten. Waren Sie an so etwas beteiligt?

Z: Das entspricht nicht den Tatsachen. Das muss ich in Abrede stellen. Es kann sein, wenn jetzt Kräfte abgesetzt wurden, dann muss man natürlich landen mit sechs, sieben Hubschraubern und dass dann Abstrahl ist, wenn man auf die Wiese geht und vielleicht da ein Demonstrant noch liegt – das kann passieren. Aber bewusst und vorsätzlich ist da nichts passiert.

I: Wissen Sie noch heute, wo Sie Beamte abgesetzt sind und welche Flüge Sie geflogen sind?

Z: Ich würde sagen, das ist zu unüberschaubar. Da müsste man die Brennpunkte anschauen, wo eben Kräfte gebraucht wurden. Meistens auf freien Wiesen, so dass die Kräfte immer noch 600-700 Meter zurückzulegen hatten und eben auf die friedlichen Demonstranten auch Rücksicht zu nehmen, damit keine Beeinträchtigung für Leib und Leben entstand.

I: Haben Sie zwischen Demonstrantengruppen differenziert? Wie wurde diese Demonstrantenmenge von polizeilicher Seite aufgenommen?

Z: Die taktische Führung war immer in der Lage zu wissen, das sind friedliche Demonstranten, hier könnte sich etwas zusammenballen. Nach diesen Erkenntnissen werden dann die taktischen Maßnahmen getroffen.

I: Also wurden keine Gruppen aus der Demonstrantenmenge herausgenommen, die ein Gefahrenpotential als Gruppe selbst darstellen konnten?

Z: Die haben meistens keinen Gruppencharakter sondern haben sich wahrscheinlich unter die Demonstranten gemischt und [es hätte zu] einer so genannten Rudelbildung [führen können]. Wenn die erkannt wurde, wurde die natürlich anders angegangen, als wenn das friedliche Personen gewesen wären. Ich muss dazu sagen: Es wurde schon die Würde des Menschen und das Demonstrationsrecht immer anerkannt, wenn sich die Demonstranten friedlich verhalten haben.

I: Wurde 1981 von polizeilicher Seite noch von einer Massenbildung, der Bildung einer so genannten „akuten Masse“ ausgegangen?

Z: Den Begriff höre ich das erste Mal. Das kann man vielleicht „akute Störer“ oder „akute Störaktionen“ beschreiben. Aber erstens sind das Menschen und keine Masse sondern „akute Störer“. So würde ich das eher sehen. Der Bundesgrenzschutz hatte ja mal einen anderen Charakter. Zu dem Zeitpunkt war schon der Bundesgrenzschutz und die Polizei schon so eingestellt, dass eben diese Kräfte mit Sicherheit herausgefiltert wurden, aber mit ganz normalen polizeilichen Mitteln, indem man einen Greiftrupp aufstellte, der dann den Rädelsführer kompakt aus dieser Masse herausholte mit der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

I: Also ging man auch davon aus, dass es Rädelsführer gab?

Z: Rädelsführer gibt es bei solchen Demonstrationen immer und sie waren auch da. Nur man muss sie erkennen. Die sind ja nicht dumm. Die tarnen sich, die sind ganz still bis die Aktion beginnt. Man kann nicht sagen: der hat eine Mütze auf – der ist ein Rädelsführer. Sondern Rädelsführer erkennt man wie gesagt sehr, sehr schwierig und nur bei akuten Situationen.

I: Aus welchem Umfeld glaubte die Polizei kämen diese Rädelsführer?

Z: Ganz schwierig zu sagen. Können Chaoten gewesen sein. Ich möchte bei der zweiten Demonstration das politisch nicht so hoch ansiedeln. Das sind mit Sicherheit auch Leute gewesen, [die] Randalen oder Wiedergutmachung für den ersten Einsatz [wollten] oder weiß ich was. Aber das kann ich da so nicht rein denken.

I: Definieren Sie bitte den Begriff „Chaoten“.

Z: Ein Chaot ist ein Mensch, der sich an das Grundrecht, das heißt an die Grundrechte, Freiheitsrechte nicht hält und dem anderen sie auch nicht zuspricht. Das ist der Chaot. Wenn ich das politisch ausdrücken will: der Demokratie eben vernichten möchte – das ist der Chaot.

I: Kann man von einem polarisierten Konflikt sprechen? Gab es ein gezieltes Feindbild? Wenn ja, wer ist dafür verantwortlich zu machen?

Z: Ich muss sagen, bei dem Einsatz habe ich keine gezielte Führung gesehen, auch nicht erkennen können. Es waren immer bestimmte Gruppen, die aus Städten kamen oder von Universitäten, wo sie sich zusammengestellt haben. Aber grundsätzlich hatte diese Demonstration einen ganz anderen Charakter wie bei der ersten. Da konnte man diese Symptome [(gezielte Führung etc.)] entdecken. Aber hier ist es so gelaufen, dass man davon ausgegangen ist, [dass] die Masse friedlich [war] oder fast alle. Und da die Masse friedlich war, konnte man das kaum so drehen, dass man die Masse auf die negative Seite ziehen konnte.

I: Die Schaltzentrale des Klärwerks vor Ort wurde von so genannten Autonomen mit Molotow-Cocktails angegriffen. Konnten Sie das beobachten? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden dort nach ihrem Wissen ergriffen?

Z: Wir hatten das mitbekommen durch Aufklärung, dass die Lage sich dort veränderte und zuspitzen würde. Wir wurden dann in Bereitschaft gestellt mit Hubschraubern, dass die Kräfte schon aufgesessen hatten. Aber die Kräfte vor Ort hatten die Lage im Griff, so dass die Spezialeinsatzkräfte dort luftverlastet nicht hingebacht werden brauchten.

I: Außerdem berichteten die Medien auch von einer „Geiselnahme“ eines Polizisten. Können Sie sich noch an das Foto mit dem Polizisten erinnern, der von drei Demonstranten angegriffen wird?

Z: Das ist mir nur aus der Presse bekannt. Als der im Graben liegt – ich sehe das Bild auch noch, als sie mit dem Spaten auf ihn einschlagen wollen – natürlich nicht nur in der Presse wahrgenommen. Aber das ist Fakt, dass das so geschehen ist.

I: Wie berührt Sie das persönlich als Polizeibeamter?

Z: Ja.. ich sage, das sind Chaoten. Das ging schon allen Polizeibeamten, denke ich mal, sehr, sehr nahe.

I: Wie fühlten sich die Polizeibeamten angesichts dieser Vorfälle? Wie fühlte man sich in der zahlenmäßigen Unterlegenheit „10000 zu 100000“?

Z: Diese Zahlen sagen meines Erachtens gar nichts aus. Wenn da 100000 Friedliche stehen, braucht man nur 10 Polizeibeamte hinstellen. Das muss immer ein Verhältnis sein auf die zu erwartende Gewalt. Das Verhältnis, in dem Fall 10 zu 1, ein Zehntel Polizeibeamter sagt nichts über Stärke oder Schwäche aus, sondern entscheidend ist, welche Gewalt dort zu erwarten ist oder nicht zu erwarten ist. Danach ist eben die Proportion zu besehen. So war das schon ausgewogen und die Kräfte hatten die Lage gut im Griff.

I: Konnten Sie und können Sie heute nachvollziehen, warum damals demonstriert wurde?

Z: Ich habe mir ein Bild daraus gemacht, dass dort die Schuld der Politik – die Aufklärung als solches – sage ich mal – war nicht gut. Auch die Bürger vor Ort, die wurden eigentlich damit konfrontiert auf einmal, dass sie ein Atomkraftwerk bekommen. Also da hat die politische Schiene, möchte ich sagen, mächtig versagt – ob auf Bundesebene und auch vielleicht auf kommunaler Ebene. Da hätte mehr Aufklärung betrieben werden müssen - über die Sicherheit, über die Risiken von Atomkraft – das war mit Sicherheit erheblich vernachlässigt worden.

I: In den Medien 1981 wurde die Polizei oft als „Prügelknabe der Nation“ bezeichnet. Wie haben Sie das aufgenommen?

Z: Also ich habe ja eben klar gemacht, dass die Politik dort in der Schuld geblieben ist. Mann kann davon sprechen, dass da was Wahres dran ist. Der Polizeibeamte vor Ort musste dieses schon ein wenig ausbaden, dass dieses Gewaltpotential dort durch Nicht-Aufklärung entstanden ist. Das kann man sagen.

I: Wie stehen Sie selber zum Thema Atomkraft?

Z: Schwierig. Ohne geht's nicht, sage ich mal. Wenn sie abgelaufen sind [(die Atomkraftwerke)], dann brauchen wir keine neue Atomenergie.

I: War Thema Atomkraft innerhalb der Polizeikreise ein Thema, das diskutiert wurde?

Z: Kaum. Denn die Aufklärung durch die Energieerzeuger, durch die Politik ist damals nicht so intensiv betrieben worden. Das Schwierige war, dass der Polizeibeamte erkennen konnte, [dass] dort ein Gewaltpotential entstanden durch mangelnde Aufklärung der Politik.

I: Wie bewerten Sie den Einsatz heute? Würden Sie ihn kritisieren? War der Einsatz effektiv? Was hat sich bis heute verändert?

Z: Also ich würde sagen, diese Massen kriegt man heute nicht mehr auf die Straße, weil sie lieber vorm Fernseher sitzen oder faul sind oder auch sich nicht mehr bewegen wollen. Ich bin der Meinung, diese Massen kriegt man nur auf die Straße, wenn der Einzelne nicht das bekommt, was er bekommen möchte. Ansonsten gehe ich davon aus, Hunderttausend wird man nicht mehr sehen auf den Straßen und ich sage mal die Führungskräfte haben damals diese Ereignisse gut durchgearbeitet, so dass sie genau wissen, welche Ansätze sie zu treffen haben. Mit Sicherheit haben sie daraus gelernt. Die Mittel werden immer nur so angesetzt, dass es nicht eskalieren kann - auf beiden Seiten. Die Verhältnismäßigkeit ist ein wichtiger Grundsatz und ich denke, das wir eingehalten.

I: Warum kamen 1981 hunderttausend Menschen zu dieser Demonstration?

Z: Das ist eine gute Frage. Ich wäre lieber zum Angeln gegangen oder sonst wohin oder zum Sport. Ich sage, das ist mangels politischer Aufklärung, dass die Angst vor der Gefahr von Atomkraftwerken berechtigt war. Die waren sehr hoch [(die Ängste)] und teilweise auch berechtigt.

I: Es gab keine Fehler, die die Polizei bei diesem Einsatz gemacht hat?

Z: Das kann man so nicht sagen. Fehler werden immer gemacht, wo was gemacht wird. Aber ich sage mal keine gravierenden Fehler, weil große Schäden an Einzelpersonen und Verletzungen nicht entstanden sind. Mit Sicherheit der eine Vorfall. Aber ansonsten wurden viele Demonstranten nicht verletzt und bei den Polizeibeamten sah es mit Sicherheit so aus, dass fast alle ohne Schaden dann auch wieder nach dem Einsatz zurückgekehrt sind.

I: Von Seiten der Demonstranten wurde von Eskalationsstrategie gesprochen. Wie stehen Sie dazu?

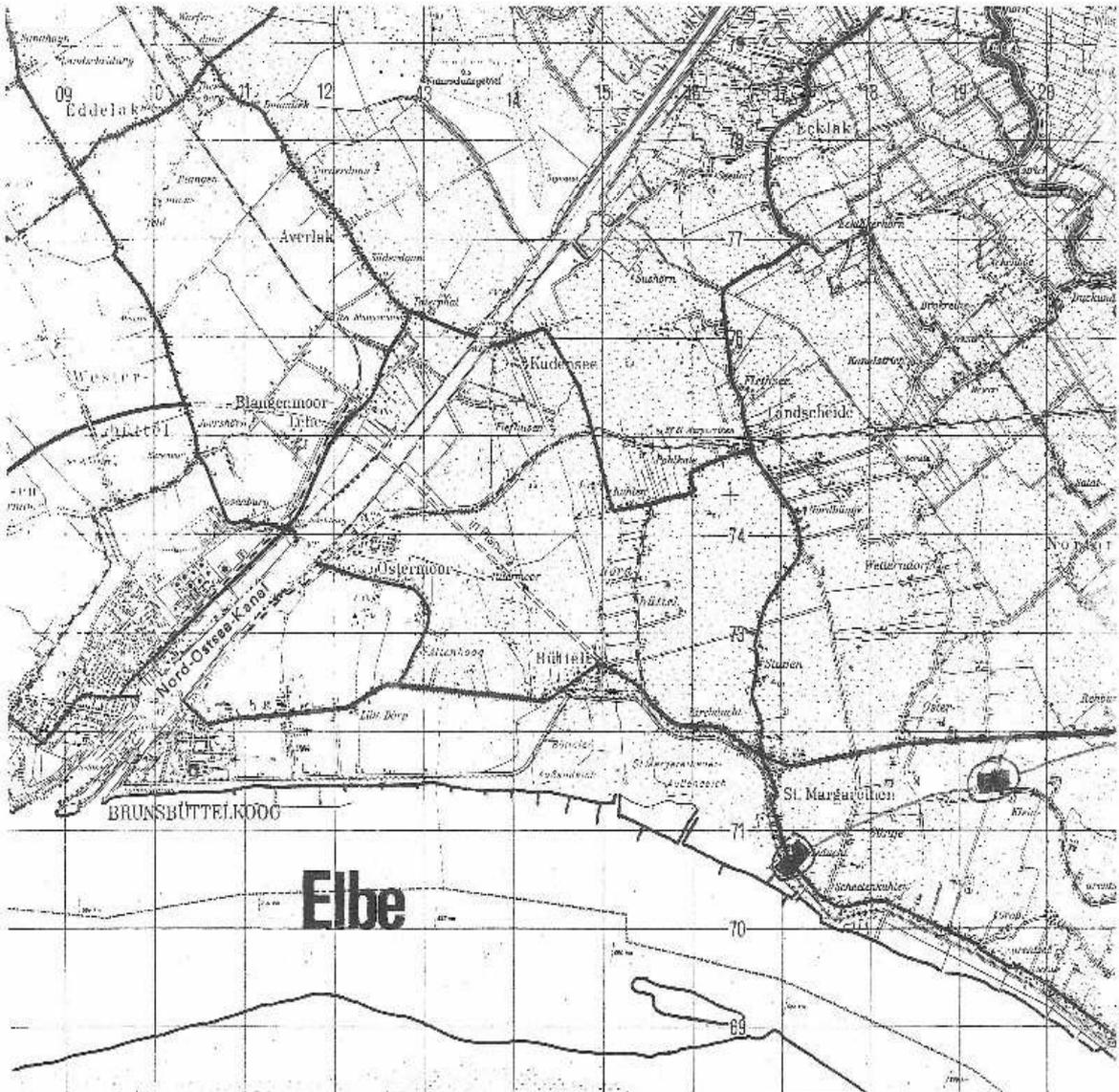
Z: Das ist die andere Seite der Medaille. Das ist deren Ansicht, aber ich sehe das nicht so. Mit Sicherheit hat man ins Kalkül genommen, dass dort das eskalieren könnte. Aber im Vorfeld waren die Maßnahmen so getroffen, dass es eben nicht eskaliert ist. Man hat aus dem ersten Brokdorf-Einsatz sehr gut gelernt.

I: Hat sich die Polizei-Strategie nicht verändert, wie zum Beispiel im Gorleben-Konflikt? Ist die Polizei nicht weniger offensiver geworden?

Z: In Gorleben war ja auch die Gewaltbereitschaft nicht so vorhanden, sondern es war eine Passivität, die mit dem Einsatz in Brokdorf gar nicht zu vergleichen war. Denn hier ging es um die Transporte, die gut abgeschirmt oder abgesichert sind. Die Bürger, die in Gorleben demonstrieren, das sind meistens Leute, die dort wohnen, die ihre Felder, ihre Wiesen [da] haben und dort auch leben. Bei denen ist die Demonstration auch berechtigt. Die Angst ist vorhanden.

I: Könnte es in unmittelbarer Zukunft noch einmal ähnliche Proteste wie den in Brokdorf geben?

Z: Dazu ein ganz klares Nein. Ich denke Brokdorf wird, wenn es abgeschaltet wird, ruhig vom Netz gehen. Ich sehe da eine Demonstration nicht. Das hat sich mit Sicherheit ein bisschen auf Gorleben verlagert, aber hat nicht den Charakter wie in Brokdorf. Dort läuft alles friedlicher ab. Die Demonstranten sitzen und werden weggetragen und sind eben nicht so gewaltbereit.



**Zeichenerklärung**

**Verkehrsnetz**

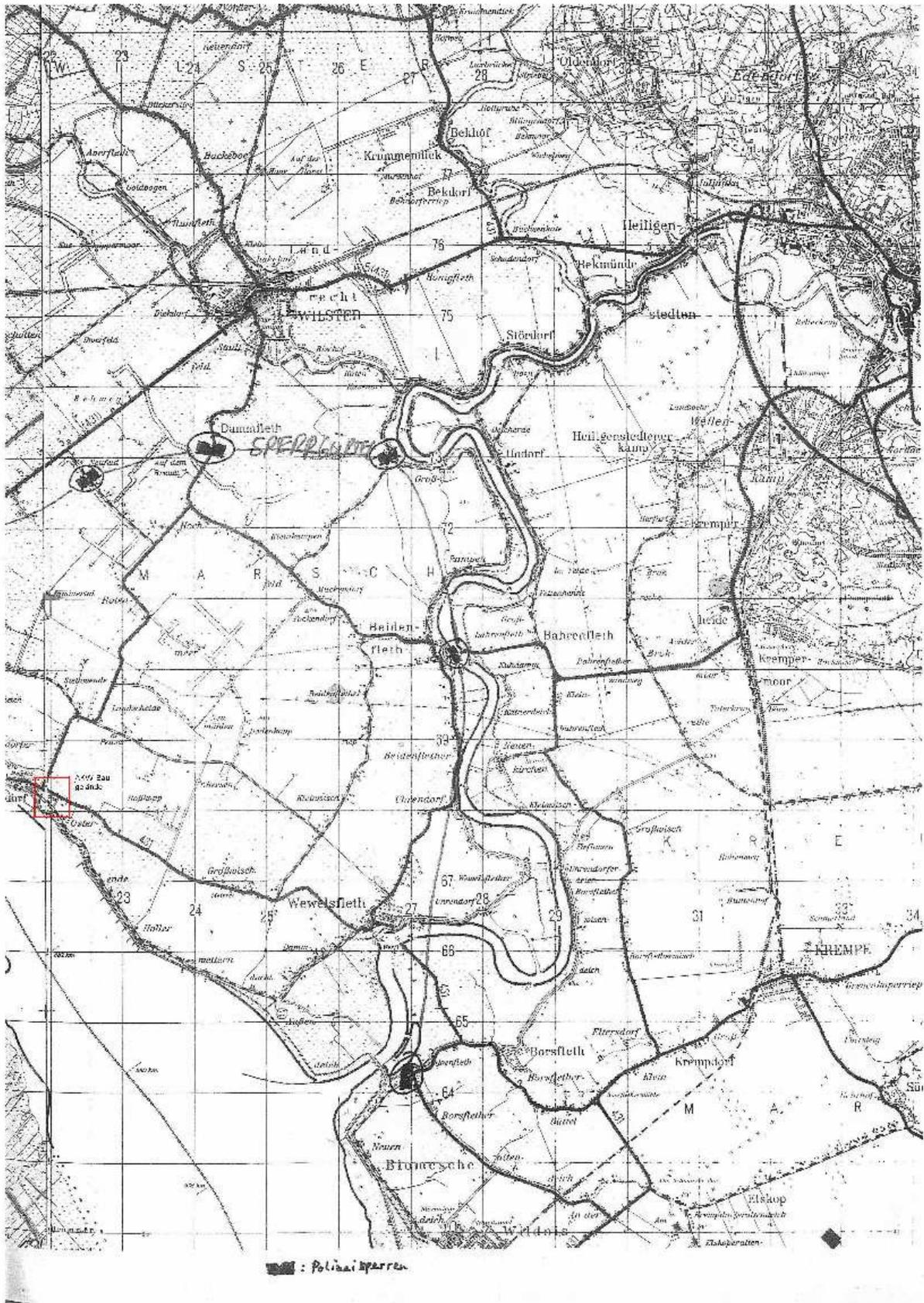
- F 4** Autobahn; im Bes. Park/1972
- 10** Aylstraße, mit und ohne Mittelstreifen
- E 4 10** Landes-; Bundesstraßenarterien; Fernstraße, 6 m oder breiter
- Hauptstraße (IA), 5 m oder breiter
- Nebenstraße (IB), 4-6 m
- Feldweg (II), befestigt
- Feldweg (IB)
- Feld- und Waldweg (III)
- Fußweg, Pfad
- Strassen-; Eisenbahnstrecke
- Pl (station, Rangier)** Vollspurige Bahn, mehrgleisig
- Mo (halt, Innenst)** Vollspurige Bahn, eingleisig
- Schmalspurige Bahn
- Strassen-; aus Wirtschaftsbahn
- Zahnrad-; Seil- oder Seilbahn

**Grenzen**

- Staatsgrenze (Reichsgrenze 1927)
- Landesgrenze
- Regierungsbezirksgrenze
- Stadt- bzw. Landkreisgrenze
- Truppenübungsplatzgrenze

**Topographische Einzelzeichen**

- Damm, Deich; befahrbar; nicht befahrbar
- Einschnitt; Bäume entlang von Straßen
- Hochspannungseitung über 100 kV
- Kirche; einschiffig; zweischiffig; als Trig. Punkt
- Friedhof; Kapelle; Bismarck; Epitaphkreuz
- Denkmal; Leuchtturm
- Wasser; Quelle; Windmühle; Windrad
- Höhle; Brunnen; Wasserbehälter
- Mauerreste; Ruine; Tankstelle
- Tankurm; Turm; als Trig. Punkt
- Schornstein; frei; im Gebäude; als Trig. Punkt
- Bergwerk; in Betrieb; außer Betrieb
- Bruchfeld
- Försterei; Kilometerstein
- Mauer, Zaun
- Hecke; Steinriegel
- Kleiner Wall mit Hecke (Kolk); ohne Hecke
- Hervorragender Baum
- Steinbruch; Grube
- Zellplatz; Sonstige; Sportplatz
- Trig. Punkt mit Höhenzeit; Höhenpunkt



Karte stammt aus folgender Quelle: Brokdorf. ein Exempel. Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes, hrsg. von Kai Ehlers, Hamburg 1977, S. 45 f.



## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Ablauf der Demonstration, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 10-19.
- Als erstes geriet ein Wasserwerfer in Brand. Polizei überraschte Brokdorf-Demonstranten mit der Öffnung von fünf Durchlässen, in: Der Tagesspiegel, vom 1.3.1981, S. 3.
- Augenzeugenbericht. Der verletzte Polizist, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine, hrsg. von Ulfrid Kleinert, Hamburg 1981, S. 90.
- Augenzeugenbericht über die Räumung der NWK-Straße, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine, hrsg. von Ulfrid Kleinert, Hamburg 1981, S. 80-83.
- Augenzeugenbericht über die Vorgänge im Klärwerk, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine, hrsg. von Ulfrid Kleinert, Hamburg 1981, S. 85-87.
- Behr, Rafael, Cop-Culture – Der Alltag des Gewaltmonopols. Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei, Opladen 2000.
- Behrendes, Udo, Zwischen Gewaltgebrauch und Gewaltmissbrauch, in: Hamburger Studien zur Kriminologie und Kriminalpolitik, Bd. 31, hrsg. von Martin Herrnkind und Sebastian Scheerer, Münster 2003.
- Bericht dänischer Beobachter von der Brokdorf-Demonstration am 28.2.1981, hrsg. von der Organisationen til Oplysning om Atomkraft (OOA), Kopenhagen 1981, Landesarchiv Schleswig, Abt. 621, Nr. 617.
- Bericht des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., Bericht über Brokdorf am 28.2.1981, hrsg. von der Arbeitsgruppe Demonstrationsrecht des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., Sensbachtal 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.54.
- Bericht eines Münchners über Erfahrungen vor, während und nach der Demonstration, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 24.
- Bericht und Einschätzung aus Hameln, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 45-46.
- BI Heide: Vorbereitungen und Abfahrt, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 42.
- Bremer Bericht zum 28.2., in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 40.

Brokdorf ein Exempel. Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes, hrsg. von Kai Ehlers, Hamburg 1977.

Chronologie, in: die tageszeitung, Nr. 479 vom 2.3.1981, S. 3.

Demo-Chronik, in: Elbe-Jeetzel-Zeitung, Nr. 51 vom 2.3.1981, S. 3.

Demonstrative Aktionen. Die Zusammenfassung der polizeilichen Einsatzgrundsätze und –taktiken gem. der neuen PDV 100, in: Die Polizei, Nr. 7 vom Juli 1976.

Der Marsch der Siebzigtausend. Brokdorf: Der Bürgerkrieg fand nicht statt – Friedfertigkeit überwog, die Gewalttätigen blieben eine winzige Minderheit, in: Die Zeit, Nr. 11 vom 6.3.1981, S. 3.

Flugblatt Brokdorf-Info 3, Landesarchiv Schleswig Holstein, Abt. 621, Nr. 615.

Flugblatt zum Aufruf einer internationalen Großdemonstration am 28.2.1981, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1, S. 7.

Flugblatt „Wir demonstrieren trotzdem“, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1, S. 6.

Fortsetzung der Lageentwicklung der Großdemonstration am 28.2.1981 ab 12.30 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463.

Großdemo am 28. Februar. Einmal Vlotho – Brokdorf und zurück, in: umweltmagazin, Nr. 2 vom 2.4.1981, S. 12-13.

Hamburger Berichte, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 21.

Hamburger Lehrlingsinitiative entlarvt. Taktik von AKL und BBU, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 22.

Kampf dem Atomstaat, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 23.

Kassel: Ärger über BBU und mangelndes eigenes Konzept, in: Brokdorf 28.2.81, Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 31.

Kleinert, Ulfrid, Macht und Ohnmacht einer Großdemonstration: Samstag, 28. Februar, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen Schlagstöcke und Steine, hrsg. von Ulfrid Kleinert, Hamburg 1981, S. 68-99.

Lageentwicklung der Großdemonstration Brokdorf am 28.2.1981 bis 12.30 Uhr, hrsg. von der  
Polizeiinspektion Schleswig, Landesarchiv Schleswig Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr.  
463.

Lageinformation Brokdorf vom 27.2.1981, Nr. 12, Stand: 23.30 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion  
Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463.

Lageinformation Brokdorf vom 28.2.1981, Nr. 13, Stand: 7.30 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion  
Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463.

Lageinformation Brokdorf vom 28.2.1981, Nr. 15, Stand: 11.00 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion  
Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463.

Lageinformation Brokdorf vom 28.2.1981, Nr. 16, Stand: 12 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion  
Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463.

Lageinformation Brokdorf vom 28.2.1981, Nr. 17, Stand: 13 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion  
Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463.

Lageinformation Niedersachsen, Nr. 1, 28.2.1981, Stand: 2 Uhr, hrsg. von der Polizeiinspektion  
Schleswig, Landesarchiv Schleswig, Abt. 623, Nr. 463.

Traube, Klaus, Der Siebenjährige Krieg um Brokdorf, in: Brokdorf, Symbol einer politischen Wende,  
hrsg. von Stefan Aust, Hamburg 1981.

Polizist XYZ zum neuen Wasserwerfer, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen  
Schlagstöcke und Steine, hrsg. von Ulfrid Kleinert, Hamburg 1981, S. 84.

Polizist XYZ zur Gewalt gegenüber Polizisten, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen  
Schlagstöcke und Steine, hrsg. von Ulfrid Kleinert, Hamburg 1981, S. 89.

Polizist XYZ zur Gewalt bei Polizisten, in: Gewaltfrei widerstehen. Brokdorf-Protokolle gegen  
Schlagstöcke und Steine, hrsg. von Ulfrid Kleinert, Hamburg 1981, S. 96-97.

Pressemitteilung der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung Schleswig-Holstein vom  
1.3.1981, Brokdorf – ein Erfolg durch besonnenen und entschlossenen Polizeieinsatz,  
Landesarchiv Schleswig, Abt. 621, Nr. 617.

Pressemitteilung des Innenministers Dr. Uwe Barschel vom 1. März 1981 zum Brokdorf-Einsatz,  
Landesarchiv Schleswig, Abt. 621, Nr. 617.

Vorwort, in: Brokdorf 28.2.81. Berichte – Bilanz – Perspektiven, hrsg. von der Bürgerinitiative  
Umweltschutz Unterelbe/Hamburg (BUU), Hamburg 1981, Archiv Soziale Bewegungen  
Freiburg, Signatur 12.0.1.1., S. 2.

Weinhauer, Klaus, Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und innerer Sicherheit:  
Die turbulenten sechziger Jahre, Paderborn 2003.

Willems, Helmut, Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik  
innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern, Opladen 1997.

Winter, Martin, Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik  
Deutschland, Münster 1998.

Zweifrontenkampf in Brokdorf. Gegen die Gewaltfreiheit der Heuchler, in: umweltmagazin, Nr. 2 vom 2.4.1981, S. 11.